

T A G E S O R D N U N G

1. Eröffnung der Sitzung durch den Bürgermeister

2. Übernahme des Vorsitzes durch das an Jahren älteste Mitglied des Gemeinderates, Gelöbnisablegung durch den Vorsitzenden und Angelobung der übrigen Mitglieder des Gemeinderates

3. Wahl des Bürgermeisters und Angelobung durch Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves

4. Übernahme des Vorsitzenden durch den neu gewählten Bürgermeister

5. Wahl des Bürgermeisterstellvertreter und Angelobung durch Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves

6. Wahl der Stadträte/Stadträtinnen und Angelobung durch den Bürgermeister

7. Festlegung der Referatseinteilung

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Ehrengäste, die ich Sie anschließend auch noch namentlich begrüßen darf, sehr geehrte neu gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Grazerinnen und Grazer, liebe Familienmitglieder der anzugelobenden Mandatarinnen und Mandatare, hoher Beamtschaft, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter unsere Medien.

Ich begrüße Sie sehr herzlich in unserem Grazer Rathaus zu einer Angelobung, die für das Bestehen unseres demokratischen Systems von enormer Bedeutung ist. Der oberste Souverän in der Demokratie, die Grazer Bürgerinnen und Bürger, haben am 20. Jänner das Recht gehabt, ihre Vertreterinnen und Vertreter in diese Versammlung zu wählen. Subsidiär ist eine Stadt zwar die unterste Ebene der Staatshierarchie, aber tatsächlich ist es so, dass gerade in dieser Ebene die Wählerin oder der Wähler noch einen deutlichen Bezug zu ihren VertreterInnen haben. Auch in die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Entscheidungen hat man in dieser Ebene als WählerIn einen besonders guten Einblick. Gerade an einem Tag wie heute, an welchem auf Grund der Ereignisse vor 70 Jahren die demokratische Einstellung jedes Einzelnen von Ihnen besonders im Blickpunkt steht, möchte ich auf die Verantwortung für diese Demokratie hinweisen und Sie vor jeder Form von Totalitarismus, Rassismus, Fanatismus und Fundamentalismus warnen. Eine Stadt mit dieser besonderen Lage wie Graz, an der Schnittstelle von Kulturen, Völkern und Religionen hat besondere Chancen, die sehr schnell auch zu Gefahren werden können, vor allem, wenn mit dem eigenen Wort nicht sorgsam umgegangen wird. Sie alle, die Sie heute hier sind, aber ganz besonders sehr geehrte neu anzugelobende Mandatarinnen und Mandatare haben einen großen Vertrauensvorsprung der Menschen in Graz bekommen, dem Sie nun durch Ihr ganz persönliches Engagement und Ihr ganz persönliches Verhalten und Vorbild gerecht werden müssen. Jeder, der wandert, weiß, der schlimmste Weg, den man wählen kann, ist der, keinen zu wählen. Wir, die 56 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und der Stadtsenat sind dazu aufgerufen, für unsere Stadt die richtigen Wege einzuschlagen. Wir gemeinsam müssen den Menschen unsere Ziele zeigen und diesen als Erste entgegengehen. Wir müssen gemeinsam Gefahren frühzeitig erkennen und Menschen darauf hinweisen und wir müssen gemeinsam die Chancen, die sich bieten, auch ergreifen. Sehr geehrte Damen und Herren, die Bedeutung dieses Tages wird auch unterstrichen durch die Anwesenheit vieler Ehrengäste. Es freut mich sehr, Sie sehr geehrten Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves bei dieser

wichtigen Sitzung des Gemeinderates in unserer Mitte begrüßen zu dürfen, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*). Genauso herzlich entbiete ich den Gruß der Stadt Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer, lieber Hermann, ein herzliches Willkommen auch dir (*allgemeiner Applaus*). Zum zweiten Mal bei der Neukonstituierung eines Grazer Gemeinderates ist ein Bischof anwesend, aber nicht ein Bischof oder gar irgendein Bischof, sondern unser Bischof und Ehrenbürger der Stadt Graz, Altbischof Exzellenz Dr. Johann Weber, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*). Unser gemeinsamer Gruß gilt Herrn Landesamtsdirektor Hofrat Univ.-Prof. Dr. Gerhard Ofner sowie dem Leiter der Fachabteilung 7a, Herrn Hofrat Dr. Heinz Schille vom Land Steiermark (*allgemeiner Applaus*). Ich begrüße die Vorstandsdirektoren unserer Grazer Stadtwerke AG, Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Malek und Herrn Dr. Wolfgang Messner, sowie den Vorsitzenden des Aufsichtsrates Herrn Präsidenten Dr. Ernst Wustinger (*allgemeiner Applaus*). Um unsere Ideen vom Kopf auf die Füße zu stellen, bedarf es des Engagements unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deshalb ein herzliches Willkommen der gesamten hohen Beamtenschaft der Stadt Graz, allen voran Herrn Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel und seiner Stellvertreterin, Frau Präsidialvorstand Dr. Hammerl (*allgemeiner Applaus*). Ich begrüße in Vertretung all unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Vorsitzenden des Zentralausschusses der Bediensteten der Landeshauptstadt Graz, Gerald Wirtl, sowie den Obmann des Personalausschusses für die Bediensteten der Schemagruppe I und III, Gerhard Suppan, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).

Last but not least, darf ich noch einmal Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sie bei uns hier im Saale sind ganz, ganz herzlich begrüßen.

Graz ist seit dem Jahre 2001 erste europäische Stadt der Menschenrechte und wir sind seit dem Jahr 2005 Mitglied der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Im vergangenen Jahr wurde Graz einstimmig von 102 europäischen Städten in den Lenkungsausschuss dieser Koalition gewählt. Dieses Engagement ist ein Bekenntnis, denn Graz hat sich damit auch ganz deutlich von einer seiner Rollen des vorigen Jahrhunderts distanziert. Graz als Stadt der Volkserhebung. Ich habe heute auch das Ehrenbürgerbuch unserer Stadt mitgebracht und es finden sich darin zwei Namen, die heute ihre Unterschrift sicher nicht hineinsetzen dürften: Adolf Hitler und Heinrich Himmler. Ich darf heute im Rahmen dieser Angelobung anlässlich des historischen Datums 13. März 1938 auch zwei Menschen um ihr Wort bitten und

zwar in Vertretung tausender Grazerinnen und Grazer, die vor 70 Jahren und in den sieben Jahren des von Hitler proklamierten tausendjährigen Reiches Fürchterliches zu ertragen hatten. Ich begrüße ganz herzlich eine der engagiertesten Zeitzeuginnen jener Zeit und seit Jahren engagierte Referentin in den Grazer und steirischen Schulen, Frau Maria Cäsar (*allgemeiner Applaus*). Ich begrüße den aktuellen Vorsitzenden der israelitischen Kultusgemeinde Graz, Herrn Gerard Sonnenschein. Herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*). Ich darf nun als Erstes Frau Maria Cäsar um ihre Worte bitten.

Maria Cäsar: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Es wird wohl das letzte Mal sein, dass ich als Zeitzeuge in der Lage sein werde, in einer Gedenkstunde aufzutreten. Nicht nur, weil ich schon so alt bin, sondern auch, weil die Zeit abgelaufen ist. Dennoch ist es so, dass wir heute sehen müssen, dass die Angelobung, die Konstituierung des Gemeinderates mit einer Zeit zusammenfällt, 70 Jahre eines schrecklichen Ereignisses, das wir erleben mussten. 70 Jahre der Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich und was hat uns diese Zeit gebracht? Nun, wir erinnern uns an diese Zeit eines schrecklichen Zeitraumes, was alles bevorsteht. Wir erinnern uns an die Stadt der Volkserhebung, was hat der Stadt die Volkserhebung gebracht, Hitler hat versprochen, einen blühenden Alpengarten aus uns zu machen. 80.000 Tote in Österreich, viele kulturelle Einrichtungen wurden vernichtet, das hat uns Hitler gebracht. Wir erinnern uns auch daran, dass Österreich ausgelöscht worden ist, Österreich wurde nicht mehr als Österreich anerkannt, sondern Österreich wurde zur Ostmark erklärt, ein Teil Deutschlands. Viele Österreicher, die einen anderen Weg gegangen sind, haben es bereut, haben den Verlust der Ehrenbürgerschaft... Ich erinnere aber auch daran, dass es ein anderes Österreich gegeben hat, ein anderes Österreich, das nein dazu gesagt hat, nein zum Nationalsozialismus, ein anderes Österreich, das die Menschen aufgemuntert hat, auch Widerstand zu leisten. Wenn auch der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Österreich, der Steiermark ebenso und noch dazu geführt hat, dass unser Land sich selbständig hat befreit, es war selbstverständlich dass die Befreiung der Alliierten, dennoch war es so, dass Widerstand doch für viele Österreicher eine einfache Bedeutung hatte. So wurde in der Deklaration der

Moskauer Erklärung auf den Widerstand verwiesen. Der Widerstand war ein Bestandteil des österreichischen Staatsvertrages, das muss man auch anerkennen. So wurde auch im Hinblick um die Bemühungen um den Staatsvertrag immer wieder darauf verwiesen, dass Widerstand in Österreich geleistet wurde. Daneben hat der Widerstand aber auch beigetragen, dass nach der Befreiung ein gemeinsames Bekenntnis zur österreichischen Nation und zur Selbständigkeit Österreichs geschaffen wurde. Wir erleben heute die Geschichte des 20. Jahrhunderts und wissen, dass wir niemals vergessen dürfen, was in dieser Zeit geschehen ist. Wir leben in einer Demokratie, wir leben in einem Zeitalter, wo Menschenrechte hochgehalten werden. Wenn wir aus Anlass dieses Jahrestages also den Anschluss niemals vergessen, müssen wir erkennen, dass unsere demokratische Gesinnung auch weiterhin hochgehalten wird. Leider hat man auch uns als Widerstandskämpfer nach 1945 wieder vergessen. Aus wahltaktischen Gründen war es daher notwendig und die Menschen haben es zu schnell vergessen. Man weiß sehr genau, man hat den Nationalsozialismus begeistert begrüßt, aber man weiß viel zu wenig über den Widerstand, den es in Österreich doch gegeben hat. In der letzten Grazer Gemeinderatswahl haben wir wieder Töne gehört und wurden angeschlagen von Politikerinnen und Politikern, also von öffentlichen Mandataren. Eigentlich hoffe ich, dass man so etwas nie wieder zu hören bekommt. Es ist heute traurig, dass wir heute bei dieser Gemeinderatssitzung einen Aufwand haben, wo Menschen den Ausweis brauchen, damit man in den Gemeinderatssaal herein kann. So etwas darf es nie wieder geben. Wir müssen uns bewusst sein, dass es unbedingt notwendig ist, das kann nicht nur eine Zeit sein, wo wir nicht daran erinnern, was man alles erlebt hat, sondern es ist auch notwendig, dass wir den Rassismus bekämpfen und dass uns auch sehr schnell bewusst wird, dass eine Abgrenzung dieser Periode unbedingt sein muss. Die Grazer werden für den Gemeinderat die Konstituierung beschließen. Ich glaube, Graz muss und kann nur eine Menschenrechtsstadt bleiben und muss es immer auch sein. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Es tut mir leid, ich habe nicht gut gelesen. Danke (*allgemeiner Applaus*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Sehr geehrte Frau Maria Cäsar, ich bedanke mich, Sie haben uns im Vorfeld gesagt, dass es Ihnen gesundheitlich nicht so gut geht, aber dass Sie

kommen werden. Es ist schön, dass Sie da sind und dass Sie als Zeitzeugin, die selbst in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße inhaftiert war und die Klagen und das Wehgeschrei von Menschen, die auch hingerichtet worden sind, mitertragen musste, uns heute hier in Erinnerung gerufen haben und dass es vor 70 Jahren eben genau das alles nicht gab, Freiheit, Frieden, Demokratie und Menschenrechte. Ich darf nun auch den Präsidenten Gerard Sonnenschein um seine Ausführungen ersuchen.

Präsident **Sonnenschein**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesamtsdirektor, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadträte und Gemeinderatsabgeordnete! Ich bedanke mich bei Ihnen für die Einladung, heute, am 13. März 2008 hier sein zu dürfen. Auch finde ich, dass die Stadt Graz gerade mit diesem Termin ein starkes Zeichen setzt. Dass gerade am 13. März 2008, also 70 Jahre danach, die neue Stadtregierung gebildet wird, ist meiner Meinung nach kein Zufall. Ich weiß, dass Sie immer am Donnerstag hier zusammenkommen, aber es hat so sein müssen. Trotzdem zeigt die Stadt Graz damit auf, die Ereignisse vom März 1938 nicht vergessen zu wollen. Wir dürfen dieses Schreckensregime und die begangenen Verfolgungen und Morde niemals vergessen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte einen kurzen Rückblick auf die Vorkommnisse dieser unseligen Zeit machen.

Der britische Journalist G.E. Gedye kommentierte die Ereignisse von damals mit: „Graz ist gefallen“, was somit auch Graz auf die Titelseite der New York Times brachte. Die Verhandlungsergebnisse von Berchtesgaden wirkten sich dynamisierend auf die Aktionen der Nationalsozialisten aus. Schon am 24. Februar kam es zu massiven Demonstrationen, bei denen mehrere Tausend Anhänger mit Hakenkreuzfahnen durch die Grazer Innenstadt zogen, Parolen skandierten, Lieder sangen und Flugblätter streuten. In Graz gab es eine geradezu hysterische Begeisterung unter der Bevölkerung und einen unverhüllten Triumph der Nationalsozialisten. Die Ereignisse vom 24. Februar brachten Graz die Etikettierung als „Hochburg des Nationalsozialismus“ ein, denn die Grazer Nationalsozialisten erreichten die Hissung der Hakenkreuzfahne am Grazer Rathaus mit Zustimmung des damaligen Bürgermeisters Schmied. Der vom Ständestaat geweihte Dichter der Steirischen Heimat, Hans Klöpfer, mutierte zum glühenden Nationalsozialisten und

schrieb: „Der gewaltige Wogengang unserer Zeit aber trug das Volk von Graz auf die Höhe seiner Bestimmung.“ Weiters schrieb er: „Damals hat sich in weltgeschichtlicher Stunde unter hinreißendem Einsatz Graz den Ehrennamen Stadt der Volkserhebung erworben und sieht nun unter den Augen und der Sorge des Führers einer Zukunft entgegen, die es nach Schicksal, Schönheit und Treue so reich verdient.“

Aber es gab in Graz auch die Verzweiflung der rassistisch Verfolgten. Erlauben Sie mir bitte, dass ich zu diesem Ausdruck rassistisch verfolgt eine persönliche Bemerkung mache. Aus der jüdischen Religionsgemeinschaft war eine Rasse geworden. Es gab Halbjuden, Volljuden und diese Bezeichnung hört man heute noch. Wenn es so eine Bezeichnung geben würde, müsste es beispielsweise auch Voll- oder Halbchristen geben. Auch dass man, wie beim Christentum auch, zum Judentum über- oder aus ihm austreten kann, ist auch heute noch vielen Leuten nicht bekannt. Jedenfalls wurden schon am 14. Februar 1938 die Auslagen jüdischer Geschäfte eingeschlagen und am 11. März begann schon die erste Verhaftungswelle. Am 15. März wurden alle jüdischen Beamte entlassen. Das Mitgliederverzeichnis der zirka 2.500 Juden, die damals in Graz lebten, wurde am 21. März beschlagnahmt. Dem folgte im Mai das Badeverbot für Juden im Bad zur Sonne und das Schulverbot für jüdische Kinder.

Weitere Maßnahmen waren Praxisverbot für jüdische Ärzte, Praxisverbot für jüdische Rechtsanwälte und am 9. beziehungsweise 10. November, in der sogenannten Kristallnacht, wurden die Synagoge und die Zeremonienhalle am jüdischen Friedhof in Brand gesteckt. Weiters wurden die Juden aus ihren Wohnungen vertrieben, sie mussten die Vornamen Israel oder Sarah annehmen und im Oktober 1939 begann die „Umsiedlungsaktion“ nach Polen, was nichts anderes als Auschwitz, Konzentrationslager und Verbrennungsöfen bedeutete.

Im Frühjahr 1940 erklärte sich Graz als „judenfrei“. Heute präsentiert sich die Stadt stolz als Kulturhauptstadt und Stadt der Menschenrechte und hat sich auf Grund der Toleranz gegen Fremde und auf Grund der freundschaftlichen Beziehungen unter den Religionsgemeinschaften einen guten Namen geschaffen.

Im Namen der jüdischen Grazer Gemeinde, die einmal 2.500 Mitglieder hatte und 70, 70 Jahre danach nur mehr 130 eingetragene Mitglieder hat, wünsche ich der neuen Stadtregierung viel Erfolg (*allgemeiner Applaus*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Präsident, auch bei Ihnen bedanke ich mich für Ihre Ausführungen. Sehr geehrte Damen und Herren! Politik kann Menschen nicht glücklich machen, aber wie wir gehört haben, kann Politik Menschen unglücklich machen. Direkt und unmittelbar in Diktaturen, indirekt und mittelbar, wenn sie sich mit Verhältnissen abfindet, an denen die Träume und Hoffnungen von Menschen zerbrechen. Politik macht einen Unterschied, wenn es darum geht, mehr Chancen für Menschen zu schaffen, ihr Leben so zu leben, wie es unter Wahrung der Interessen der Gemeinschaft für gut und richtig erachten. Gesellschaftliche Veränderungen, wie demographischer Wandel oder Endstandardisierung persönlicher Biografien bieten den Menschen Chancen, stellen sie aber auch vor neue Herausforderungen und bringen mitunter Probleme mit sich. Sich diesen Herausforderungen und Problemen zu widmen ist die Aufgabe der Politik und somit die Aufgabe von uns. Sie, meine Damen und Herren, die Sie in Kürze den Eid ablegen werden, sind auf Grund Ihrer Nähe zu den Menschen einige der wichtigsten Vermittler von demokratischer Politik in unserem Gesellschaftsgefüge. Heute sind auch etliche Kolleginnen und Kollegen anwesend, die in der Vergangenheit, vor allem in den letzten fünf Jahren, in diesem Gemeinderat Verantwortung getragen haben. Ich danke Ihnen, dass Sie Politik in den Mittelpunkt Ihres Lebens gestellt haben und ich freue mich, dass wir nun jene angeloben werden, die diese Verantwortung in den kommenden fünf Jahren übernehmen werden. Ich darf nun den Vorsitz zur Angelobung, so wie es unser Statut vorsieht, der Seniorin unseres Gemeinderates, Frau Gemeinderätin Gerda Gesek, übergeben.

Gemeinderätin Gesek übernimmt um 10.40 Uhr den Vorsitz.

GRin. **Gesek**: Sehr geehrte Damen und Herren! Gemäß § 17 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz übernehme ich als das an Jahren älteste anwesende Mitglied des Gemeinderates den Vorsitz in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates. § 17 Abs. 3 bis 5 des Statutes zufolge hat zunächst der Vorsitzende dem versammelten Gemeinderat das Gelöbnis abzulegen, worauf die übrigen

Mitglieder des Gemeinderates das Gelöbnis leisten. Ich darf verweisen, dass ein Gelöbnis unter Bedingungen oder mit Einschränkungen als verweigert gilt, die Beifügung einer religiösen Beteuerung ist hingegen zulässig. Ich lege nunmehr das in § 17 Abs. 3 des Statutes vorgeschriebene Gelöbnis ab und ersuche den Herrn Magistratsdirektor, um Verlesung der Gelöbnisformel.

Magistratsdirektor Mag. **Haidvogl**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Die Gelöbnisformel lautet: „Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Steiermark, gewissenhafte Beachtung der Gesetze, unparteiische und uneigennützigere Erfüllung meiner Aufgaben, strenge Wahrung der mir obliegenden Verschwiegenheitspflicht und Förderung des Wohles der Stadt Graz nach bestem Wissen und Gewissen.“

GRin. **Gesek**: Ich gelobe, so wahr mir Gott helfe.

Ich lade nun die Mitglieder des Gemeinderates einzeln ein, sich nach Aufruf von ihren Sitzen zu erheben und dasselbe Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ abzulegen.

(Die Mitglieder des Gemeinderates erheben sich von ihren Sitzen und leisten einzeln das Gelöbnis. Die Vorsitzende dankt den Mitgliedern des Gemeinderates und ersucht, die Ablegung des Gelöbnisses durch Unterzeichnung des Angelobungsprotokolls zu bestätigen. Die Mitglieder des Gemeinderates unterzeichnen hierauf das Angelobungsprotokoll).

GRin. **Gesek**: Ich darf außerdem mitteilen, dass Frau Dr. Susanne Winter gemäß § 20 Abs. 4 lit. c des Statutes der Landeshauptstadt Graz das Amt als Gemeinderätin

nicht ausüben darf. Ich ersuche Sie daher, Frau Dr. Winter, als designierte Stadträtin in der Reihe der Stadtsenatskandidaten Platz zu nehmen. Mit der Angelobung seiner Mitglieder ist der Gemeinderat konstituiert (*allgemeiner Applaus*).

Der Gemeinderat hat nun die Wahl des Bürgermeisters nach den Bestimmungen des § 21 des Statutes der Landeshauptstadt Graz vorzunehmen.

Der zitierten Gesetzesstelle zufolge muss der Bürgermeister nicht dem Gemeinderat angehören, jedoch in den Gemeinderat wählbar sein und die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Für die Wahl des Bürgermeisters ist die Anwesenheit von mindestens zwei Drittel aller Mitglieder des Gemeinderates erforderlich. Das Vorschlagsrecht für die Wahl zum Bürgermeister steht der nach dem Ergebnis der Wahl in den Gemeinderat mandatsstärksten Wahlpartei zu, wobei der Wahlvorschlag schriftlich zu erstatten und von der vorschlagsberechtigten Wahlpartei durch ihren Klubobmann oder Klubobfrau zu überreichen ist.

Ich stelle fest, dass sämtliche Mitglieder des Gemeinderates gemäß dem Statut ordnungsgemäß eingeladen wurden und die Gemeinderäte auch anwesend sind. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates für die Wahl des Bürgermeisters gegeben. Es liegt mir ein gültiger Wahlvorschlag der nach dem Ergebnis der Gemeinderatswahl vorschlagsberechtigten Wahlpartei, der österreichischen Volkspartei, vor, der auf Mag. Siegfried Nagl lautet.

Gleichzeitig gebe ich bekannt, dass nach der Geschäftsordnung für den Gemeinderat bei Mitteilungen, die mit der Aufforderung zur Erstattung von Wahlvorschlägen verbunden sind, eine Wechselrede zulässig ist.

GR. Dr. **Piffli-Percevic:** Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrter Herr Diözesanbischof, Herr Bürgermeister, lieber Gerda Gesek als Vorsitzende unseres Gemeinderates, verehrte Ehrengäste und Gäste hier direkt neben uns und auf der Galerie, liebe neu angelobte Kolleginnen und Kollegen! Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion hat soeben ihren Wahlvorschlag eingereicht. Im Jahr 2003 durfte dies mein Vorgänger Hermann Spielberger machen, dem ich auch persönlich sehr zu Dank verpflichtet bin und dessen Aufgabe als Klubobmann ich auch übernommen habe und Freude habe, wiederbestellt worden zu sein. Die ÖVP ist aus den letzten Gemeinderatswahlen als

stimmenstärkste Partei hervorgegangen. Von dieser Stelle möchte ich mich bei allen Grazerinnen und Grazern sehr herzlich für dieses Vertrauen, das sie uns das geschenkt haben, bedanken und ich möchte auch dir, Herr Bürgermeister, sehr herzlich zu diesem überzeugenden Vertrauenserfolg gratulieren (*Applaus ÖVP*). Anlässlich des heutigen Datums, des 13. März, erlauben Sie mir auch noch eine persönliche Bemerkung. Ich bin ein Kind der Nachkriegsgeneration, aber bei einem derartigen Datum, das sich zum 70. Male jährt, kann ich nicht umhin, auch zum Ausdruck zu bringen, was der Herr Bundespräsident gestern in der Gedenkveranstaltung im Reichsratsaal des Wiener Parlaments auch kundgetan hat. Es gab von Anfang an in Österreich Opfer und Täter. Und so kommen mir die Gedanken nicht aus dem Sinn, dass auch mein Vater am Vormittag des 13. März 1938 einer von vielen war, die verhaftet wurden, er war damals gerade Rechtspraktikant zu dieser Zeit am Bezirksgericht für Strafsachen in der Paulustorgasse, hatte aber an diesem Tag dienstfrei und zum Erstaunen des Konzeptsbeamten erschien er am 13. März und er fragte ihn: „Was tun Sie denn heute hier, Sie haben ja frei, Herr Dr. Piff!“ da sagte er: „Heute bin ich selber da als Delinquent.“ Er konnte sich dann noch die Zelle aussuchen, in die er gesteckt wurde, er fragte, wer denn schon alles da sei, der Konzeptsbeamte zählte ihm eine Reihe von Namen auf, als der Name seines Onkels Dr. Peter Reininghaus fiel, sagte er, zu dem möchte ich in die Zelle. Mein Großvater, der ebenfalls in diesen Tagen verhaftet worden war, konnte mit dem Nobelpreisträger des Jahres 1933, Erwin Schödinger, für einige Tage die Zelle teilen. Alle beide wurden dann bald wieder freigelassen, mein Vater allerdings ein Jahr später in Wien von der Gestapo verhaftet, er hat Gott sei Dank alles überlebt, der Grund damals war sein Eintreten für Südtirol. Er hatte es überlebt, sonst hätte ich hier nicht die Ehre und die Auszeichnung, vor Ihnen stehen zu dürfen.

Zurück zum Wahlvorschlag und zu den vergangenen Gemeinderatswahlen. Verstärkt mit Vertrauen sind aus diesen Wahlen die Volkspartei aber auch die Fraktion der Grünen hervorgegangen. Obwohl das ein eindeutiger Auftrag für uns war, haben wir als Erstes den Sozialdemokraten, unserem bisherigen Partner im Arbeitsübereinkommen der letzten Periode, als Erstes Verhandlungen angeboten, ein faires Verhandlungsangebot gemacht. Dieses Angebot wurde allerdings nach kurzer Zeit ohne Angabe von Gründen uns gegenüber ausgeschlagen. Wir sahen uns ohne Verhandlungspartner auf der Seite der Sozialdemokraten. Die Grünen

führten mit uns diese Verhandlungen, und wie Sie wissen, führte das zu einem Koalitionspakt, wie er in einer Demokratie vorgesehen ist und demokratisch legitimiert ist. Es ist einfach notwendig, wenn man einen Wählerauftrag bekommt, sich auch um die nötige, wenn Sie wollen, Macht zu kümmern. Um die nötige Mehrheit zu kümmern, um diesem Auftrag nachzukommen. Wolfgang Riedler, es ist mir bis heute unverständlich, warum ihr euch unserem Verhandlungsangebot, das gleichlautend war an die Grünen und an euch, entzogen habt. Ich kann nur Kaffeesudlesen, war es die Angst, dass diese für euch erfolgreich zu beenden gewesen wären, Angst ist sicher nie ein guter Ratgeber in der Politik, aber wir, wie du dann gleich hören kannst, haben uns nie davon inhaltlich leiten lassen. Wir haben nach Abschluss des Koalitionspaktes an euch und an die Kommunisten ein Angebot gemacht, einzelne Punkte dieses Koalitionspaketes mitzuunterzeichnen. Ich habe gleichfalls mitgeteilt, dass das für euch nicht in Frage kommt. Wir sind sehr froh, dass für ein ganz wichtiges Kapitel, nämlich für den Bereich des sozialen Wohnens, die Kommunisten mitunterschrieben haben und wir stehen auch bevor, hier ein Leitprojekt und eine wichtige Initiative in der kommenden Periode umzusetzen (*Applaus ÖVP*). Wie gesagt, dieses Angebot lautete an die Sozialdemokraten für den Bereich der Kultur, der für sie für euch vorgesehen ist und für den Bereich des Sozialen. Bei der Kultur ist es richtig, dass Teile einem zukünftigen Bildungsressort zugeschlagen werden sollen, falls der Gemeinderat morgen die Geschäftsverteilung so abstimmt. Im Gegenzug haben wir aber trotz eures zweimaligen Ausschlagens unseres Angebotes dieses Kulturressort seitens des Herrn Bürgermeister, das sind die Aufgaben des sogenannten Theaterdezernats, zugeschlagen dem Kulturbereich und wollen auch damit zeigen, dass etwas, was in der Vergangenheit unter dem sehr geschätzten Bürgermeister Alfred Stingl zum Beispiel nie möglich war, Strobl hatte sich vergeblich bemüht, das Theaterdezernat als Kulturreferent zu erhalten, dieses Angebot wurde gemacht und ich gehe davon aus, dass ihr dieses Angebot auch annehmt. Es ist daher die Ausdrucksweise Machtrausch oder Machtwahnsinn völlig unangebracht und ich möchte das, ohne es zu dramatisieren, aber ich habe es gestern leider wieder in einer Zeitung gelesen und daher bedarf es einer Antwort auch von dieser Stelle. Ich möchte nochmals zum Ausdruck bringen, dass das Verhandeln einer Mehrheit in einem Parlament ein absolut demokratisch legitimer und notwendiger Vorgang ist. Und ich darf nochmals unterstreichen, dass wir allen demokratisch legitimierten Kräften in diesem Gemeinderat in der kommenden

Periode die Hand reichen wollen und mit ihnen diskutieren und möglichst gemeinsam abstimmen wollen, wenn es um diese wichtigen Anliegen für die Grazer Bevölkerung geht (*Applaus ÖVP*).

Auch die Kontrolle, der es in einem Parlament bedarf, wurde sichergestellt. Es besteht die Absicht der Koalition, Volkspartei, wie ich weiß auf Seiten unseres Koalitionspartners den Vorsitz im Kontrollausschuss an alle nicht im Koalitionspakt gebundenen Parteien in einer Abfolge zu übertragen und diesbezüglich wollen wir einvernehmlich eine Vereinbarung abschließen, das ist das Angebot und Rufe vorab dass Kontrollmechanismen beschnitten oder eingeschränkt wurden oder werden, entbehren jeglicher Grundlage. Auch zur Frage der Vizebürgermeisterin ein kurzes Wort. Laut Statut der Stadt Graz vertritt der Vizebürgermeister oder die Vizebürgermeisterin den Herrn Bürgermeister oder die Frau Bürgermeisterin in allen ihren vom Gesetz vorgesehenen Agenden. Es ist daher nur logisch und konsequent, dass diese Aufgabe, wenn es einen Koalitionspakt gibt, wohl in erster Linie dem Koalitionspartner zuerkannt wird.

Und, Wolfgang Riedler, dein fortgesetztes Ausschlagen der Verhandlungshand und der Pakthand hätte es gar nicht bedurft. Du hast sozusagen das abschließende politische Argument durch dein Verhalten auch noch einmal geliefert, als wir gar keine andere Wahl haben, aber die wir sehr gerne vornehmen möchten, Frau Lisa Rücker zur Vizebürgermeisterin zu wählen. Die Entscheidung wird der hohe Gemeinderat mit seinen Mitgliedern selbst treffen. Die Koalitionsverhandler haben sich teilweise mit ausgezeichneten Experten zusammengesetzt und ein umfangreiches Programm für die kommende Periode erarbeitet. Wir wollen alle Kräfte in diesem Gemeinderat einladen, bei der Umsetzung des Programms mit uns zu arbeiten zum Wohle aller Grazerinnen und Grazer. Wir werden auch, und das darf ich auch noch festhalten, hinsichtlich der im Vorfeld angesprochenen Vorsitzführungen in anderen Ausschüssen ein Angebot, ein faires Angebot an die Sozialdemokraten namentlich machen. Wir werden das zum gegebenen Zeitpunkt euch auch mitteilen. Jetzt ersuchen wir alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, möglichst unseren Vorschlag, unseren bisherigen bewährten Bürgermeister, der mit erhöhtem Vertrauen von den Grazerinnen und Grazern ausgestattet wurde, auch zu unserem neuen Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz für die Periode 2008-2013 zu wählen. Herzlichen Dank (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Maria Cäsar, Herr Landeshauptmann, Herr Bischof, sehr geehrte Vorsitzende! Wir, und das ist heute schon mehrfach betont worden, treffen heute an einem historischen Tag, zu einem historischem Datum zusammen. Und es ist vieles und Richtiges heute und hier gesagt worden und bei vielen anderen Gelegenheiten und vieles davon hat sich darauf bezogen, was aus der Geschichte zu lernen ist. Wir alle sind gut beraten, vor allem den einen Rat zu folgen, der uns nahe legt, das Gespräch zu suchen, die Gesprächsebenen offen zu halten. Denn das ist in Wirklichkeit die Grundlage unserer Demokratie. Und ich verbeuge mich von dieser Stelle und an diesem Tag vor Maria Cäsar, vor ihrem Leben, stellvertretend für die vielen, vielen Menschen, die aus allen Gesinnungsgemeinschaften kommend am Aufbau dieser zweiten Republik mitgewirkt haben und der erste Schritt zum Aufbau war zweifellos der Widerstand gegen ein Unrechtsregime. Möge es uns allen gelingen, in den kommenden Jahren einen Beitrag dazu zu leisten, dass Entwicklungen, wie wir sie in der 1. Republik, wie viele sie in der ersten Republik erleben mussten, und die jüngere Generation blieb davon ja verschont, vermieden werden können. Und meine Worte, die ich hier und heute auch zum Wahlvorschlag der ÖVP-Fraktion finden werde, ersuche ich Sie, sie auch so zu verstehen, dass Sie das Gemeinsame suchen und trotzdem die Widersprüche betonen, wie das in einer guten Demokratie wichtig und notwendig ist. Die sozialdemokratische Fraktion hat vor fünf Jahren dem damaligen Wahlsieger der ÖVP zugestanden, nicht nur zugestanden, sondern selbstverständlich zur Kenntnis genommen, dass da ein Vorschlag gemacht wurde und der Vorschlag lautete für den Bürgermeister auf Siegfried Nagl. Es gab zu dem vergleichbaren Zeitpunkt vor fünf Jahren ein Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP, das in vielen, vielen Punkten die kommenden fünf Jahre tatsächlich geprägt und gestaltet hat und wie ich denke, zum Vorteil dieser Stadt. Damals gab es auch das Vertrauen der SPÖ zur Person Siegfried Nagl aus vielen Gründen. Und dieses Vertrauen, das möchte ich nicht unter den Teppich kehren, hat tatsächlich nahezu über die gesamte Periode gehalten. Es gab, wie das in solchen politischen Verhältnissen ja auch der Fall ist, den einen oder anderen Knackpunkt und die eine oder andere Divergenz, aber alles in allem haben wir, denke ich, im Interesse der Stadt gute Arbeit geleistet und ich möchte alle Gemeinderatsfraktionen in diese Arbeit und in den Erfolg durchaus einschließen. Die Wählerin und der Wähler haben in Graz dann zu entscheiden gehabt und es ist auch nicht zu verhehlen, dass die sozialdemokratische Partei nicht

zufrieden sein kann mit diesem Wählervotum, aber selbstverständlich sich diesem Votum unterwirft und zu unterwerfen hat. Wir haben daher auch das Angebot von Siegfried Nagl persönlich, das an mich gerichtet war, also auch das Angebot der ÖVP an die SPÖ, in Verhandlungen zu treten, selbstverständlich angenommen. Und wir haben auch eine erste Verhandlungsrunde durchgeführt. Und ich würde das jetzt nicht so ausführen, wenn du, Peter, nicht quasi eine Rechtfertigungsrede für euer Koalitionsverhalten hier abgeliefert hättest, aber jetzt, denke ich, eine Lehre, die wir aus der Geschichte doch ziehen sollten, ist auch die der historischen Wahrheit Platz zu geben. Und ich bin nicht mit allem einverstanden, was du hier sozusagen als Tatsachenfeststellung gemacht hast. Tatsache ist, dass die ÖVP versucht hat, gleichzeitig mit Grünen und sozialdemokratischer Partei zu verhandeln und das habe ich für einen falschen Weg gehalten und habe das auch deutlich zum Ausdruck gebracht. Niemals haben wir allerdings, und dafür gibt es mehr als genug Zeugen, die Türen zugeschlagen für weitere Gespräche, sondern wir haben gesagt, spricht mit den Grünen und ich habe mehrfach auch betont, dass mir eine Dreierkoalition unter den gegebenen Umständen Recht wäre, ich hielte sie auch für einen guten und richtigen Weg. Ich habe das auch in mehreren Gesprächen Lisa Rücker gesagt und wir haben durchaus ja einen persönlich nicht nur korrekten, sondern glaube ich, guten Kontakt, der es uns ermöglicht hat, hier auch sehr offen miteinander zu kommunizieren. Ich habe mit meiner Verhandlungsgruppe in der zweiten Runde doch deutlich gesagt, dass wir nicht bereit sind, parallel zu verhandeln, weil ich der Meinung bin, dass das auf ein gegeneinander Ausspielen hinausgelaufen wäre. Und ich habe das im Vorfeld Lisa Rücker gesagt, dass diese Bereitschaft bei uns nicht besteht und ich habe es auch Siegfried Nagl gesagt, der bei der zweiten Runde aus Krankheitsgründen ja nicht dabei sein konnte. Und ich habe ein Wortprotokoll anfertigen lassen, weil ich ja diesen Moment geahnt habe. Und in diesem Wortprotokoll sage ich nach Abwicklung dieser: Siegfried und ich haben telefoniert, ich habe ihm gesagt, er hat mir mitgeteilt, dass er eine Zweierkoalition will, keine Dreierkoalition, dass er die bevorzugt, ich habe ihm gesagt, dann müsst ihr auch zu zweit verhandeln, sucht euch aus mit wem, mit den Grünen oder mit uns. Er hat gesagt, er nimmt das an, so als ob wir jetzt vom Verhandlungstisch aufstehen würden, ich sage, wir stehen nicht auf, sondern, und jetzt wortwörtlich: „Unsere Tür bleibt offen, Bürgermeister Nagl hat am Telefon betont, dass die ÖVP eine Zweierkoalition präferiere, sein Vorschlag war, dass unter diesen Bedingungen die

Gespräche vorerst nicht weiter geführt werden.“ Rüschi: „Das nehmen wir so zur Kenntnis und es bestünde die Gefahr, dass wir die ÖVP in die Arme der Grünen treiben würden.“ Ich habe drauf gesagt, wir treiben überhaupt niemanden, es ist doch wohl so, dass die politischen Fraktionen in der Lage sind, Entscheidungen zu treffen, mit wem sie zusammenarbeiten wollen und ich bin auch überhaupt nicht böse darüber, wie da vielleicht falsch interpretiert wurde in der Vergangenheit, dass ÖVP und Grüne zusammenarbeiten wollen. Das ist ja eine demokratische Möglichkeit, die nicht nur zur Kenntnis zu nehmen ist, sondern die eben unsere Spielregeln auch ermöglichen. Ich habe aber gesagt, wenn ihr zu zweit fertig seid mit euren Gesprächen, reden wir doch noch einmal, ob eine Dreierkoalition für euch in Frage kommt und die Antwort war nein. So ist die ganze Wahrheit. Und damit stehen wir heute vor einem Faktum, das in der zweiten Republik in dieser Stadt erstmalig geschieht, nämlich dass das offene Verhandlungsangebot der zweistärksten Fraktion, der sozialdemokratischen Fraktion, von zwei anderen Fraktionen ausgeschlagen wurde. Uns dann im Nachhinein zu sagen, aber ihr könnt ja unserem schon ausverhandelten Pakt beitreten, das habe ich eigentlich eher für einen etwas merkwürdigen Zugang gehalten. Wir sind bereit, Vereinbarungen zu treffen und wir werden das auch in Zukunft sein, Herr Bürgermeister in spe, und wir werden diese Vereinbarungen dann auch einhalten. Aber wir werden während der Gemeinderatsperiode darüber reden, wo wir uns inhaltlich treffen und wo wir uns nicht inhaltlich treffen können. Was wir nicht tun werden ist, die uns sozusagen zwangsweise zugeordneten Ressorts so zu verwalten, wie sich Grün/Schwarz schon ausgemacht haben, nein. Demokratie heißt lebendiges Zusammenwirken. Demokratie heißt auch Macht kontrollieren können und gerade die Grüne Fraktion war es doch immer, die auf Minderheitenrechte und Machtkontrolle besonderen Wert gelegt hat und die unisono mit der ÖVP gemeinsam als Erstes sich überlegt hat, wie man Machtkontrolle möglichst gut ausschalten kann. Und das sage ich als ein Beispiel den uns jetzt kundgemachten Vorschlag für die Besetzung von Aufsichtsräten, insbesondere der Stadtwerke. Da waren es gerade immer die Grünen, die gesagt haben, da wollen wir doch dabei sein, weil hier werden wesentliche Entscheidungen getroffen, die die Stadt insgesamt berühren. Und das Erste, was man uns mitgeteilt hat, aber die Roten brauchen wir nicht mehr, weil ihr habt eh die Personalvertreter, also nach dem Arbeitsverfassungsgesetz zwingend im Aufsichtsrat vertretenen Persönlichkeiten. Ja, Entschuldigung, das Aktiengesetz

sollte man schon kennen, die dürfen uns ja nichts erzählen logischerweise aus den Aufsichtsratssitzungen, weil die ja nicht öffentlich stattfinden. Und selbstverständlich war es bisher so, dass die Stadtsenatsfraktionen alle im Aufsichtsrat der Stadtwerke vertreten waren. Nur ein Beispiel, und es gäbe viele, ich glaube, die Gelegenheit heute ist nicht die richtige, um das alles auszuführen, wir werden es noch tun. Aber, lieber Peter, wenn dir das Wort Machtwahnsinn nicht gefällt, ich ersetze es durch ein anderes, das vielleicht auch besser passt, das ist Machtarroganz. Es ist Machtarroganz, wenn man einer sozialdemokratischen Fraktion vorschreibt, wo sie sitzen will und damit das Statut schon nicht einhält, weil die Klubobleute gar nicht zusammengetreten sind, die im Statut vorgesehenermaßen über Sitzverteilungen reden sollten, es ist Machtarroganz, wenn man uns ein Arbeitsübereinkommen vorschlägt, das wir bis zum heutigen Tag nicht schriftlich bekommen haben, man hat uns nur gesagt, wir arbeiten noch daran, man arbeitet vielleicht auch in diesen Stunden noch, bis zum heutigen Tag haben wir es nicht bekommen. Ich würde gerne wissen, was auf Landesebene unter gleichen Umständen nur nach umgekehrten Vorzeichen geschehen würde, ob man sich das gefallen lassen würde, das ist doch undenkbar. Das ist kein guter Umgang mit der Demokratie und es ist auch kein guter Umgang mit einer Wählerentscheidung, bei der immerhin ein Fünftel aller Grazer Wählerinnen und Grazer Wähler der sozialdemokratischen Partei das Vertrauen geschenkt haben und zwar deshalb, weil sie meinen, dass ihre Wählerinteressen wie ihrer Wählerinneninteressen von der SPÖ auch am besten vertreten werden. Man ist hier also nonchalant über Usancen, die der Stadt bisher gut getan haben, hinweggegangen. Das alles stärkt nicht das Vertrauen, nicht das Vertrauen in Parteien und nicht das Vertrauen in Personen. Und das führt mich nun zu dem Punkt, der für viele vielleicht nicht unerwartet kommt. Siegfried Nagl wird mit einer Mehrheit, wie jetzt voraussehbar ist, zum Bürgermeister der Stadt Graz gewählt werden. Siegfried Nagl hat das Vertrauen vieler Wählerinnen und Wähler für sich erworben, das ist richtig. Siegfried Nagl hat allerdings ein hohes Gut, nämlich das Vertrauen, auch der sozialdemokratischen Fraktion, verspielt, als er zwar sich selbst ins Licht gerückt hat mit einem Riedler-/Nagl-Kurs bei der Budgetsanierung, aber am 31.12. bereits angekündigt hat, was wir hier und heute erleben, nämlich, dass er eine grün/schwarze Koalition will. Und eines sollte man nicht tun, man sollte Gegner nie unterschätzen, auch politische Mitbewerber sollte man nicht unterschätzen und man sollte nicht von vorneherein unterstellen, dass bei Verhandlungen die Intelligenz

abgeschaltet wird, das ist auch Arroganz, diesen Umgang auch mit der sozialdemokratischen Fraktion, vielleicht auch mit anderen Fraktionen, den nenne ich arrogant. Und ich möchte daher, wie ich hoffe, wohl verstanden, folgendes sagen: Die sozialdemokratische Fraktion zollt dem Amt des Bürgermeisters ihren Respekt, den Respekt, die die Person Siegfried Nagl auch für die gute Ausübung dieses Amtes brauchen wird, wird er sich wieder erwerben müssen, daher ist uns heute nicht möglich, Siegfried Nagl als Bürgermeister zu wählen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrter Herr Bürgermeister in spe, sehr geehrte Ehrengäste hier im Saal, sehr geehrte Ehrengäste auch oben, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Maria Cäsar, sehr geehrter Herr Sonnenschein! Ich habe großen Respekt vor Ihrem Leben und vor dem, was Sie uns heute noch einmal auf unseren Weg mitgegeben haben. Dafür danke ich Ihnen im Namen der Grünen Fraktion im Gemeinderat. Als ich heute in das Rathaus gegangen bin, war das schon eine sehr beklemmende Situation. Fünf Jahre lang konnte man frei und offen hier hereingehen und jetzt muss ich feststellen, dass das überhaupt nicht mehr möglich ist und dass das nicht nur für uns nicht möglich war heute, sondern dass dieses Stadtparlament aufgehört hat, ein Parlament zu sein, das offen für alle Bürgerinnen und Bürger ist. Und das ist nicht nur traurig, das ist wirklich gespenstisch für mich heute gewesen und ich wünsche mir wieder eine Zeit, wo das nicht mehr so bewacht ist, wie ich das heute erleben und hinnehmen musste, sondern wo wirklich wieder die Offenheit Einzug hält, die ich fünf Jahre lang hier in diesem Rathaus erleben konnte. Das war schon eine Qualität und diese Qualität ist weg. Und auch wenn sich die Geschichte, wie Simon Wiesenthal einmal gesagt hat, nicht wiederholt, es wiederholen sich, so sagte er, die Fehler, die gemacht werden. Und wenn Parteien hier herinnen sitzen, die FPÖ und das BZÖ, die für diese Situation, wie wir sie heute erleben, wenn wir hereinkommen beim Rathaus, verantwortlich sind, dann weiß ich nicht so genau, was sie auch dazu lernen werden, um diese Demokratie auf die wir stolz sind und die keine Selbstverständlichkeit ist, um diese Demokratie, zu stärken, ich habe so ein bisschen meine Zweifel. Aber es ist aber auch ein anderer Tag heute, es ist der Tag, wo sich der Gemeinderat konstituiert, es ist auch ein guter Tag, es ist

ein starkes Zeichen für uns, für die Menschen hier in Graz ein starkes Zeichen eines Parlaments, das vom Souverän, der Grazer Bevölkerung, gewählt wurde. Und wenn ich eingangs gemeint habe, die Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, dann muss ich noch dazusagen, dass natürlich auch die Skepsis gegenüber der repräsentativen Demokratie immer mehr zunimmt. Die Menschen sind immer weniger bereit den traditionellen Parteien und politischen Einrichtungen ohne Wenn und Aber zu folgen, das ist auch gut, das heißt, da gibt es ein starkes kritisches Potential. Die andere Seite ist, dass Korruptionsaffären, mangelnde Dialogbereitschaft durch die Politik, Verfilzung und parteipolitisch motivierte Besetzungen von Schlüsselpositionen die Glaubwürdigkeit der politischen VerantwortungsträgerInnen ziemlich untergraben haben und das demokratische System als Garant für Kontrolle und Interessenausgleich stark geschwächt hat. Und weil das ist und weil es ziemliche Bruchstellen gibt, ist es erklärbar, dass eben Parteien mit reaktionären menschenverachtenden Parolen Stimmenzuwächse verzeichnen und hier heute auch entsprechend vertreten sind, die durch aggressive Ausgrenzungs- und Säuberungspolitik, durch Verächtlichmachung der islamischen Religionsgemeinschaft, durch diffamierende Äußerungen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund die Bevölkerung bewusst aufstacheln und spalten. Aber glauben Sie mir eines, es wird Ihnen, wenn Sie diese Politik weiterfahren, ein ziemlicher scharfer Wind entgegenwehen hier in diesem Gemeinderat, denn da sind die demokratischen Kräfte Gott sei Dank noch stark genug und Sie sind auch in der Überzahl (*Applaus Grüne*). Wir Grünen feiern heute auch ein 25-jähriges Jubiläum, vor 25 Jahren sind die Grünen das erste Mal in den Grazer Gemeinderat eingezogen. Damals auch mit Schnittlauch, wir haben das zum Anlass genommen, das heute zu wiederholen. 25 Jahre Reifeprüfung für die Grünen, nach 25 Jahren stellen wir heute unsere erste Stadträtin, Lisa Rücker, heute noch nicht, morgen, musst noch ein bisschen warten. Nach 25 Jahren gibt es ein Koalitionsabkommen und ich sage Ihnen offen und ehrlich, ich hätte es mir nicht träumen lassen, wenn mir jemand vor einigen Monaten gesagt hätte, die Grünen machen mit der ÖVP eine Koalition, hätte ich gesagt, nein wirklich nicht, absurde Idee. Aber nicht nur, dass der Herr Bürgermeister schon während des Wahlkampfes oder am Ende des Wahlkampfes schon gelockt hat, Lisa, Lisa, wir sind auf eine Partei getroffen, die sehr neugierig und sehr interessiert auf uns zugegangen ist. Es gab eine gewisse Distanz von Seiten der ÖVP, aber auch eine Distanz von uns, man hat sich erst annähern

müssen, das ist selbstverständlich so, aber, und davon bin ich überzeugt, wir haben ein sehr, sehr gutes Programm zustandegebracht, wir haben einen Koalitionsvertrag ausgehandelt, der kann sich sehen lassen, der trägt starke Grüne Handschrift und der trägt auch die Handschrift der ÖVP und eines muss bewusst sein, uns vorzuwerfen vielleicht, wir hätten unsere Prinzipien verraten, geht völlig ins Leere. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen werden sich überzeugen können. Schauen Sie sich dieses Koalitionsprogramm an, wir haben hier Weichenstellungen gesetzt, wir haben uns ganz, ganz viel vorgenommen, wir werden in ganz wichtigen Bereichen einen Paradigmenwechsel herbeiführen. Die Bereiche Mobilität, Stadtentwicklung, Integration, Menschenrechte, Ökologie, auch die Bereiche Soziales, und da hoffe ich sehr auf die Zusammenarbeit mit der SPÖ und ich danke auch der KPÖ, die mit uns ein sehr inhaltliches Gespräch geführt hat und die KPÖ war die Partei, die tatsächlich mit ganz klaren Vorstellungen, was in den nächsten fünf Jahren notwendig ist, damit Wohnen leistbar bleiben kann und damit mehr Wohnraum geschaffen werden wird für Menschen, die nicht privilegiert sind. Mit so einem Programm ist sie an uns herangetreten und sie hat uns auch gezeigt, sie hat den Finger hingehalten und hat gesagt, das habt ihr vergessen und das auch und das ist zu unklar. Und ich muss sagen, wir sind Menschen, die lernen, die dazulernen und ich war sehr froh, dass die Elke Kahr uns sehr klar darauf hingewiesen hat und wir haben vieles von dem in unser Programm aufnehmen können und das hat, glaube ich, auch der KPÖ die Möglichkeit gegeben, diesem Teil des Koalitionsabkommens auch mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Ich hätte mir das auch gewünscht von der SPÖ. Macht, Demokratie und Macht. Macht ist per se neutral, das kommt immer darauf an, was man mit dieser Macht macht. Wolfgang Riedler, ich weiß nicht woher du das hast, dass du und deine Fraktion überall ausgeschlossen seid, wie kommst du auf die Idee, dass ihr zum Beispiel in den Aufsichtsräten nicht drinnen seid, stimmt nicht, schlicht, das stimmt nicht. In sehr, sehr wichtigen Aufsichtsräten werdet ihr vertreten sein. Ihr werdet auch vertreten sein in Ausschüssen als Vorsitzende, also wenn die SPÖ hier im Gemeinderat auftritt und meint, wir seien alle in einem völligen Rauschzustand, dann ist das so nicht richtig und ja, die Demokratie ist uns ganz viel wert. Und nachdem wir in den Stadtwerken im Sinne der Versorgungssicherheit für kommunale Dienstleistungen Reformen durchführen wollen und werden, ist es natürlich auch wichtig, und das versteht auch jeder Mensch, ist es wichtig, dass diejenigen, die hier auch die Hauptverantwortung für diese Reformen tragen werden,

auch im Aufsichtsrat drinnen sind und das ist nun einmal die ÖVP und das ist nun auch einmal die Grüne Partei, die ALG. In diesem Sinne, ich freue mich auf ein ganz starkes Stadtparlament, auf eine starke Stadtregierung, wir werden gestalten, wir werden verändern, wir werden auch kontrollieren, darauf können Sie sich verlassen. Dankeschön (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GRin. **Kahr**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Ehrengäste, liebe Gemeinderäte und Gemeinderätinnen! Die Gemeinderatwahl am 20. Jänner hat die politische Situation in unserer Stadt Graz verändert. Dazu gehört auch, dass die KPÖ erstmals seit dem Jahr 1988 nicht dazugewonnen, sondern Stimmen und Mandate verloren hat. Wir nehmen dieses Ergebnis sehr ernst und hoffen, dass wir in der vor uns liegenden Periode einiges an Vertrauen auch wieder zurückgewinnen können. Schließlich ist es eine Tatsache, dass auch bei dieser Wahl die Beteiligung weiter gesunken ist und es muss uns allen zu denken geben, wenn etwa 85.000 Menschen in unserer Stadt nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, während die 43.000 Stimmen für die stärkste Partei in diesem Hause als großer Erfolg angesehen werden. Die KPÖ wird ihren eingeschlagenen Weg weiter fortsetzen. Wir verstehen uns als Interessensvertretung der sozial Schwachen, der Mieter und Mieterinnen und als Partei der arbeitenden Menschen. Gerade ihre Anliegen, Forderungen und Sorgen dürfen in diesem Hause nicht in Vergessenheit geraten. Urbanität und ein modernes Herangehen an gesellschaftliche Probleme sind oft verwendete Worte, die aber die großen sozialen Fragen ausblenden. Unserer Meinung nach muss man sich gerade heute einer Tatsache bewusst sein: Fehlentwicklungen in der Gesellschaft und vor allem ihre Verursacher müssen konkret benannt werden. Wir müssen eine Politik machen, die darauf gerichtet ist, dass sich nicht eine winzige Minderheit die Ergebnisse der Arbeit der großen Mehrheit der Bevölkerung aneignet. Das war und ist auch die Haltung der KPÖ. Wir treten bei Wahlen nicht an, um hochdotierte Posten zu ergattern, sondern um eine nützliche Arbeit für die Bevölkerung zu leisten, im Rathaus, aber auch in der Öffentlichkeit gemeinsam mit Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen. Die Mehrheitsverhältnisse im Rathaus haben in den vergangenen Perioden mehrmals gewechselt. Die KPÖ wird im Stadtsenat und im Gemeinderat die Anliegen, wie schon gesagt, der Schwächeren in unserer

Gesellschaft bestmöglich vertreten. Bei dieser Arbeit wird die KPÖ auch weiterhin eine berechenbare Kraft bleiben. Unsere Linie ist klar und eindeutig. Mit dem Argument des Sachzwangs wurden in der Vergangenheit schon viele Wahlversprechen gebrochen. Wir jedoch meinen, es sollte auch einen Sachzwang zur Glaubwürdigkeit in dieser Stadt geben. Uns geht es um den Erhalt des städtischen Eigentums, um den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der aber auch für alle, die darauf angewiesen sind, leistbar sein muss. Finanziert sollte er durch eine Nachverkehrsabgabe von den Unternehmen, ähnlich der Wiener U-Bahn-Steuer, werden. Wir möchten endlich den Sozialpass für Familien und Personen mit geringem Einkommen verwirklicht sehen, damit, um nur ein Beispiel zu nennen, es sich Familien, die im Sommer die teuren Eintrittspreise in den Bädern nicht leisten können, endlich auch einmal so gegeben ist. Und wir treten konsequent für das Recht auf leistbares und menschenwürdiges Wohnen ein. Dabei geht es uns um den Erhalt der Gemeindewohnungen und die Sanierung der Gemeindewohnungen und um die Schaffung von neuem Wohnraum mit Einweisungsrecht der Gemeinde. Gerade dieses Gebiet darf man nicht den Gesetzen des Marktes überlassen. Heutzutage wird den Menschen viel abverlangt. Die Mietpreise, gerade bei uns in der Steiermark, erst kürzlich durch die neue Richtwertregelung und die Lebenserhaltungskosten explodieren, deshalb sollte die Politik mit gutem Beispiel vorangehen und muss die Privilegien auch abschaffen. Wir sind deshalb nach wie vor für die Verkleinerung des Stadtsenates von neun auf sieben Personen. Davon haben wir uns auch, wie Sigi Binder schon angesprochen hat, in den Gesprächen mit Schwarz/Grün leiten lassen. Nach mehreren Gesprächsrunden zum Kapitel Wohnen sind wir zu gemeinsamen Formulierungen auf diesem Gebiet gekommen, die jetzt festgeschrieben wurden und die wir so auch guten Gewissens mittragen können. In den kommenden fünf Jahren wird es in Graz keine Privatisierung oder Ausgliederung der städtischen Gemeindewohnungen geben. Das Wohnungssanierungsprogramm wird fortgesetzt, ÖVP und Grüne haben verbindlich zugesagt, neue Grundstücke bereitzustellen und es soll auch zur teilweisen Verwirklichung unseres Zieles Gemeindewohnungen auf Kasernengrund kommen, um nur einige Punkte zu nennen. Dieses Ergebnis ist sehr gut tragbar, die Gespräche haben gezeigt, dass man sich wirklich ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzen möchte. Eines ist aber auch klar, das Ganze hat nur dann Sinn, wenn es auch budgetäre Auswirkungen hat, vor allem für das städtische Wohnungsamt. Sehr geehrte Damen

und Herren! Bedeutet die Unterschrift der KPÖ unter das Kapitel Wohnen, dass unsere Partei der schwarz/grünen Koalition im Rathaus insgesamt zustimmen wird? Nein, das bedeutet es nicht, es wäre zwar sicherlich als Gedankenspiel interessant zu beobachten, wie die Grazer ÖVP gegenüber den konservativen Parteien in anderen europäischen Ländern diese Zusammenarbeit mit einer kommunistischen Partei rechtfertigen würde, aber ich denke, es ist uns beiden auch klar, dass uns doch politisch-ideologisch und gesellschaftlich gesehen einiges trennt. Es geht uns nicht darum, wer die Handschrift in erster Linie in diesem Papier trägt, ob das Schwarz, Grün oder Grau ist. Man sieht aber doch, soweit uns dieses Papier im Detail zur Kenntnis gebracht wurde, dass die ÖVP sehr genau darauf geschaut hat, dass die Interessen jener Gesellschaftsschicht, die sie vertritt, nicht zu kurz kommen. Es ist schließlich so, dass die privaten Abfallverwertungsfirmen, Immobilienfirmen und Projektentwickler natürlich zur ÖVP einen weit direkteren Zugang als zur KPÖ haben. Wir sehen, um nur zwei Beispiele zu nennen, die angedachte Übertragung der Wirtschaftsbetriebe an die Stadtwerke und die Pläne, die für die städtische Müllabfuhr überlebenswichtige Andienungspflicht für gewerbliche Abfälle zur Diskussion zu stellen, in diesem Licht. Auch die Tatsache, dass der Schutz der Altstadt und ein unabhängiger Altstadtanwalt im Koalitionsvertrag keine Würdigung gefunden haben, während beim ECE ein Kompromiss gefunden wurde, der im Interesse der Betreiber ist, deutet in diese Richtung. Die Stadt Graz ist nicht, wie ich sehr oft in den letzten Jahren gehört habe, ein Konzern oder Unternehmen, ihre Bediensteten sind keine Manager, ihre Einrichtungen dürfen kein Gabentisch für Investoren sein. Die Stadt ist ein Gemeinwesen, das zum Wohle ihrer Bewohnerinnen und Bewohner funktionieren muss. Angesichts der negativen Erfahrungen mit Privatisierungen und Ausgliederungen in anderen Städten wenden wir uns entschieden gegen alle Versuche, städtisches Eigentum auszugliedern oder zu privatisieren. Beim städtischen Vermögen handelt es sich nicht um den Privatbesitz von Politikerinnen und Politikern, sondern sie gehören allen Grazerinnen und Grazern (*Applaus KPÖ*). Meine Damen und Herren! Eines sieht man jetzt aber auch deutlich, die Vorgangsweise von Schwarz/Grün bei der Besetzung einiger Aufsichtsräte, und ich habe das sehr wohl vernommen von dir, Sigi, dass du gesagt hast, dass es nicht in allen Aufsichtsräten ist und dass man auch daran denkt, in Verwaltungsausschüssen durchaus den anderen Oppositionsparteien hier einen Schritt entgegenzugehen, aber ich bleibe nur bei dem Beispiel der Stadtwerke,

soweit ich das weiß, ist das auch so angedacht. Ich halte das für problematisch auch in diesem Bereich, weil es doch an das Machtdenken anknüpft von vergangenen Jahren und ich sehe es durchaus auch als problematisch, wenn man im Namen stärkerer Zugriffsrechte die Kontrollmöglichkeiten der Gemeinderatsfraktionen und des Gemeinderates insgesamt einschränkt. Aufsichtsräte sind nämlich Kontrollorgane und nicht der verlängerte Arm der Regierung, das ist der Grund, warum die KPÖ auch in der Vergangenheit unter anderem einigen Anträgen der Grünen in diesem Zusammenhang auch immer ihre Zustimmung gegeben hat. Das ist unsere prinzipielle Haltung, die wir einnehmen, unabhängig davon, ob wir daraus einen Vorteil ziehen oder nicht. Wir haben nicht vergessen, wie es ist zu arbeiten, wenn man von allen Informationen ausgeschlossen ist. Deshalb waren und werden wir auch weiterhin unter allen Bedingungen für Information und Kontrolle in diesem Haus eintreten. Als Ausdruck unserer Kritik an den Grundlinien der Politik von Schwarz/Grün werden wir weder dem Vorschlag für den Bürgermeister, noch dem Vorschlag dieser Koalition für die Vizebürgermeisterin zustimmen. Hingegen werden wir bei der Vizebürgermeisterwahl aus demokratiepolitischen Gründen in den ersten beiden Wahlgängen den von der zweitstärksten Wahlpartei vorgeschlagenen Kandidaten unterstützen. Selbstverständlich akzeptieren wir das Ergebnis demokratischer Wahlen und nehmen die Vorschläge für die Nominierung der Mitglieder der Stadtregierung zur Kenntnis. Das wird sich auch bei unserem Verhalten bei der Abstimmung über die einzelnen Stadtsenatsreferentinnen und -referenten ausdrücken. Zum Schluss, meine Damen und Herren, unsere Sitzung, wie heute schon mehrmals angesprochen, findet am 70. Jahrestag der Annektion Österreichs durch Hitlerdeutschland statt und erlauben Sie mir durchaus auch diese persönlichen Worte, dass ich sehr stolz bin und dass es mich sehr gefreut hat, dass Maria Cäsar heute hier am Beginn dieser konstituierenden Sitzung im Namen der Frauen und Männer, die aktiv im Widerstand gegen das Hitlerregime gekämpft haben, heute hier sprechen konnte. Und zwar deshalb freut es mich und ich bin stolz darauf, weil sie es war, die mich vor 25 Jahren in den ersten Jahren meiner Partei begleitet hat und auf einen guten Weg in meiner Bewegung geführt hat. Wahrscheinlich morgen wird eine Stadträtin angelobt werden, die aber durch ihre Hetze im Wahlkampf das Ansehen unserer Stadt sehr in Mitleidenschaft gezogen hat. Das sieht man auch daran, dass dieses Rathaus heute praktisch wie eine Festung aussieht und ich kann Ihnen sagen, ich bin seit 1993 hier Gemeinderätin

und ich habe das persönlich noch nie erlebt, dass bei einer Konstituierung es so ist, wie wir es heute alle erleben konnten und ich habe in der Früh heute auch schon drei BürgerInnen der Stadt Graz, die noch ein Beratungsgespräch wollten, gehabt, die mir erzählt haben, dass ihre gesamten Taschen kontrolliert worden sind und was das Ganze soll. Das muss einen sehr, sehr nachdenklich stimmen und ich sage das aber auch ganz deutlich, die Verantwortung für diese Situation trägt einzig und allein Frau Winter und die FPÖ. Zuerst zu zündeln und dann hinterher aber zu jammern über die Folgen der eigenen Verantwortungslosigkeit, das möchte ich hier in den Raum stellen, ich hoffe, dass das in Hinkunft hier in den kommenden Jahren hintangehalten wird. In diesem Wahlkampf, und das möchte ich hier bewusst aber auch sagen, ist aber von Seiten der FPÖ und des BZÖ viel mehr passiert. Man hat den Alltagsrassismus salonfähig gemacht und damit, wie ich meine, großen Schaden angerichtet, was das Zusammenleben der Menschen in unserer Stadt betrifft. Besonders schäbig war aber der Versuch, die korrekte, unparteiische und ausschließlich am Wohnungsvergabesystem orientierte Arbeit der Bediensteten des städtischen Wohnungsamtes in Zweifel zu ziehen. Ich nutze die Gelegenheit, heute um ihnen, den Frauen und Männern am städtischen Wohnungsamt, für ihre Arbeit zu danken. Diese ist nämlich in den letzten Jahren nach der Umsetzung der Richtlinie über den Zugang zu den kommunalen Wohnungen nicht leichter geworden. Dabei muss man aber auch eines wissen, dass diese Richtlinie von FPÖ-Minister Böhmdorfer mitbeschlossen und von der BZÖ-Ministerin Haubner, der Schwester von Jörg Haider, per Verordnung in den österreichischen Rechtsstand umgesetzt wurde. Dieselben Parteien, die sich aber jetzt bei dieser Hetze hervortun, wissen ganz genau, dass ihre eigenen Leute aus gutem Grund an diesen Bestimmungen mitgewirkt und sie auch unterschrieben haben. Wir haben die Verpflichtung, auf diesem Gebiet nach Lösungen zu suchen und dürfen die Menschen nicht gegeneinander aufhetzen. Deshalb halten wir den Anlauf für eine umfassende Gebietsbetreuung für so wichtig, den die neue Stadtregierung gemeinsam mit der KPÖ vereinbart hat. Ob Nationalismus und Rassismus die Oberhand behalten oder ob es weiterhin ein Zusammenleben aller Menschen in unserer Stadt ohne große Konflikte geben wird, das wird nicht auf Tagungen und auch nicht auf Seminaren entschieden, sondern das wird ganz konkret an Ort und Stelle draußen in den Wohnsiedlungen in Graz entschieden werden. Deshalb schlagen wir heute auch ganz konkret vor, dass wir geeignete Räumlichkeiten, die wir auch vom städtischen

Wohnungsamt zur Verfügung stellen würden, beispielsweise wie sie jetzt frei werden im Grünanger und in der Schönausiedlung oder auch in der Triester Siedlung für den Zweck sozialer Begegnungszentren und für die Gebietsbetreuung zu widmen und so rasch wie möglich mit dieser Arbeit auch zu beginnen. Das sind wir den Menschen nämlich schuldig und da geht es nicht darum, um persönliche Eitelkeiten oder wer sich dann hinterher dieses Fähnchen dann an den Hut steckt, sondern die Menschen verlangen von uns Lösungen und nicht eben nur leere Versprechungen. Allein aber das Beispiel Wohnen zeigt, wie sehr Beschlüsse der Europäischen Union das Leben in unserer Gemeinde mitbestimmen. Von den Maastrichtkriterien über die Dienstleistungsrichtlinie oder die Liberalisierung der Daseinsvorsorge. Das trifft auch auf den neuen EU-Vertrag zu, der keine Besserstellungen für die Gemeinde vorsieht, sondern im Gegenteil, deshalb treten wir für eine Volksabstimmung über diesen Vertrag ein, gemeinsam mit 52 überparteilichen Organisationen, die am 5. April mit einer Menschenkette vor dem Parlament für diese Forderung demonstrieren werden. Es wäre gut, wenn sich auch der Gemeinderat der steirischen Landeshauptstadt zur Unterstützung einer Volksabstimmung über den EU-Vertrag durchringen könnte. Sehr geehrte Damen und Herren! Die KPÖ wird auch in der neuen Funktionsperiode eine konstruktive Kraft im Grazer Gemeinderat sein. Sachlich konsequent, aber immer auf der Seite der Leute, die im politischen Getriebe sehr oft vergessen werden. Die KPÖ ist keine Partei für die Mächtigen und Reichen, wir bleiben auch weiterhin die Partei für die Schwächeren in unserer Stadt Graz und der arbeitenden Menschen. Für sie und mit ihnen werden wir gemeinsam uns einsetzen und arbeiten für eine solidarische und soziale Stadtentwicklung, das ist unser Anspruch und an diesem Anspruch wollen wir auch gemessen werden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GR. **Sippel:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Bürgermeister in spe, geschätzte Ehrengäste, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren Medienvertreter! Wir Freiheitliche sind aus dem Wahlgang vom 20. Jänner 2008 gestärkt hervorgegangen. Was nicht zuletzt auch eine Bestätigung jener Themen ist, die wir klar und unmissverständlich artikuliert haben. Die

Zerstörungsversuche, die seit 2005 ausgehend von der ÖVP, die versucht hat, mit der orangen Kunstpartei uns ins politische Nirwana zu kapitulieren, sind gescheitert und das, meine Damen und Herren, wird Ihnen auch nicht in Graz gelingen. Weil Sie, Frau Klubobmann Binder und Frau Stadträtin Kahr sich so darüber brüskieren und beschweren, dass so enorme Sicherheitsmaßnahmen heute notwendig sind beim Eintritt in das Rathaus, das war gestern auch notwendig, als unter anderem auch Ihre Jugend hier gegen die demokratisch gewählte FPÖ demonstriert hat (*Applaus FPÖ*). Nun ist bei mir wie auch bei den Kolleginnen und Kollegen im FPÖ-Klub in den letzten Wochen der Eindruck entstanden, dass hier vor allem die den Machtrausch, und ich sage das bewusst, im Gegensatz zum Klubobmann Percevic und der Dr. Riedler hat es als Machtarroganz bezeichnet, die ÖVP, die in ihrem Machtrausch gemeinsam mit der grünen Fraktion den Wählerwillen nur bedingt Rechnung trägt. Anders kann man die eindeutige Schlechterbehandlung der FPÖ hier nicht bezeichnen. Da ist in erster Linie einmal die von uns Freiheitlichen einstimmig nominierte Dr. Susanne Winter, es ist schon klar, dass sie nicht unbedingt ein Liebling von Ihnen ist, aber ich glaube nicht, dass sie das jemals vorgehabt hatte zu werden, aber Sie, Herr Bürgermeister in spe und Ihre Grünen, und ich formuliere das da halt so, Steigbügelhalter stoßen insbesondere 12.000 Wähler vor den Kopf, die die FPÖ gewählt und gestärkt haben und Dr. Susanne Winter als Stadträtin Verantwortung übertragen haben. Das Vorgehen Ihrerseits ist aus unserer Sicht demokratiepolitisch äußerst bedenklich, nicht nur die Tatsache, dass Dr. Susanne Winter mit einem Miniressort abgespeist worden ist, befremdet, sondern auch alle anderen Lähmungsversuche sind unbegreiflich und sollen hier auch laut ausgesprochen werden. Zuerst war einmal der Versuch, Dr. Susanne Winter uns mit gezielten Versuchen aus den Reihen zu schießen, anders kann man das nicht formulieren. Ich erinnere an die öffentliche Debatte darüber, ob Susanne Winter ihr Amt ausüben darf oder nicht, aber es wäre vielleicht besser seitens der Freiheitlichen, wenn ein anderer Kandidat von uns nominiert werden soll. Aber Sie alle wissen es, diese Bestimmung im Statut der Stadt Graz ist als verfassungswidrig aufgefliegen und vor zwei Tagen auch im steirischen Landtag aufgehoben worden. Dennoch, und das sage ich hier auch ganz bewusst, ist es Ihnen nicht gelungen, Unfrieden in unsere Fraktion zu bringen, wir stehen geschlossen hinter Dr. Susanne Winter (*Applaus FPÖ*). Weiters zu erwähnen ist hier Ihr Bestreben, uns die Subventionen zu kürzen. Hier haben Sie gemeinsam mit den von Ihnen ins Leben

gerufenen und ich nenne es Inquisitionsgremium, namens Menschenrechtsbeirat, eine sehr fragwürdige Grundlage konstruiert, um uns ans Fell gehen zu können. Das ist nichts anderes als eine gezielte Attacke, um uns zu schwächen, damit für Sie missliebige Meinungen mundtot gemacht werden und ich sage Ihnen eines, wir werden auch weiterhin, auch in den nächsten fünf Jahren, uns nicht den Mund verbieten lassen, denn, und ich zitiere hier unseren ehemaligen Bürgermeister, einen ihrer Vorgänger, Alexander Götz, der hat damals schon gesagt, wenn wir gleich sind wie die anderen, werden wir überflüssig. Wir fordern daher, dass die Parteienförderungen transparenter werden, etwa durch ein Landesgesetz, denn im Bund und im Land sind die Parteienförderungen geregelt und obliegen nicht der Willkür der jeweiligen Machthaber. Ein Blick in den schwarz/grünen Koalitionsvertrag zeigt einen Schwerpunkt hinsichtlich Gleichstellungspolitik, was da nicht alles gleichgestellt werden soll, die Frauen den Männern, behinderte Menschen den Nichtbehinderten, Ausländern den Inländern, da sind wir in vielen Punkten ja durchaus Ihrer Meinung, aber was Sie hier nicht gleichstellen beziehungsweise gleich behandeln, das sind alle die in diesem Gemeinderat gewählten demokratischen Parteien und das gehört hier auch einmal gesagt (*Applaus FPÖ*). Ich appelliere an Sie alle, diesem Präjudiz, nämlich der Streichung der Subventionen, nicht zuzustimmen, denn solche Vorgehensweisen sind mir nur aus politischen Systemen bekannt, die mit Demokratie nicht sehr viel am Hut haben und wir werden das auch mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel aufs Schärfste bekämpfen, darauf können Sie Gift nehmen. Lassen Sie mich nun kurz auf den Koalitionsvertrag eingehen, der uns offenbart, welche Politik dieser Stadt in den nächsten fünf Jahren blüht. Und ich sage es auch ganz offen, hoffentlich nicht länger. Vorweg eines, mir und vielen anderen Grazern mit denen wir oder ich gesprochen haben, hat es bei der Durchsicht die Haare aufgestellt, noch nie stand Graz so eine realitätsfremde Schönwetterpolitik, so möchte ich das einmal bezeichnen, ins Haus, die ganz klar die sozial Schwachen und die arbeitende Bevölkerung in dieser Stadt zu den Verlierern stempelt. Als sozial gesinnter Mensch und als Vertreter der sozialen Heimatpartei wirft man natürlich auch einen Blick auf die sozialpolitischen Maßnahmen und leider muss man feststellen, dass aber so etwas von Nichts für die Bekämpfung von Armut zu finden ist und dass die Arbeitslosigkeit für Sie anscheinend gar nicht existiert. Selbst in Horrromanen kommt mir nicht so das Gruseln wie in diesem Koalitionsvertrag, das sage ich auch ganz offen, man hat den

Eindruck, Ihre Politik beschränkt sich auf teilweise abenteuerliche Integrationsvorhaben und auf Schwerpunktsetzungen, die ich als wirtschaftsbelastend oder als grünfanatische Umweltprogramme bezeichnen möchte. Garniert ist das Ganze vielleicht noch ein bisschen mit Gender, mit Kultur und Bildungsmaßnahmen. Aber die Prioritäten in diesem Koalitionsvertrag sind absolut falsch gesetzt, denn erst wenn alle Menschen in dieser Stadt ein Auskommen finden, kann man sich daran machen, diese Schönwetterpolitik auch umzusetzen, wie zum Beispiel Ausbau des Grünraumes, das ist ja nichts Schlechtes, aber wenn es Menschen in dieser Stadt nicht gut geht, dann haben sie nichts davon, wenn sie in fünf Minuten bei der nächsten Grünoase, wie Sie es nennen, sind. Und natürlich sind Ihnen, um diese schwarz/grünen Prestigeprojekte umzusetzen, auch wieder jede Menge Belastungen eingefallen, ich denke hier zum Beispiel an die Anhebung der Monats- und Jahrestickets in den Grünen Zonen, das betrifft ja auch wieder vor allem die Menschen, die es ja nicht unbedingt großartig mit dem Geld haben, weil in diesen Zonen ja vor allem die Menschen wohnen, die ja an und unter der Armutsgrenze leben gemeinsam mit 38.000 Grazerinnen und Grazern. Herr Bürgermeister, und das möchte ich hier auch feststellen, Sie haben sich von den Grünen ja schön über den Tisch ziehen lassen mit diesem Übereinkommen, das Ganze liest sich viel mehr wie ein grünes Parteiprogramm als wie ein christlich-soziales Maßnahmenpaket für Graz, aber anscheinend werfen Sie ihre Prinzipien über Bord, um weiterhin dank den Grünen Ihren Machtrausch zu stillen und die Grünen, die spielen natürlich mit. Sie sind ja jetzt auch auf den Geschmack der Macht gekommen, Stichwort Umfärbelungsaktion in den Stadtwerken, ist heute auch schon angesprochen worden. Sehr geehrte Damen und Herren Vertreter der ÖVP, kein Grund zur Sorge, wir Freiheitliche werden Ihnen öfter die Gelegenheit geben, sich sozusagen wieder reinzuwaschen und sich auf Ihre eigentlichen Vorhaben, die Sie nämlich auch in Form von Wahlversprechen abgegeben haben, rückzubesinnen. Eine Möglichkeit werden Sie dann schon haben, wenn wir das Bettelverbot beantragen, dann wird sich zeigen, ob Ihnen die schwarz/grüne Koalition mehr wert ist als Ihre Wahlversprechen und ob Sie für das Anliegen von vielen Grazern doch ein Ohr haben. Was aber unserer Meinung nach das Unfassbarste an diesem Pakt ist, sind Ihre Vorhaben hinsichtlich Integrationspolitik. Man bekommt unweigerlich den Eindruck, Sie leben überhaupt in einer anderen Stadt oder am Mond, man muss fast sagen, Sie sind, ich spreche die Vertreter der ÖVP an, von der Österreichischen

Volkspartei zur Aller-Völkerpartei geworden. In jedem dritten Absatz ist von Integration und von Unterstützung von MigrantInnen die Rede, während man eine dezidierte Unterstützung der Grazer Bevölkerung ja kläglich vermisst. Sie reden großspurig von Hier-Ankommen und des Hier-zu-Hause-Seins von Zuwanderern, die in einem Wellcome-Haus mit einem Willkommenspaket empfangen werden sollen. Dieser Inhalt interessiert mich übrigens ganz besonders, aber wahrscheinlich handelt es sich hier ja wieder um Sozialleistungen, von denen die Österreicher nur träumen können, aber eines wollen Sie nicht akzeptieren und zwar, dass sehr viele Grazer durch diese Zuwanderungswelle in den letzten Jahren, und die ist auf Graz hereingebrochen, enorm belastet werden und diese bald nicht mehr das Gefühl haben eines Hier-zu-Hause-Seins und das gehört hier auch einmal gesagt. Was uns ebenfalls noch bedenklich stimmt, ist ihr Vorhaben, auch ungeniert den begonnenen Budgetkonsolidierungskurs zu durchkreuzen. Und wie Sie sagen, Gestaltungsräume für die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Schwerpunkte sicherzustellen. Ja, meine Damen und Herren, das bedeutet nichts anderes, als das schwarz/grüne Prestigeprojekte für weitere Löcher in der Stadtkasse sorgen werden und als Konsequenz der weitere Ausverkauf städtischen Eigentums droht. Wir Freiheitliche werden dieser schwarz/grünen Koalition nicht zustimmen, wir sehen es als demokratisches Recht an und interpretieren es auch als den Wählerwillen, dass die zweitstärkste Fraktion den Bürgermeisterstellvertreter stellen soll und wir werden unser Abstimmungsverhalten auch diesbezüglich gestalten. Unsere Schwerpunktsetzung in den nächsten fünf Jahren wird genauso sein, wie wir es den Wählern vor der Wahl versprochen haben: Stärkung der Sicherheit, Bekämpfung der Armut, Entlastung, vernünftige Ausländerpolitik, mehr Bürgernähe, kurz gesagt, da zu sein für alle Grazerinnen und Grazer, nach dem Motto Österreicher zuerst (*Applaus FPÖ*). Wie es sich schon gezeigt hat, wird von Ihrer Seite mit allen Mitteln versucht, uns Steine in den Weg zu legen, doch auch, wenn wir eine junge beziehungsweise mit vielen neuen Gesichtern ausgestattete Fraktion sind, werden wir auf unserem Weg nicht behindern lassen, im Gegenteil, wir werden auch eine Koalition eingehen und zwar eine Koalition mit den Bürgern und alle Missstände und Unglaublichkeiten in dieser Stadt genau artikulieren. Wir stehen, und ich sage das auch ganz offen, aber auch nicht an, Maßnahmen, die für unser Graz gut sind und wichtig sind, mitzutragen. Mit uns kann man da getrost sprechen. Eines ist auch ganz klar, der Bürger lehnt Ihre Ausgrenzungspolitik ab und das kann man auch in vielen

Gesprächen, auch mit Ihren Wählern vernehmen. Also abschließend, wir werden es mit dem heutigen Tage anpacken, um Gutes für unser Graz zu bewegen, Sie sind eingeladen, auch freiheitliche Initiativen und freiheitliche Standpunkte in den nächsten fünf Jahren mitzutragen und glauben Sie mir, Graz wird es Ihnen danken. Glück auf (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz**: Exzellenz, Herr Bischof, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren, die auch heute auf den Zuseherrängen des Grazer Gemeinderates einen doch feierlichen Akt, nämlich die Konstituierung des Grazer Gemeinderates, mitverfolgen, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eingangs darf ich auch etwas dazu sagen, was alle meine Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben, nämlich am heute denkwürdigen Tag, einem Gedenktag, einem Jahrestag, der mich an das Jahr 1992 erinnert. Im Jahr 1992 bin ich das erste Mal als Jugendlandtagsabgeordneter im Steiermärkischen Landtag, in dem der Herr Landeshauptmann als Landeshauptmann auch vorsitzt oder vorsteht, gesessen und der damalige Landtagspräsident Wegart hat als Präsident diese Sitzung geleitet und hat 56 Jugendlichen Eindrücke aus seinem Leben und seiner Geschichte erzählt. Das war der Tag, der Jugendlandtag war im Übrigen der Tag der Steiermark, der Tag des Dialoges und auch seines Exzellenz, der Herr Bischof, war damals, meines Wissen aber auch der damalige Bundespräsident Klestil anwesend, und Landtagspräsident Wegart hat damals gesagt, schaut Kinder, wie ich in eurem Alter war, musste ich in den Krieg ziehen. Und wie ich dann zirka 25 Jahre alt war, bin ich nach Hause gekommen, war ein alter, war ein kranker und vom Leben und vom Krieg gedemütigter Mensch und das hat uns damals auch bei uns 18-Jährigen, die wir damals waren, die Gänsehaus auferstehen lassen. Und auch am heutigen Jahrestag des Anschlusses Österreichs an das sogenannte Hitler-Deutschland ist selbstverständlich, dass auch jeder Redner hier, der nur einen Funken Anstand und einen Funken Charakter in sich trägt, ein klares Bekenntnis zur Demokratie und ein klares Bekenntnis zu unserem Stolz abgibt, den wir auf unsere Demokratie haben sollten. Stolz, in einer Zeit zu leben, wo wir nicht gepeinigt sind von einem ersten Weltkrieg, stolz, dass wir nicht im Faschismus des Jahres 1933 leben müssen, den eine Partei damals initiiert hat und damit der Wegbereiter auch des

Nationalsozialismus war, dieser Verantwortung soll man sich auch immer bewusst sein, auch im Umgang mit der Demokratie, Herr Bürgermeister. Stolz darauf, hier in Österreich zu leben, das keinen Zweiten Weltkrieg, keinen Nationalsozialismus erleben muss und stolz darauf, in einer Demokratie Europas zu leben, die auch kommunistische Schreckensregime erduldet hat und überlebt hat. Und stolz in einer Demokratie zu leben, wo es immerhin auch einen Aufschrei gibt, wenn politische Parteien die Fahne rot-weiß-rot, auf die wir stolz sind, für ihr Gaggerl verwenden. Damit hätte ich zumindest einen großen Teil der Gemeinderatsparteien auch angesprochen, die in ihrer Vergangenheit, auch in der jüngsten, wenn Sie ungläubig schauen, ein Flaggerl für mein Gaggerl mit der rot-weiß-roten Fahne, Frau Kollegin Binder, damit man ihr Erinnerungsvermögen ein wenig wieder...Blumen kann ich nur zurückgeben. Aber stolz auch, in einem Land zu leben, dass diese Geschichten hinter sich gelassen hat und heute bin ich auch stolz, in einem Gemeinderat angelobt zu werden, der auf Basis von demokratischen Abstimmungen, nämlich einer Gemeinderatswahl unter Beteiligung von zumindest 59 % der Wahlberechtigten Grazerinnen und Grazer zustande gekommen ist. Und daher könnte ich natürlich jetzt sagen, es ist heute ein Tag der Freude für mich, logisch, wenn immerhin 4.857 Grazerinnen und Grazer dem BZÖ, zwei Gemeinderäten, dem Georg Schröck und mir den Weg geebnet haben an der Demokratie auch legitimiert in diesem Gremium teilzunehmen, kann man stolz sein, zumal es ja viele politische Beobachter gegeben hat, auch einige Journalisten, die ich hiermit begrüßen darf, die an das nicht geglaubt haben. Und dass wir ja eigentlich auch, weil ich ja gemerkt habe, wir befinden uns ein wenig noch in der Selbsttherapie aus dem Gemeinderatswahlkampf, kann auch gerne Mediationstätigkeit, Psychotherapie anbieten, ÖVP behauptet ja, das ist halt nicht anders gegangen, dass wir jetzt mit den Grünen müssen, die Grünen, die Frau Binder richtet dem Koalitionspartner hier gleich einmal aus, dass sie auf Bundesebene korrupt sind, Postenschacher im Innenministerium, also die sogenannte Liebe dürfte noch ein wenig gestört sein, es dürfte sich um eine Zwangsverheiratung handeln, weil wenn man sich so begegnet, dann dürften noch einige Beschädigungen auch aus dem Wahlkampf offen sein, biete mich da gerne als Eheberater an, vielleicht geht es Ihnen dann in Zukunft, die nächsten fünf Jahre, ein wenig besser. Aber auch bei der FPÖ habe ich ja ein wenig gehört, die scheinbar ihre Vergangenheit auch noch nicht überlebt hat, mich als Kunstprodukt, schauen Sie, ich bin 76 kg, auch wenn Sie das ein wenig vor sich

hingestottert haben, aber 76 kg Fleisch und Blut ist zumindest kein Kunstprodukt, sondern es sind zwei Personen, die in den Grazer Gemeinderat eingezogen sind. Wenn es also Bedarf gibt an medialer und mediativer Nachbetrachtung der Grazer Gemeinderatswahlen, um die Wunden wieder zu schließen, bin ich gerne bereit dazu. Auch wenn ich als einzige Kraft in der Opposition bin, schauen Sie, Sie haben gerade vorher eine Rede gehalten, Frau Klubobfrau Binder, ich habe Ihnen geflissentlich zugehört, auch wenn es mir hin und wieder schwer fällt, aber es ist nun mal so. Und gerade das zeichnet auch Demokratie aus, dass wir gegenseitig Standpunkte austauschen, und auch wenn die Grünen ein wenig Problem mit Demokratie haben und hin und wieder ein wenig anarchistisch abrutschen, sollten sie wenigstens zur Kenntnis nehmen, dass es sich hier um eine gefestigte und gewachsene Demokratie, auch in dieser Stadt handelt. Zurückkommend, eigentlich sollte ich mich freuen, dass wir es dann schlussendlich doch geschafft haben, in den Grazer Gemeinderat einzuziehen, aber ich sage heute auch ganz ehrlich, nein, es ist kein Tag der Freude. Es ist für mich kein Tag der Freude und es ist offensichtlich auch für 78 % der Grazerinnen und Grazer, und genau diese 78 % waren es, die den Herrn Bürgermeister nicht gewählt haben inklusive der Wahlberechtigten. Herr Bürgermeister, Sie sind ein sogenannter Fünftel-Bürgermeister, nur jeder Fünfte, dem Sie in der Stadt begegnen, können Sie sich sicher sein, dass er Sie gewählt hat. Es ist kein Tag der Freude, wenn so ein hoher Prozentansatz sich an der Demokratie, an der Gemeinderatswahl am 20. Jänner nicht beteiligt hat, weil an politischem Angebot dieser Stadt keine Alternative mehr für die Inanspruchnahme seines demokratischen Rechts gesehen hat. 78 % der Grazerinnen und Grazer, die Sie, Herr Bürgermeister, und Sie stehen zur Wahl, deswegen spreche ich auch für die Frau Altersvorsitzende, noch immer zur Sache, auch wenn es ein wenig abrutschend klingen möge, aber 78 % der Grazerinnen und Grazer, die eigentlich auch am 20. Jänner mit einer Stimme für andere Parteien oder auch einer nicht abgegebenen Stimme im Nichtwählerbereich dokumentiert haben, dass sie Schluss mit dem Stillstand wollen, dass sie Schluss mit den Verfehlungen, auch innerhalb der Stadt Graz der letzten fünf Jahre endlich einfordern, dass sie endlich einen Neustart verlangen, ein Aufwachen aus dem Dämmer Schlaf in der Pendeluhr, dass sie endlich mehr Idealismus, Einsatz für die Sorgen und Anliegen der Grazerinnen und Grazer wünschen. Herr Bürgermeister, ich rede Ihnen, auch als jüngerer Mensch ins Gewissen, 78 % der Grazerinnen und Grazer waren mit Ihnen nicht einverstanden

und haben Sie auch nicht gewählt und das ist Faktum. Und wenn man sich jetzt ansieht, Sie haben jetzt Koalitionsverhandlungen geführt, was ja an sich schon, mit Verlaub, es soll zu keinem Ordnungsruf führen, aber an sich schon vertrottelt ist, in einer Proporzregierung, wo ohnedies fünf Gemeinderatsparteien sich mittlerweile in der Stadtregierung repräsentieren und auch Bestandteil dieser Stadtregierung sind, dann noch, weil man halt einmal so sein wollte wie auf Landesebene, auf der Bundesebene, tun wir halt ein bisschen Koalition verhandeln, weil das ist so toll, wenn man Koalition verhandelt, weil da ist es so spannend und so medial, Herr Bürgermeister, noch einmal, Sie sind in einer Koalition mit fünf Rathausparteien und daher benehmen Sie sich auch so, ich bin jetzt nicht der Pflichtverteidiger der Sozialdemokraten, bin auch nicht der Pflichtverteidiger der Grünen oder der Kommunisten...*(Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke).*

GRin. **Gesek:** Herr Kollege Grosz, ich bitte Sie wirklich zur Sache *(Applaus ÖVP)*.

GR. **Grosz:** Frau Gemeinderatsvorsitzende, ich widerspreche Ihnen ungern, aber da könnten Sie mich zur Ordnung bitten, ich spreche zur Sache und die Sache ist die Bürgermeisterwahl. Zur Ordnung hätten Sie mich rufen können, aber nicht zur Sache, ich spreche zum Kandidaten der ÖVP, zur Bürgermeisterwahl. Ich ersuche Sie auch eindringlich, hier eine unabhängige Vorsitzführung auch während meiner Rede zu garantieren. Ich habe die anderen Reden alle sehr genau angehört, ich habe mir das anhören müssen, was auch andere Parteien auch über die FPÖ denken, auch über uns denken, über die Sozialdemokraten denken und, und, und. Es hat jeder die Möglichkeit bekommen, auch dazu Stellung zu nehmen. Was ich sagen wollte, wenn Sie sich in einer Proporzregierung befinden, dann erwarte ich mir auch von einem Bürgermeister, dass er mit den anderen Parteien, die mit ihm im Stadtsenat sitzen und die Verantwortung bekommen haben, auch sie diesbezüglich auch behandelt, sie auch einbindet und auch der Verantwortung gerecht wird, die sie bekommen haben. Das gilt für die Sozialdemokraten, das gilt für die Kommunisten und das gilt auch für die Freiheitlichen, egal wie man zur Person der dortigen

Spitzenkandidatin auch stehen möge, aber sie ist demokratisch auch legitimiert, wie wir alle. Ich in einem kleinen Verhältnis, nämlich mit zwei kleinen Stimmen, wir sind die Kontrollpartei, wir sind die sogenannten Zwerge, Mini, passt ja auch, daher bitte ich Sie auch eingangs, das auch ernst zu nehmen. Herr Bürgermeister, Sie haben soviel von Demokratie gesprochen, Ihre Eingangsrede war durchaus treffend und auch die Gefahr, die besteht, wenn man diese Demokratie verliert oder diese Demokratie schädigt. Daher appelliere ich an Sie in Ihrer künftigen Vorsitzführung als Bürgermeister, dieser Stadtregierung diese Demokratie gegenüber allen, auch der Kontrollpartei, immer in Bedacht zu nehmen, auch der Kontrollpartei, das ist sehr wesentlich. Ein Kanzler Ihrer Fraktion, Schüssel, hat das gezeigt, dass es geht, ein Landeshauptmann in der Steiermark, mit dem ich durchaus politisch so weit auseinander bin, wie weiß nicht was, aber der zeigt es, dass es auch geht, der es auch immer wieder versucht, renitente Partner ein wenig einzubinden in die Regierungsarbeit, also bitte auch der Appell an Sie, es in Zukunft zu tun, weil es einfach notwendig ist und weil es eigentlich auch widerspiegelt die Politik und die Verantwortung für diese Stadt. Warum es für mich heute kein Tag der Freude ist, können Sie sich auch vorstellen, Herr Bürgermeister, es ist für mich kein Tag der Freude, weil Sie die letzten fünf Jahre eigentlich immer wieder bei wichtigen Anliegen Ihrerseits und deren nicht durchgeführter Umsetzung immer wieder darauf verwiesen haben, dass sie keine Mehrheit im Gemeinderat haben. Ich erinnere an die Diskussion rund um die Umbenennung, vollkommen verrückt, de facto das Schwarzenegger Stadion, ich erinnere an das Bettelverbot, ich erinnere an die Diskussion um das ECE. Ich kann mich oft erinnern, wo Sie gesagt haben, leider es tut Ihnen so leid, Sie haben da diese Grünen vor sich und die Kommunisten und diese Roten, das sind ja alles fürchterliche Menschen und Sie kommen da nicht durch. Seit dem 20. Jänner hätten Sie eine rein theoretische Mehrheit für viele Projekte, gerade in diesem Bereich. Und ich kann mich an Ihre Worte sehr genau erinnern, mir wurde zwar nicht zum Verhängnis, aber mir wurde im Wahlkampf mein Slogan vorgeworfen. Und ich las dann drei Wochen später den gleichen Slogan mit einem Bild von Ihnen, einem Blaulicht daneben, Sauberkeit heißt Sicherheit. Und darunter waren durchaus einige Punkte, die verfolgenswert waren. 200 zusätzliche Exekutivplanstellen für Graz, das In-den-Griff-Bekommen des Integrationschaos', das wir durchaus im sozialen Wohnbau erleben und wo meine Ordner von Anfragen auch voll sind von Menschen, die es einfach in ihren eigenen Wohnungen sich nicht mehr

wohlfühlen. Da spreche ich durchaus von Initiativen, die Sie im Wahlkampf angekündigt haben, um einer Entwicklung in manchen Stadtbezirken entgegenzuwirken, Revitalisierungsprojekte, Revitalisierungsprojekte, wo Sie durchaus auch die Grünen gewinnen konnten, wenn ich an den Spittelberg denke in Wien. Revitalisierungsprojekte, wo wir gegen Glasscherbenviertel vorgehen, wo wir die Stadt sicherer, schöner, sauberer, lebenswerter, lebenswerter machen. Das habe ich alles, Herr Bürgermeister, von Ihnen im Wahlkampf gehört. Und deswegen bin ich auch, jetzt nicht persönlich, enttäuscht, persönlich, das ist eine Kategorie, die es offensichtlich in der Politik ja nicht gibt, aber bin ich enttäuscht, dass Sie zumindest einen Großteil der Grazerinnen und Grazer nicht im Wort geblieben sind und einen Großteil Ihrer Versprechen gegenüber den Grazerinnen und Grazern auf dem Altar einer schnell und unkomplizierten Zusammenarbeit geopfert haben. Damit haben Sie nicht nur viele Wählerinnen und Wähler des bürgerlichen Lagers rechts der Mitte, also Wählerinnen und Wähler Ihrer Fraktion, haben Sie nicht nur diese schwer enttäuscht, sondern haben Sie auch viele enttäuscht, die Sie auch gewählt haben, die vielleicht aus ganz unterschiedlichen Couleurs kommen, aber auch auf Grund der Ereignisse der Woche vor der Gemeinderatswahl gesagt haben, solche politischen Umstände, Zustände wollen wir nicht haben, solche Reden, solche Ansprachen, wir wollen nicht, dass Graz auf der Landkarte des Terrors ist und sich in dieser Situation des aufgeheizten Wahlkampfes durchaus zu Ihnen bekannt haben, weil es ein Sicherheitsbedürfnis der Menschen ist, auch Sie gewählt haben. *(Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke).*

GRin. **Gesek:** Herr Kollege Grosz, ich rufe Sie noch einmal zur Ordnung und bitte Sie wirklich inständig, hier keinen Wahlkampf aufzuführen.

GR. **Grosz:** Ich nehme es so zur Kenntnis. Und daher fühlen wir uns auch als BZÖ als Hüter auch dieser Versprechen, gerade wenn es darum geht,... der Herr Magistratsdirektor erklärt der Frau Altersvorsitzenden, dass es vielleicht Zur-Sache-Rufe waren, aber keine Ordnungsrufe wiederum, aber retour, daher fühlen wir uns

auch unseren Versprechen, die wir vor der Wahl geliefert haben, auch nach der Wahl selbstverständlich verpflichtet und auch als Hüter von Versprechen, die gerade Sie, die Sie sich heute um das Amt des Bürgermeisters bewerben, hier im Vorfeld den Grazerinnen und Grazern versprochen haben. Das ist unser wesentlicher Auftrag in der Demokratie und jetzt darf ich zum Schluss kommen, warum wir auch Ihnen die Stimme nicht geben können und das ist die Sache des heutigen Tagesordnungspunktes; die Stimme können wir Ihnen leider nicht geben aus den vorher genannten Gründen, weil es demokratiepolitisch halt nicht gesund ist, wenn man vor der Wahl etwas verspricht, was man nachher nicht einhältet, aber die Stimme können wir Ihnen auch nicht geben, weil es uns selbst betrifft, nämlich die Kontrolle in dieser Stadt. Wie Sie wissen, befinden sich fünf Parteien im Grazer Stadtsenat, wir sind die einzige Oppositionspartei und es ist nur logisch, und der Herr Landeshauptmann Voves ist voraussichtlich ein lebendiger Zeuge hier, weil es bei ihm im Landtag sich nicht anders abspielt und auch Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, dass selbstverständlich die kleinste Partei die Kontrolle in einem Gremium übernimmt, so wie es auf Bundesebene ist, so wie es in allen neuen Landtagen dieses Landes so ist, so wie es in den Gemeinderäten der großen Städte so ist, dass selbstverständlich jene Partei, die nicht dem Stadtsenat angehört, selbstverständlich vom Wähler, von der Demokratie beauftragt worden ist, Kontrolle und Opposition durchzuführen. Und selbst das gestehen Sie uns nicht zu. Es war heute schon bemerkenswert, wie auch Klubobmann Piffl-Percevic gemeint hat in Richtung Sozialdemokraten, ja wir wollen euch da eh ein bisschen einbinden, wir sagen es euch dann irgendwann noch einmal, so nach dem Motto wie im alten Rom, wir schicken euch irgendwann einmal eine Bleitafel, da werdet ihr dann wissen, was ihr dann tun dürft, weil die Regierer sind wir. Das ist kein Stil und keine Art und aus diesem Grund können wir Sie, Herr Bürgermeister, nicht zum Bürgermeister wählen und weil ich mein Wahlversprechen, auch vor der Wahl, gedenke nach der Wahl einzuhalten, auch wenn ich in einem oder anderem Fall durchaus auch ein Bemühen sehe und durchaus auch in der Stadtregierung an sich eine Möglichkeit sehe, dass Persönlichkeiten im Rennen sind, die wir durchaus unterstützen hätten können, aber da bindet es mich, dass ich vor der Wahl gesagt habe, ich werde die fünf etablierten Gemeinderatsparteien nicht unterstützen und daher wird sich das BZÖ an der Wahl des Bürgermeisters, des Vizebürgermeisters und der Stadträte mit keiner positiven Stimme beteiligen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

GRin. **Gesek:** Gibt es noch eine Wortmeldung? Nachdem mir keine Wortmeldung mehr vorliegt, gebe ich zur Durchführung der Wahlhandlung bekannt, dass die Wahl mit Stimmzettel vorzunehmen ist. Leere sowie unklar ausgefüllte Stimmzettel oder solche, die auf eine Person lauten, die nicht als Wahlvorschlag bekannt gegeben wurde, sind ungültig. Zum Bürgermeister ist der Kandidat gewählt, für den mehr als die Hälfte aller Mitglieder des Gemeinderates ihre Stimme abgegeben hat. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, ist die Wahl zu wiederholen. Zur Prüfung des Wahlergebnisses bestelle ich gemäß § 21 Abs. 5 des Statutes die

Frau Gemeinderätin Dagmar Krampfl und
Herrn Gemeinderat Stefan Schneider

als Wahlzeugen. Ergänzend gebe ich bekannt, dass für die Prüfung und Zählung der abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmzettel die Gemeindewahlordnung Graz sinngemäß anzuwenden ist. Ich ersuche nun die Stimmzettel auszuteilen, falls das noch nicht geschehen ist und ich ersuche die Mitglieder des Gemeinderates, die ausgeteilten Stimmzettel auszufüllen und in die Wahlurne zu werfen.

(Nach schriftlicher Festlegung des Wahlergebnisses in der Niederschrift, gibt die Vorsitzende das Wahlergebnis bekannt).

GRin.: Ich darf nun das Wahlergebnis zur Verlautbarung bringen:

Zahl der abgegebenen Stimmen:	55
Ungültige Stimmen:	24
Gültige Stimmen:	31

Somit entfallen auf Mag. Siegfried Nagl 31 Stimmen. Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses stelle ich fest, dass Mag. Siegfried Nagl gemäß § 21

Abs. 8 des Statutes der Landeshauptstadt Graz zum Bürgermeister gewählt ist. Ich gratuliere sehr herzlich (*allgemeiner Applaus*).

Gemäß § 21 Abs.9 des Statutes hat der Gewählte unmittelbar nach seiner Wahl vor dem versammelten Gemeinderat zu erklären, ob er gewillt ist, die Wahl anzunehmen. Ich darf um diese Erklärung bitten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich nehme die Wahl an.

GRin. **Gesek**: Gemäß § 22 Abs. 1 des Statutes hat nach Annahme der Wahl der Bürgermeister dem Landeshauptmann das Gelöbnis mit den Worten "Ich gelobe" zu leisten. Ich darf daher Herrn Landeshauptmann Mag. Voves ersuchen, die Angelobung vorzunehmen und bitte den Herrn Magistratsdirektor, die dazu im Statut vorgeschriebene Gelöbnisformel vorzulesen.

Magistratsdirektor Mag. **Haidvogl**: Die Gelöbnisformel lautet: „Ich gelobe, als Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz die Bundes- und die Landesverfassung, das Statut und die Verordnungen der Stadt sowie die sonstigen Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes Steiermark unverbrüchlich zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die mir obliegende Verschwiegenheitspflicht zu wahren und mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln nach bestem Wissen und Gewissen dafür zu sorgen, dass in der gesamten Stadtverwaltung nach den gesetzlichen Vorschriften vorgegangen und der Stadt kein Schaden zugefügt wird.“

Bgm. Mag. Nagl leistet Herrn Landeshauptmann das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe, so wahr mir Gott helfe“ und unterfertigt das Angelobungsprotokoll (allgemeiner Applaus).

GRin. **Gesek:** Mit der Angelobung gilt gemäß § 22 Abs. 2 des Statutes die Funktion als übernommen. Ich ersuche den neu gewählten Bürgermeister daher, den Vorsitz zu übernehmen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl übernimmt um 12.27 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl:** Jetzt war ich über eine Stunde arbeitslos und ein guter Zuhörer. Ich bedanke mich ganz, ganz herzlich bei Frau Gemeinderätin Gerda Gesek für die Vorsitzführung, ich danke auch Ihnen, ganz, ganz herzlich. Viele Grazerinnen und Grazer, aber auch viele von Ihnen heute hier haben mir das Vertrauen gegeben, diese Stadt auch in den kommenden fünf Jahren gemeinsam mit Ihnen in führender Position zu gestalten. Graz macht mir Freude und was einem Freude macht, nimmt man auch ernst. Es ist einfach eine großartige Stadt und ich bin wirklich gerne Bürgermeister. Es ist die Vielfalt, die Graz ausmacht, es ist die südländische Gastlichkeit und Gemütlichkeit, gepaart mit dem Ehrgeiz, dem Fleiß und dem ungeheuren kreativen Potential der vielen Menschen in Graz, die unser Weltstädtchen dermaßen gut auch international positionieren. Für mich gilt heute der Auftrag, man muss immer wieder neu anfangen, aber selten von vorne. 2006 wurde Graz vom Institut für Raumordnung der Technischen Universität in Wien zur Stadt mit der höchsten Lebensqualität erklärt. 2007 war es der Verlag Readers Digest, der Graz diesen Titel verliehen hat. Graz gilt auch in der Steiermark als die Zukunftsgemeinde. Die österreichischen Studentinnen und Studenten haben uns zur beliebtesten Studienstadt in Österreich gewählt. Wir haben einen Bevölkerungszuwachs von 26.000 Menschen in nur fünf Jahren und diesen gut

verkräftet. Graz ist eine Sozialstadt und wir können als Stadt sagen, dass kein einziger Mensch, weder In- noch Ausländer, auf der Straße bleiben muss. Es gibt für jeden zumindest Bett, Bekleidung, eine warme Mahlzeit und auch gratis medizinische Betreuung.

Graz hat 24 % der steirischen Bevölkerung und beschäftigt 43 % aller Unselbständigen dieses Landes. Daher kann ich mit jenen nicht mit, die unser Graz aus politischen oder aus sonstigen Gründen schlechtreden und auch die Arbeit der letzten Jahre und Jahrzehnte schlechtmachen. Es gilt in den nächsten Jahren neue Schwerpunkte zu setzen und ich werde mich wie in der Vergangenheit dabei um einen möglichst breiten Konsens hier in diesem Haus bemühen. Ich habe zu Verhandlungen darüber eingeladen und gefragt, wer diesen Zeitraum wirklich mit uns gestalten will. Letztlich waren es die Grazer Grünen unter der Führung von Lisa Rücker, die diesen gesamten Gestaltungswillen gezeigt haben und ich freue mich schon auf diese Zusammenarbeit.

Graz steht heute laut smart-city-Studie 2007 für Produktivität und innovativen Geist. Für good Governance, das ist der verantwortungsvolle Umgang mit natürlichen Ressourcen und grundlegende Achtung der Menschenrechte. Für einen guten öffentlichen Verkehr, für Sehenswürdigkeiten, für Gesundheitskonditionen, damit ist nicht nur die medizinische Betreuung in dieser Stadt gemeint, sondern auch die extrem hohe Lebenserwartung, ein kulturell vielfältiges Angebot, das sind die Dinge, wie man uns von außen sieht.

Wir haben uns vorgenommen, diese unsere Stärken weiter auszubauen, aber auch neue Akzente zu setzen. Wie gesagt, grundsätzlich strebe ich dabei einen möglichst breiten Konsens an. Nur für faule Kompromisse und lauwarme Scheinlösungen werde ich auch in Zukunft nicht zu haben sein. Das Motto, Vorrang für alle und alles, und das sage ich sehr deutlich, funktioniert nicht. Man muss sich letztlich entscheiden, was einem wichtiger ist: die Gesundheit oder die Bequemlichkeit, die Lebensqualität oder die Geschwindigkeit, die Sicherheit oder die Einzelinteressen, die Integration oder das populistische Recht des Stärkeren.

Ein Schwerpunkt der nächsten fünf Jahre wird daher sein, den Menschen in Graz wieder mehr Raum zu geben und zwar tatsächlich mehr Raum in Form von Grünflächen, Sportanlagen und Freizeiträumen. Ich möchte, dass sich unser Graz als Platz für Menschen zeigt und ich möchte, dass sich die Menschen hier wohl fühlen und alle, die heute hier gemeint haben, es gäbe Versprechungen vor der Wahl, die

jemand nach der Wahl nicht einhält, ich habe in meinem Programm vor der Wahl all das niedergeschrieben, vieles von dem niedergeschrieben und Partnerinnen und Partner gefunden, was jetzt nach der Wahl letzten Endes auch gelten wird. Ich möchte, dass sich die Menschen hier wohl fühlen, weil nur das stellt sicher, dass sie sich nicht in virtuelle Welten oder Räume flüchten, die letztlich nur krank oder süchtig machen.

Deshalb werden wir besonderen Wert auf Partizipation und Bürgerbeteiligung legen, denn diese sind wesentlicher Bestandteil einer offenen Gesellschaft. Wir haben mit dem Projekt „Zeit für Graz“ eine hervorragende Grundlage, die wir weiterführen werden und wo wir viele Projekte umzusetzen haben. Da Graz, wie andere europäische Städte auch, eine Zuwanderungsstadt ist, werden die nächsten fünf Jahre wieder durch eine aktive Politik in diesem Bereich geprägt sein. Wir haben hier auf Grund unserer geographischen Lage ja durchaus schon Tradition. Respekt und Toleranz stellen die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben dar. Jeder Art von Diskriminierung, Rassismus und Menschenhetze wird daher entschieden entgegengetreten werden. Wir werden ein Zentrum für diesen Bereich schaffen, an das sich alle, damit ein Wellcome-Haus nicht falsch verstanden wird, an das sich alle, die im Zusammenhang mit Integration Fragen, Beschwerden und Anregungen haben, auch wenden können. Wir werden mehrsprachige Volksschulen fördern, uns dafür einsetzen, dass die Schülerhöchstzahl bei sehr vielen Kindern mit nicht deutscher Muttersprache entsprechend sinkt oder die entsprechende Unterstützung für unsere Pädagoginnen und Pädagogen da sein wird. Die Vermeidung von Ghettobildungen durch eine bessere Verteilung von leistbarem Wohnen gehört auch in diesen Bereich.

Alle hier Anwesenden, glaube ich, bekennen sich zur Sozialstadt Graz und gehen davon aus, dass die Gemeinschaft stets für jene dazusein hat, die Hilfe benötigen, dass aber auch jeder Einzelne und jede Einzelne sein oder ihr Bestes geben muss, um dieser Gesellschaft zu dienen und zum Glück anderer auch beizutragen. Die KoalitionspartnerInnen von Schwarz und Grün werden die Tradition einer sorgsam Sozialpolitik zum Wohle aller BürgerInnen fortsetzen und alle Fraktionen und alle PolitikerInnen dieser Stadt einladen, dabei zu sein.

Wie neue Instrumentarien, die dem sozialen Wandel Rechnung tragen, entwickeln und auch einsetzen. Es geht uns jedenfalls um Zugang zu sozialer Unterstützung durch möglichst niederschwellige Angebote, mit dem verstärkten Augenmerk auf

Prävention nach dem Motto, „wer schnell hilft, hilft doppelt“ beziehungsweise ins Gelingen investieren und nicht nur das Scheitern verwalten, von Personen auch zu verwalten. Die Sozialraumorientierung stellt dabei den Wegweiser dar. Wir werden auch das Thema Graz-Card, früher Sozialpass genannt, unter neuen Gesichtspunkten anpacken und umsetzen.

Die städtische Familienpolitik, aber auch alle anderen betroffenen politischen Bereiche, werden sich an dem grundsätzlichen Ziel orientieren, die Attraktivität für das Leben mit Kindern in unserer Stadt Graz zu erhöhen. Dazu gehören unter anderem das verpflichtende und kostenlose letzte Kindergartenjahr, der Neubau von Krippen und die Aufnahme von Tagesmüttern in ein Tarifsysteem, ähnlich dem der Kindergärten. Dazu gehört aber ganz besonders die schon erwähnte Erreichbarkeit von Grünraum, Spiel- und Sportplätzen sowie die Einrichtung von multifunktionalen Jugendräumen.

Das bisher Genannte können wir aber nur schaffen, vor allem längerfristig schaffen, wenn Wirtschaft, Arbeit und Forschung als zentrale Motoren und Impulsgeber für den sozialen Wohlstand einen entsprechenden Stellenwert haben. Wenn andere das Wort Armut so gerne mit Suchmaschinen in unserem Programm suchen, sei nur darauf hingewiesen, dass wir eben 43 % der Steirerinnen und Steirer mit Arbeit versorgen können in der Stadt und das ist und bleibt für mich die wichtigste Quelle für Armutsbekämpfung (*Applaus ÖVP*). Die Sicherung von Arbeitsplätzen und die nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Graz sind erklärte Ziele und daher durch geeignete Maßnahmen umzusetzen. Und in dieser Gemeinderatsperiode wird es einen besonderen Schwerpunkt im Bereich Ökologie und Kreativität geben. Das sind die zwei Bereiche, wo wir auch noch vielen Menschen Arbeit geben können. Erreichbarkeit, Lebensqualität, Bildung, Integration sowie das kulturelle Angebot werden von uns dabei als wesentliche Standortfaktoren gesehen.

Wir treten mit dem Ziel an, uns den großen aktuellen und bevorstehenden Herausforderungen im Bereich des Verkehrs sowie der Umwelt und des Klimaschutzes zu widmen und wahrnehmbare und auch messbare Umsetzungserfolge in diesem Bereich zu erzielen. Besondere Bedeutung haben in Graz natürlich die Maßnahmen zur Feinstaubreduktion, die gemeinsam mit dem Land Steiermark in einem Mehrjahresplan festzulegen sind. Es bedarf einer Sicherstellung der Mobilität und der Lebensqualität durch einen höheren Anteil an

FußgängerInnen, RadfahrerInnen und ÖV-Nutzern. Mir ist die Anhebung der Lebens- und Wohnumfeldqualität für möglichst viele GrazerInnen ein vorrangiges Ziel, dabei sind insbesondere auch Stadtteile und Straßenzüge mit sozialer Benachteiligung zu berücksichtigen.

Last but not least bleibt festzuhalten, dass Graz die Kulturhauptstadt im Trigonalraum, wie ihn Hanns Koren definierte, bleiben muss. Kunst und Kultur tragen wesentlich zu einem gedeihlichen Zusammenleben aller bei. Graz hat insbesondere auch durch die Förderung des kulturellen Lebens sich die Chancen geschaffen, seine Position als offenes, modernes, grenzüberschreitendes, urbanes Zentrum dieser Europaregion zu festigen und auch weiter zu entwickeln.

Sehr geehrte Damen und Herren! Carl Friedrich von Weizsäcker, Veranstalter der 2. ökumenischen Versammlung in Graz 1996 meint: „Politik ist der stets neu zu schaffende Kompromiss von Macht und Vernunft.“

Ich gehe sehr sorgsam mit dieser Macht um, mit der mich die Grazerinnen und Grazer, aber auch heute hier die Mehrheit des Gemeinderates, ausgestattet hat. Wir werden gemeinsam alle unterstützen, die sich aktiv einbringen. Wir haben beim Zuordnen von Stadtsektorsbereichen, die wir hier im Gemeinderat noch zu beschließen haben, sehr wohl daran gedacht, wer welche besonderen Qualitäten hat, wer die Freude mitbringt, wer in sich den Auftrag verspürt, in dem einen oder anderem Bereich Besonderes zu leisten. Es gibt niemanden, der sich mehr wünscht, dass alle Regierer, die an meiner Seite sitzen werden, sich voll und ganz einbringen werden. Ich habe in den letzten Tagen und Wochen viel Zeit gehabt nachzudenken, ob die Entscheidung, die ich getroffen habe, eine gute ist. Sie ist nicht nur im Kopf allein entstanden, sie ist auch aus dem Bauch heraus entstanden. Und wenn heute hier gesagt worden ist, dass es vielleicht das erste Mal wäre, dass man einer zweitstärksten Fraktion nicht so entgegenkommt, wie das auch vorgesehen ist, dann möchte ich daran erinnern, dass vor fünf Jahren, als es ebenfalls einen Wahlsieger Siegfried Nagl und die Volkspartei gegeben hat, mir gleich ausgerichtet worden ist, dass man sich eine Konstellation wünscht, die als Rot/Rot/Grün Bestand haben sollte. Es ist dazu nicht gekommen, wir haben uns in den letzten fünf Jahren gemeinsam mit den Sozialdemokraten darauf verstanden, ein Arbeitsprogramm zu entwickeln, das dann letzten Endes bei fast allen Beschlüssen mit absoluter Mehrheit immer ausgestattet war, aber sehr oft auch einstimmige Beschlüsse waren. Das

würde ich mir auch wünschen, ich weiß, dass der Umgang mit Wahlniederlagen auch etwas ist, was nicht einfach ist, weil mein erstes Antreten bei einer Wahl in Graz hat dazu geführt, dass die Grazer Volkspartei damals nur mehr zwei Stadtsenatssitze hatte und ich weiß auch, dass es sehr vom Bürgermeister abhängig ist, wie man in einer solchen Situation wieder Vertrauen gewinnt. Ich werde mich sehr, sehr stark bemühen, dass alle gemeinsam dann letzten Endes in diesem Gemeinderat wieder für Graz arbeiten werden. Wir wollen mit Augenmaß einen neuen Weg für Graz und eine neue Kommunikationskultur in der Politik umsetzen, ich ersuche alle, auch wenn manche heute noch skeptisch und auf Grund des Ergebnisses verunsichert sind, diesen Weg für die Bürgerinnen und Bürger von Graz mit uns gemeinsam zu gehen zum Wohle unserer Landes- und Heimatstadt Graz. Ich möchte mich heute nicht nur für dieses Vertrauen bedanken und ersuchen, dass Sie an meiner Seite wieder für Grazer und die Grazerinnen und Grazer arbeiten werden, sondern ich möchte an dieser Stelle den Herrgott bitten, dass er mir auch in den nächsten fünf Jahren den Weitblick, den Mut, die Kraft geben möge und nicht nur mir, sondern auch meiner Frau und meiner Familie und meinen Kindern, und das wünsche ich auch von Ganzem Herzen Ihnen allen, die Sie sich bereit erklärt haben, in Zukunft in vordersten Reihen vor den Menschen herzugehen und diesen gemeinsamen Weg zu suchen. Das ist sehr oft eine enorme Belastung und viele von uns fragen sich, wie wir das denn tagtäglich wirklich immer wieder schaffen. In diesem Sinne nochmals ein Dankeschön für die Wahl zum Bürgermeister, ich freue mich auf die Arbeit in den nächsten fünf Jahren (*Applaus ÖVP*).

Gemäß § 30 Abs. 1 des Statutes endet die Funktionsperiode des Bürgermeisterstellvertreters und der Stadträte und Stadträtinnen mit der Angelobung des neuen Bürgermeisters. An dieser Stelle noch einmal ein Dankeschön an alle Kollegen der Stadtregierung in den letzten fünf Jahren. Es sind daher nach den Bestimmungen des Statutes in der Fassung der Novelle, Landesgesetzblatt Nummer 2 aus dem Jahr 2008 nunmehr ein Bürgermeisterstellvertreter oder eine Bürgermeisterstellvertreterin und sieben Stadträte und Stadträtinnen neu zu wählen. § 27 Abs. 3 unseres Statutes bestimmt, dass vor Beginn der Wahlhandlung die neun Stadtsenatssitze auf die einzelnen Wahlparteien auf Grund der bei der Gemeinderatswahl auf sie entfallenden Wählerstimmen unter Anwendung des d'Hondtsche Verfahrens aufzuteilen sind. Dabei sind die Stellen des Bürgermeisters

und des Bürgermeisterstellvertreters auf den Anteil der Stadtsenatssitze jener Wahlparteien anzurechnen, auf deren Liste sie bei der Wahl des Gemeinderates standen oder, wenn sie nicht Mitglieder des Gemeinderates sind, von der sie vorgeschlagen wurden. In diesem Sinne gebe ich bekannt, dass auf Grund des Ergebnisses der Gemeinderatswahl 2008 auf die Wahlpartei der ÖVP vier Stadtsenatssitze, auf die Wahlpartei der SPÖ zwei Stadtsenatssitze, auf die Wahlpartei der Grünen ein Stadtsenatssitz, auf die Wahlpartei der KPÖ ein Stadtsenatssitz und ebenso auf die Wahlpartei der FPÖ ein Stadtsenatssitz entfallen. Nach Bekanntgabe des Aufteilungsergebnisses ist die Wahl des Bürgermeisterstellvertreters oder der Bürgermeisterstellvertreterin durchzuführen. Da der Gemeinderat den Bürgermeister aus der nach dem Ergebnis der Wahl im Gemeinderat stärksten Wahlpartei gewählt hat, steht das Vorschlagsrecht für den Bürgermeisterstellvertreter oder die -stellvertreterin der zweitstärksten Wahlpartei, also der sozialdemokratischen Partei Österreichs, zu. Für die Wahl in diese Funktion ist ebenfalls die Anwesenheit von mindestens zwei Drittel aller Mitglieder des Gemeinderates erforderlich. Ich stelle fest, dass die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates auch hier für die Wahl gegeben ist und gebe bekannt, dass mir ein gültiger Wahlvorschlag der Wahlpartei SPÖ vorliegt, lautend auf Dr. Wolfgang Riedler. Nach der Geschäftsordnung für den Gemeinderat ist bei dieser Mitteilung eine Wechselrede ebenso zulässig wie vorher bei der Bürgermeisterwahl.

GR. **Herper:** Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, lieber Bischof, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Maria! Es hat uns, glaube ich, heute wirklich sehr gut getan, uns allen und mir auch persönlich, deine Worte wieder zu hören als Zeitzeugin. Ich komme selber aus einer Familie, die sowohl beteiligt, als auch betroffen war, wie viele Familien in Österreich in dieser Zeit, in dieser dunklen Zeit. Und es war gut so, dass du heute geredet hast. Herr Bürgermeister, ich stehe als Klubvorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion namens unserer Sozialdemokratie nicht an, dir auf deinem politischen Weg als neu gewählter Bürgermeister alles Gute zu wünschen. Du wirst aber verstehen, wie schon Wolfgang Riedler vorhin ausgeführt hat, dass wir ja keine Vorbehalte gegen dich als Person haben oder hatten, dasselbe gilt auch für Lisa Rücker, die als

Kandidatin für diese Position, die jetzt ansteht, auch genannt wird, also keine persönlichen Vorbehalte haben. Aber die letzten Tage und Wochen, der Stil und die Vorgehensweise lassen uns zu der Ansicht kommen, dass wir kein Vertrauen haben können und dass diese Wahl rechtfertigen würde, sowohl die des Bürgermeisters als auch die einer Bürgermeisterstellvertreterin in spe. Wir sind nicht wehleidig, wir sind nicht beleidigt, wir sind nur enttäuscht. Wir sind enttäuscht über das Demokratie- und Politikverständnis von dir, Herr Bürgermeister, aber auch von dir, Lisa Rücker, auch aus der Betrachtung der letzten Funktionsperiode und deiner Wortmeldungen. Es gibt für uns, also für euch beide, keinen Vertrauensvorschuss und es ist auch keine Veranlassung selbiges zu tun, wir haben uns als Arbeitsmotto als zweitstärkste Fraktion, als zweitstärkste Partei in diesem Gemeinderat gestellt, ein Motto das lautet: Man darf sich nicht abfinden mit den Dingen, man muss sie besser machen, wollen und wir werden sie besser machen als wir sie bisher gemacht haben. Im Mittelpunkt steht ja für uns, und Wolfgang Riedler hat das deutlich ausgeführt, die positive Arbeit für die Menschen und für unsere Stadt Graz und in das Lob der Stadt Graz und ihres Potentials, ihrer Menschen, die hier arbeiten, wohnen und kreativ tätig sind, stimmen wir ja in deiner Rede überein, aber nicht in deinen Schlussfolgerungen, Herr Bürgermeister. Wir sagen auch ja und ein deutliches Ja zu dem uns von den Wählerinnen und Wählern trotz alledem, um ein berühmtes Wort zu gebrauchen, zugemessenen Maß an Vertrauen und Verantwortung, nämlich als zweitstärkste Fraktion in dieser Stadt. Wir haben uns vorgenommen, wir sind dort Partner, wo wir auf der Grundlage unserer sozialdemokratischen Positionen Fortschritt und Verbesserung der Lebensgrundlagen der Menschen erkennen können, aber nur dort. Das gilt insbesondere, wo wir schon Nachhilfe leisten konnten, auch beim vorläufig vorhandenen Arbeits- und Koalitionsübereinkommen zwischen Konservativ und Grün, nämlich, wo es uns um mehr Chancengerechtigkeit, soziale Verantwortung, Armutsbekämpfung geht und wir werden auch in neuer Funktion die Schärfung der Kulturprofile der Stadt noch stärker und im umfassenden Sinne uns vornehmen, neue Akzente in der Gesundheitspolitik setzen. Das Thema Migration, Integration, Menschenrechte, Menschenwürde, Dialog der Religionsgemeinschaften waren und sind uns schon bisher ein zentrales Anliegen gewesen und im Finanzbereich, so wie gestern der inzwischen scheidende Finanzstadtrat Wolfgang Riedler festgehalten hat, geht es uns um die Stabilität der Stadt und in der Stadt und um eine Fortsetzung des Kurses der Konsolidierung. Wir sehen den Unterschied zur grün/konservativen

Koalition unser Koalitionsbestreben in den nächsten Jahren, eine Koalition mit den Grazer Bürgerinnen und Bürgern einzugehen, nämlich uns zu bemühen darum, Partner zu sein für NGOs, für die Vereine, Partner für jene Bürgerinnen und Bürgeranliegen, die auch durch Bürgerinitiativen vertreten werden. Wir haben uns vorgenommen, mehr als bisher ohne billigen Populismus zuhören, miteinander reden, offenes Gesprächsklima, offene Gesprächsbereitschaft zu bekunden und einzutreten. Ich komme zur Sache, warum ich und warum wir als sozialdemokratische Fraktion Dr. Wolfgang Riedler als Bürgermeisterstellvertreter vorgeschlagen werden. Es ist schon festgehalten worden, wir haben heute einen, und wir stehen im Schlagschatten der Aussagen, zum Teil auch der grässlichen Aussagen und Umgangstone des Wahlkampfes, sowohl heute als auch in Konsequenz der heutigen und morgigen Wahlgänge, dass nämlich einerseits ein Mitglied, ein angelobtes Mitglied des Gemeinderates und eine designierte Stadträtin, unter dem Verdacht der Verhetzung steht und zum Zweiten, das ist der eine Bruch bisheriger Tradition, seit 1945 und der zweite Bruch ist der Umgang im Stil auch in der Stillosigkeit, dem Brechen der Usancen der letzten Funktionsperioden. Hier werden offensichtlich Abneigungen formuliert, hier gibt es schon im Vorfeld der Bildung einer neuen Stadtregierung kein sachliches oder politisches Augenmaß. Wir sind konfrontiert, und ich kann das erläutern mit einer fast vollkommenen Machtausübung von Schwarz/Grün. Es hilft mir nichts, wenn die Grüne Brautjungfer Sigi Binder, und ich habe noch ihre ganzen Anträge, Reden der letzten Funktionsperioden im Ohr, sich nun geriert, wir seien so demokratisch und so offen und dann noch ein letztes Pinkerl über den Tisch rückt und sagt, na wir werden euch vielleicht noch ein paar Aufsichtsratspositionen zukommen lassen. Deine Definition, Macht ist neutral per se, aber nur für den, der sie ausübt, heißt ja nur, es ist aufgeklärter schwarz/grüner Absolutismus. Wir billigen euch einige Positionen zu, seid so nett, schmeckts, und der Fall hat sich. Auch Peter Piffel, mein alter Arbeitspartner aus vorangegangenen Jahren, hat sich ja bemüßigt gefühlt, sybillinisch anzukündigen, es wird irgendein Angebot kommen noch, wartet nur drauf, seid bereit, ihr überlegt es euch, seid so gnädig, überlegt euch das und seid dann vielleicht ein bisschen netter als bisher. Das ist ja eine Stillosigkeit sondergleichen. Es hat in den letzten Jahrzehnten mehrmals Möglichkeiten gegeben wahrscheinlich, eine selbige Vorgangsweise zu wählen. Ich erinnere an die Zeit einer schwarz/blauen, blau/schwarzen Regierungsmehrheit. Da war es selbstverständlich,

dass man sich an das Statut, den Geist des Statutes gehalten hat. Da war es selbstverständlich, dass die Usancen eingehalten wurden. Ich erinnere dann an 1998, als es selbstverständlich war, dass die zweitstärkste Partei den Bürgermeisterstellvertreter stellen konnte, gar keine Frage, für Bürgermeister Alfred Stingl war das keine Frage, das war eine Selbstverständlichkeit. Und deswegen ist es, glaube ich, auch meiner und unserer Meinung nach auf der Basis des Wahlergebnisses vom 20. Jänner keine ausgewogene Sicht, wie vorgegangen wurde und vorgegangen wird, was Minderheitenrechte betrifft oder was die Schmälerung der Rechte der Opposition betrifft. Es ist eine Stillosigkeit, selbiges in einer konstituierenden Sitzung vorzubringen, anstatt Gespräche zu führen, politische Gespräche zu führen. Einerseits § 48 sieht vor, dass Klubobleute gemeinsam eingebunden werden, ob es die Frage des Sitzplanes ist, der uns oktruiert worden ist, ob das die Frage des Umganges ist und der Information über Ausschüsse, heute wird sogar gemeint, es gäbe noch Ausschussvorsitzende nachzureichen, uns ist mitgeteilt worden, es gäbe nur Ausschussvorsitzende und Stellvertreter von Schwarz und Grün. Oder wie die Ressortzuteilung erfolgt ist, bis zur letzten Minute die Information und die Informationen. Das sind Vorgangsweisen und ein Stilbruch, der einmalig ist und der den politischen Kräften im Hause zu denken geben muss, dir lieber, sage ich einmal, in alter Tradition, dir Bürgermeister Siegfried Nagl, du trägst die Hauptverantwortung für das Abgehen vom demokratiepolitischen Geist des Grazer Statutes und das ist nach wie vor gültig (*Applaus SPÖ*). Es geht uns ja nicht nur um die Respektierung des Statutes, wir haben ein Reglement, das wird jahrzehntelang eingehalten, daran halten sich alle Parteien dieses Hauses bislang. Es geht um die Respektierung, nämlich nicht nur des Geistes des Grazer Statutes, es geht auch um die Respektierung des Vorschlagsrechts für die Funktion des Bürgermeisterstellvertreters für die zweitstärkste Fraktion, so wie vorgesehen, es geht auch bei dieser Wahl, die jetzt ansteht, um den Kandidaten Wolfgang Riedler als Kandidaten, um die Persönlichkeit, um die Person. Wie schon erwähnt, hast du, Herr Bürgermeister, teuer genug wahrscheinlich, in Inseratenbeilagen, in Inseraten nicht nur die gute Zusammenarbeit von Rot/Schwarz über den grünen Klee gelobt, du hast nicht nur vom Nagl-/Riedler-Kurs gesprochen in Doppelseitenformat, du hast immer wieder betont, bevor du um Silvester zu einer anderen Meinung gekommen bist und sogar noch während und knapp nach der Wahl gemeint hast, eine breite Zusammenarbeit täte gut von ÖVP, SPÖ und Grünen, was wir angestrebt haben,

was wir angeboten haben, wozu wir bereit gewesen sind. Herr Bürgermeister, unser Vertrauen zum Wort des Bürgermeisters bleibt nachhaltig eingeschränkt. Wie gesagt, mit dem bisherigen Arbeitspartner außer ein paar Krümel der Information, um die ich ersucht habe, gebe ich zu, Peter Piffel mir gegeben hat, kein ordnungsgemäßen Umgang der Information, der Kommunikation, der Mitgestaltung, des Mitredens gegeben, nur das Motto hat gegolten, friss Vogel oder stirb. Eine solche Vorgangsweise, werte Kolleginnen und Kollegen, widerspricht nämlich dem Sinn des Bedenkens und Gedenkens, widerspricht dem Geist des Statutes der Landeshauptstadt Graz, widerspricht auch dem Gedanken der guten Zusammenarbeit der letzten Funktionsperiode und diese Vorgehensweise wird das politische Klima der kommenden Jahre sicher nachhaltig prägen. Ich sage das mit allem Ernst, weil, wie ihr mich kennt, ich war immer einer, der nicht nur die Zusammenarbeit, sondern die spezielle Zusammenarbeit betont und unterstützt hat, vor allem immer auch gegenüber einer ÖVP, trotz aller Kritik und Einschränkungen. Ich bin selber persönlich sehr, sehr enttäuscht, dass es zu dieser Vorgehensweise gekommen ist und du, liebe Lisa Rücker, namens der Grünen Fraktion, die ja über die Jahre uns verständlicherweise und berechtigterweise mit Vorstellungen der Minderheitenrechte konfrontiert hat und der Stärkung der Oppositionsrechte, du hast namens deiner Fraktion dieser Vorgehensweise den grünen Segen gegeben. Ich sage das am Beispiel der Ausschüsse. Wir waren es, die 2003, weil es die Vorhaltungen eurer Fraktion gegeben hat, der Schwächung, nämlich im Sinne der Stärkung der Minderheitenrechte und Stärkung der Opposition, dass wir vom neun zu elf Ausschüssen gekommen sind, das war ein gutes Zeichen. Nur ihr nutzt jetzt die Gunst der Stunde, um aus eurer festen Koalitionsvereinbarung, nämlich nach dem H'ondtschen System, dass ja bei Neuner-Ausschüssen eine fünf/vier-Mehrheit bringen würde, eine durchorganisierte 7 : 4-Mehrheit draus macht mit Schwächung damit zugleich der Minderheitenrechte, mit Schwächung der Opposition und das ist genau spiegelverkehrt zu euren Vorstellungen und zu euren Einbringungen. Dasselbe gilt auch für Anträge, die ihr gestellt habt in Richtung Minderheitenschutz für die Aufnahme in Aufsichtsräten, insbesondere bei den Stadtwerken. Also, schaut euch einmal in eurer grünes Spiegelbild und erkennt, nicht Macht ist neutral per se, sondern das alte Mnacko-Wort, wie die Macht schmeckt. Und das ist eine Enttäuschung, eine Enttäuschung für Menschen, die zusammengearbeitet haben, Menschen, die mit euch sozusagen auch Dinge mitgetragen haben und eurem auch

Selbstverständnis oder Wertverständnis gegenüber. Ich gebe ja zu, Braut und Bräutigam haben sich schon zu Silvester vor der Wahl gefunden offensichtlich durch eine publizistische Ankündigung des Herrn Bürgermeister, als Beistände nimmt man ja normalerweise nur die nächsten Nahestehenden. Wir haben und hatten den Eindruck, dass man uns als solche nicht haben wollte und haben will und dass das Interesse an der Zusammenarbeit mit SPÖ und der Sozialdemokratie in Graz nicht nur gering, sondern gleich null war. Es war eben der Wunsch, zu zweit in diese Koalition zu gehen und dem Dritten nicht einmal jetzt noch mit der endgültigen Fassung der Koalitionsvereinbarung zu kommen und ich finde das ja als Hohn, dass man uns so zwischendurch noch gesagt hat, könnt euch nicht vielleicht noch woanders hinsetzen, indem man uns sozusagen die Sitze vorne oktruiert hatte oder dass man uns informiert hat, ihr könnt ja vielleicht noch etwas braver werden und könnt vielleicht noch mit ein paar Aufsichtsratsposten belohnt werden. Wir werden konsequent, kritisch, konstruktiv, aber sehr, sehr offen alle Unterschiedlichkeiten, alle Widersprüche, nämlich nicht nur dieser Koalitionsvereinbarung, sondern auch der praktischen Handhabung derselben, falls sie überhaupt jetzt schon dingfest gemacht sind, nicht nur beobachten, sondern auch hier und in der Öffentlichkeit darstellen. Wir werden die kritische Beurteilung, die laufende kritische Beurteilung der konservativ-grünen Koalition, auf die wollen und werden wir nicht verzichten. Daraus folgt logischerweise und konsequent, dass ich hier und jetzt unseren Dr. Wolfgang Riedler als Vorschlag einbringe für die Position des Vizebürgermeisters, das steht uns nicht nur statutarisch zu, sondern steht uns auch in unserem Verständnis als selbstbewusste sozialdemokratische Fraktion zu, wir wollen einfach damit darstellen, dass wir ein Anrecht haben, Positionen in dieser Stadt auf Grund vom Wählerwillen nicht nur darstellen zu können, sondern dass wir sie auch vertreten werden auch in Zukunft und mit aller Vehemenz und Eindeutigkeit. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wünscht jemand das Wort, wenn das nicht der Fall ist, erlaube ich mir, auf ein paar Dinge einzugehen, weil wenn Klubobmann Karl-Heinz Herper in der aus meiner Sicht schon in den vergangenen Jahren sehr deutlichen Art und Weise ein paar Worte geprägt hat, möchte ich die hier nicht unwidersprochen lassen. Uns Stillosigkeit in dieser Gemeinderatssitzung vorzuwerfen, ist ein starkes Stück.

Enttäuscht oder beleidigt, ich gestehe beides eurer Fraktion und auch euren Persönlichkeiten zu, die ich durchaus sehr schätze. Aber wir haben gemeinsam Verhandlungen begonnen und es ist die Sozialdemokratie vom Tisch aufgestanden mit der Bemerkung, ein paralleles Verhandeln gibt es nicht, die Tür steht jederzeit offen und wir können dann weitertun. Machtfülle, Kompetenz hat für mich eine Gleichung, die da lautet, Ideenreichtum und Gestaltungswillen. Ich konnte ihn leider nicht so verspüren wie im letzten Jahrzehnt und wir haben gemeinsam versucht, ein Programm zu gestalten, das wir euch dann auch vorgestellt haben, ein paar Korrekturen im Nachhinein in hektischen Zeiten verändern das Gesamte kaum. Es ist gang und gäbe, dass auch wir in der Vergangenheit bei Elfer-Ausschüssen, wo wir auch über diese Mehrheit verfügt haben, ganz klar den Vorsitz zwischen ÖVP und SPÖ aufgeteilt haben und alle anderen Fraktionen diesen Vorsitz nicht gehabt haben. Wir haben angekündigt, auch heute nochmals angekündigt, dass wir da sogar abweichen vom bisherigen Stil, der hier geprägt worden ist und dass wir gesagt haben, wir denken drüber nach, auch Ausschussvorsitzende, wenn es so weit ist und das wird heute nicht der Fall sein, so wie es aussieht, dann letzten Endes auch anderen Fraktionen zuzugestehen. Wir haben von Anfang an, und ich weiß nicht, wer diese Mär aufgebracht hat, gesagt, dass in Aufsichtsräten und in den Beteiligungen der Stadt Graz nicht nur Schwarz und Grün vertreten sein werden, aber eine Ausnahme gibt es und da geht es uns darum, dass wir Strukturen auch wirklich verändern können und dass uns niemand mehr behindern kann, weil Menschen Pattstellungen in der Politik nicht mehr wollen. Das können wir Tag für Tag, Woche für Woche sogar auf den Titelseiten unserer Medien lesen. Und wenn wir in dem Aufsichtsrat unserer Stadtwerkebeteiligung 12 Aufsichtsräte haben, die auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen schon vier Vertreter der Sozialdemokratie als Personalvertreterseite haben, dann ist es eben nicht denkbar, dass wir eine Mehrheit hier aufgeben, um vielleicht dort einen Stillstand in den nächsten Jahren zu haben, das ist das, weil wir gestalten wollen, was wir von Anfang an gesagt haben und ich betrachte es nicht als eine Stilllosigkeit. Ich bin stolz auf das, und das habe ich inseriert und werde ich auch weiterhin tun und ankündigen, dass was gemeinsam mit Regierungsverantwortlichen gelingt. Das war nicht nur die Sozialdemokratie, auf die ich da stolz war in der gemeinsamen Arbeit, sondern das war auch die Zusammenarbeit mit beiden VertreterInnen der KPÖ. Dort hat es mich, und das sage ich heute da auch ganz deutlich, sehr gefreut, dass Elke Kahr auch nach unserem

Verkünden einer schwarz/grünen Koalition in Graz an uns herangetreten ist und gesagt hat, ich habe mir das Programm angeschaut, ich freue mich drüber, dass ich den Bereich zugestanden bekommen habe, für den ich wirklich innerlich brenne, nämlich für das Armutproblem, für das Wohnungsproblem, dass ich da weiterhin mithelfen darf und an eurem Programm fehlt mir das eine oder das andere, vielleicht ändern wir es. Diese Haltung der kommunistischen Partei habe ich leider auch nicht verspürt und ich bitte dich, ernsthaft darüber nachzudenken, ob du das, was du gesagt hast, als Stillosigkeit auch so stehen lassen willst. Ich werde wieder allen die Hand reichen und wir haben zwei ganz, ganz wichtige Säulen der Stadt Graz, den Sozialstadt und die Kulturhauptstadt, in die Verantwortung der sozialdemokratischen Partei in den nächsten Jahren gelegt und wollen ernsthaft gemeinsam, und das ist aus unserem Programmen abzulesen, hier die Hand reichen und alle Kräfte aufwenden, damit auch jene Personen, die dann die Verantwortung letzten Endes haben werden, auch gute Politik machen können im Sinne der Grazerinnen und Grazer (*Applaus ÖVP*).

Zur Durchführung der Wahlhandlung gebe ich bekannt, dass die Wahl in der gleichen Form wie die Wahl des Bürgermeisters, also mit Stimmzettel, vorzunehmen ist. Leere sowie unklar ausgefüllte Stimmzettel oder solche, die auf eine Person lauten, die nicht als Wahlvorschlag bekannt gegeben wurde, sind ungültig. Der oder die Kandidatin ist zum Bürgermeisterstellvertreter oder -stellvertreterin gewählt, wenn für ihn oder sie mehr als die Hälfte aller Mitglieder des Gemeinderates ihre Stimme abgegeben haben. Kommt eine solche Mehrheit nicht zustande, ist die Wahl zu wiederholen. Zur Prüfung dieses Wahlergebnisses bestelle ich als Wahlzeugen Frau Gemeinderätin Sissi Potzinger und Herrn Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch. Ich ersuche nun die Mitglieder des Gemeinderates, die ausgeteilten Stimmzettel auszufüllen und in die Wahlurne zu werfen. Ich darf die Stimmauszählerin und den Stimmauszähler zu mir nach vorne bitten nach der Wahlabgabe, und darum bitten, dass die Urne nun durch die Reihen geht. Dankeschön.

Ich bedanke mich für die Stimmenauszählung.

Zahl der abgegebenen Stimmen	55
Ungültige Stimmen	31
Gültige Stimmen	24

Somit entfallen 24 Stimmen auf den Wahlvorschlag der sozialdemokratischen Fraktion Dr. Wolfgang Riedler. Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses stelle ich fest, dass der vorgeschlagene die gemäß § 27 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz erforderliche Stimmenzahl für die Wahl zum Bürgermeisterstellvertreter nicht erreicht hat. Es ist daher gemäß zitierter Bestimmung die Wahl nun zu wiederholen.

Gemäß § 27 Abs. 1 und 2 des Statutes der Landeshauptstadt steht das Vorschlagsrecht für die Wahl zum Bürgermeisterstellvertreter auch im zweiten Wahlgang der nach dem Ergebnis der Wahl in den Gemeinderat zweitstärksten Wahlpartei, also der sozialdemokratischen Partei, zu. Durch ihren Klubvorsitzenden hat die SPÖ einen gültigen Wahlvorschlag schon erstattet, lautend wiederum auf Dr. Wolfgang Riedler. Wird hierzu das Wort gewünscht? Zur Durchführung der Wahlhandlung gebe ich bekannt, dass der zweite Wahlgang in gleicher Weise wie der erste mittels Stimmzettel vorgenommen wird und der Kandidat zum Bürgermeisterstellvertreter gewählt ist, wenn für ihn mehr als die Hälfte aller Mitglieder des Gemeinderates ihre Stimme abgegeben haben. Leere sowie unklar ausgefüllte Stimmzettel oder solche, die auf eine Person lauten, die nicht als Wahlvorschlag bekannt gegeben wurde, sind ungültig. Zur Prüfung des Wahlergebnisses bestelle ich die gleichen Wahlzeugen wie für den ersten Wahlgang und ich ersuche die Mitglieder des Gemeinderates die ausgeteilten Stimmzettel wieder auszufüllen und erneut in die Wahlurne zu werfen.

Ich bringe nunmehr das Ergebnis auch des zweiten Wahlganges zur Verlautbarung:

Zahl der abgegebenen Stimmen	55
Ungültige Stimmen	31
Gültige Stimmen	24

Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses stelle ich fest, dass der Vorgeschlagene die gemäß § 27 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz erforderliche Stimmenanzahl für die Wahl zum Bürgermeisterstellvertreter auch im zweiten Wahlgang nicht erreicht hat. Gemäß zitierter Bestimmung in Verbindung mit dem § 21 Abs. 8 des Statutes hat frühestens 24 Stunden, spätestens jedoch 48 Stunden später, eine dritte Abstimmung stattzufinden. Ich bedanke mich für ihre Kommen zur

heutigen Sitzung im Speziellen beim Herrn Landeshauptmann und Herrn Landeshauptmannstellvertreter, die auch an der morgigen Sitzung wieder teilnehmen werden, bei unseren Ehrengästen. Ich gratuliere allen gewählten Mandatarinnen und Mandataren, darf im Anschluss daran, wer Lust hat, mit mir anzustoßen auch ins Bürgermeisteramt einladen und vertage die konstituierende Sitzung des Gemeinderates daher auf den morgigen Tag 14.00 Uhr. Vielen Dank für ihr Kommen.

Freitag, 14. März 2008

Beginn: 14.10 Uhr

Ende: 16.05 Uhr

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine Damen und Herren! Herzlich willkommen im Rathaus, herzlich willkommen bei der Fortsetzung unserer konstituierenden Gemeinderatssitzung. Ich begrüße erneut unsere Ehrengäste ganz, ganz herzlich und bedanke mich im Speziellen beim Herrn Landeshauptmann und beim Landeshauptmannstellvertreter für ihr Wiederkommen, betreffend die heutige Angelobung. Ein ganz, ganz herzliches Willkommen dem Landeshauptmann von Steiermark Herrn Mag. Franz Voves (*allgemeiner Applaus*), ebenso herzlich begrüße ich Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer (*allgemeiner Applaus*), auch heute wieder anwesend und danke auch für die Kooperation schon in den letzten Monaten, seitdem Sie auch dieses Amt innehaben, die gute Kooperation zwischen der Stadt Graz und dem Land Steiermark ist uns ganz, ganz wichtig und ich freue mich, dass Sie da sind, Herr Landesamtsdirektor Dr. Ofner (*allgemeiner Applaus*); ich freue mich auch, dass der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Wustinger heute anwesend ist, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*) und ebenso herzlich begrüße ich unseren Vorstandsdirektor Dr. Wolfgang Malik (*allgemeiner Applaus*). Liebe Gemeinderatsmitglieder, hohe Beamtenschaft, liebe Familienangehörige und Freunde und Zuhörerinnen und Zuhörer, die Sie heute auf unserer Galerie sind, ein herzliches Willkommen, ebenso herzlich Grüß Gott unseren Medienvertretern (*allgemeiner Applaus*).

Gemäß § 27 Abs. 1 und 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz steht das Vorschlagsrecht für die Wahl zum Bürgermeisterstellvertreter auch im dritten Wahlgang der nach dem Ergebnis der Wahl in den Gemeinderat zweitstärksten Wahlpartei, also der sozialdemokratischen Partei Österreichs, zu. Durch ihren Klubvorsitzenden hat die SPÖ einen gültigen Wahlvorschlag erstattet lautend auf Dr. Wolfgang Riedler. Wird hierzu das Wort gewünscht?

GR. **Herper:** Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren auf der Zuhörertribüne, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Statut, vielleicht, weil ich von Haus aus nicht nur politisch, sondern auch menschlich ein Optimist gewesen bin und nach wie vor Optimist bin, sage ich die kurzen wenigen Sätze, warum wir wiederum Dr. Wolfgang Riedler in Vorschlag bringen für den stellvertretenden Bürgermeister. Es ist vielleicht bei manchen nicht vergebliche Liebesmüh, das Statut aus 1967, schließlich ein Landesgesetz, sieht ja vor und es könnte ja inzwischen durch die Wortmeldungen von gestern oder über Nacht eine gewisse Erleuchtung eingetreten sein oder ein Zeichen von Nachdenklichkeit eingetreten sein, dass Kolleginnen und Kollegen vielleicht doch ein <nachdenken oder eine Überlegung eingetreten ist, die vielleicht zu einer Änderung der Meinung führen hätte können. Das Statut sieht ja vor, und die Vorgängerinnen und Vorgänger, insbesondere von der ÖVP, haben dies ja, nachdem es sich um ein Landesgesetz handelt, etwas dabei gedacht, wie das Statut 1967 eingerichtet wurde für die Stadt Graz und inzwischen in Gültigkeit steht. Denn für die zweitgrößte Fraktion steht nicht nur das Vorschlagsrecht zu, sondern es steht nicht einmal die Verzichtsmöglichkeit in Aussicht, nicht einmal die Verzichtsmöglichkeit in Aussicht von diesem Vorschlagsrecht abzusehen. Also, wie gesagt, vielleicht hätte er unseren guten Argumenten folgend, Wolfgang Riedler und meiner von gestern, über Nacht die Erleuchtung eintreten können, ich würde es mir wünschen und das Statut sieht ja solche Konstruktionen, wie sie heute vorgesehen sind, durch die nächste Wahl, durch den nächsten Wahlgang gar nicht vor, weil es dem Wählerinnen- und Wählerwillen nicht entspricht. Und diese Unterbrechung ist von den Müttern und Vätern dieses Statutes geschaffen worden auf Landesebene, eben um diese Nachdenklichkeit einzuschieben und diese Möglichkeit noch in Erwägung zu ziehen. Ich appelliere also an euch, liebe Kolleginnen und Kollegen auch von den anderen Fraktionen, dem demokratiepolitischen Geist dieses Statutes Rechnung zu tragen und Dr. Wolfgang Riedler zum stellvertretenden Bürgermeister zu wählen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Zur Durchführung der Wahlhandlung gebe ich bekannt, dass der dritte Wahlgang

ebenfalls mit Stimmzettel vorgenommen wird und der Kandidat zum Bürgermeisterstellvertreter gewählt ist, wenn für ihn mehr als die Hälfte aller Mitglieder des Gemeinderates ihre Stimme abgegeben haben. Leere so wie unklar ausgefüllte Stimmzettel oder solche, die auf eine Person lauten, die nicht als Wahlvorschlag bekannt gegeben wurde, sind ungültig. Zur Prüfung des Wahlergebnisses bestelle ich die gleichen Wahlzeugen wie für den ersten Wahlgang. Ich ersuche nun die Mitglieder des Gemeinderates, die ausgeteilten Stimmzettel auszufüllen und in die Wahlurne zu werfen.

Zahl der abgegebenen Stimmen	55
Ungültige Stimmen	31
Gültige Stimmen	24

(Aufgrund des Nichteinschaltens des Aufnahmegerätes, konnte die Wortmeldung von Bürgermeister Mag. Nagl nicht wiedergegeben werden).

GR. **Herper:** Ich will die Geduld, liebe KollegInnen, werte Zuhörer und Zuhörerinnen, nicht strapazieren, aber ich schätze und wir schätzen dich, Lisa, weil wir mit dir zusammengearbeitet haben in vielfältigen Punkten und ob deiner kritischen Art, wir haben nichts gegen deine Person, das haben wir auch schon bei Siegfried Nagl gesagt. Aber wir fragen uns doch, mit welcher Begründung du diese Position hier in diesem Haus anstrebst. Du bist einst vor Tagen und Wochen und auch vor kurzem immer mit der Tasche herumgegangen. Man könnte das natürlich sozusagen, und nachdem ich da in die Bänke schaue, ein bisschen als Reminiszenz an Schulbankzeiten erinnern, mit der Schultasche „Ich möchte gerne Vizebürgermeisterin werden“. Das ist sehr lieb und nett, aber es steht dahinter nicht der Wählerwille. Wir fragen uns, ist es einfach nur, weil der Bürgermeister gerne Bürgermeister sein möchte oder die Vizebürgermeisterin Lisa Rücker gerne Vizebürgermeisterin oder steckt dahinter auch außer, dass sich zwei Parteien gefunden haben zu einer Mehrheit, zu einer demokratischen Mehrheit im

Gemeinderat, steckt dahinter auch eine inhaltliche Begründung? Wir sehen sie nicht die inhaltliche Begründung. Du hast nur bekundet, du möchtest es gerne werden, du strebst es an, du hast es beschriftet mit einem Täschchen, aber wir haben keine inhaltliche Begründung in den letzten Tagen und Wochen und Stunden gefunden. Warum gerade Vizebürgermeisterin, außer es ist in Form einer gemeinsamen Machtausübung durch Schwarz/Grün durch Konservativ-Grün. Wir fragen uns auch, warum gerade die drittstärkste und nur auf Grund der Machtzuwächse, die die Grüne Fraktion auf Anbieten der ÖVP erhalten hat. Also wir würden dies nicht unterstützen, wir werden dich auch nicht wählen, weil wir keine inhaltliche Notwendigkeit und keine inhaltlich Begründung finden, dich wählen zu müssen und wählen zu können. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Ehrengäste, auch oben am Balkon, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Lisa Rücker, bevor ich aber zur Lisa Rücker komme, möchte ich noch zum Wolfgang Riedler kommen. Wolfgang Riedler, ich kann sehr gut nachempfinden und das möchte ich auch allen Kolleginnen und Kollegen der SPÖ sagen, ich kann sehr gut nachempfinden, wie es einem geht, wenn man eine Wahl nicht gewinnt und das könnt ihr mir glauben. Es geht auch mir gar nicht gut damit, dass die SPÖ hier in Graz nicht so abgeschnitten hat, dass sie auch einen Achtungserfolg mitnehmen hätte können. Die Auswirkungen davon sind, dass Rechts stark wird und ich denke, es ist aber auch bei allem Schmerz, bei allem politischen Schmerz auch wieder die Chance, sich neu zu positionieren. Den Wolfgang Riedler haben wir kennengelernt als einen sehr kompetenten Finanzstadtrat, der sehr vieles auf einen sehr guten Weg gebracht hat und wir schätzen dich sehr. Und ich bin überzeugt davon, dass du, Wolfgang Riedler, auch die Kultursache ganz und gar zu deiner machen wirst, das ist das eine. Das andere, das Karl-Heinz Herper kurz erläutert hat, ich glaube, Karl-Heinz Herper, da gibt es eine Verwechslung zwischen Inhalt und Macht und gehe ich richtig auch in der Annahme, dass Sie, Herr Landeshauptmann, auf Landesebene die Proporzgeschichte eigentlich auch sehr kritisch sehen und da sind wir jetzt tatsächlich in einem Dilemma. Ich habe das Gefühl, immer derjenige, der in der schwächeren Position ist, will von der

Abschaffung des Proporz nichts wissen. Ist er in der stärkeren Position, dann heißt es, eigentlich schon längst überfällig, Proporz gehört weg. Die Lisa Rücker ist nicht angetreten, um zu sagen, ich will Vizebürgermeisterin werden, sie ist keck angetreten und hat gesagt, erstens will ich in dieser Stadt etwas verändern und ich kann das und ich schaffe das. Und wer das Programm, das Koalitionsprogramm, gelesen hat und ich nehme an, dass das sehr viele Kolleginnen und Kollegen gemacht haben, der wird auch gesehen haben, wie viele Projekte da drinnen sind, die einerseits eine klare Ansage gegen das Feinstaubproblem in Graz darstellen, die eine klare Absage gegen den zunehmenden Individualverkehr beinhalten, eine klare Ansage, was den Fahrradverkehr, die sanfte Mobilität betrifft, das Zu-Fuß-Gehen, Stadtentwicklung, das hast du auch zu deinem gemacht, Plätze, die offen und frei sein sollen, wo sich Menschen ohne Konsumzwang bewegen können, wo sie kommunizieren können, sich treffen können, aber du bist auch, und ich kann gar nicht alles aufzählen, du bist auch eine Frau, die auch sehr für das Soziale steht. Du bist eine urbane, moderne, sehr willensstarke Frau und wir wissen, das was du dir zum Ziel setzt, da kämpfst du darum, dass das auch erreichbar ist. Es wird nicht überall sehr leicht gehen, du weißt das ganz genau, aber du bist hartnäckig und du wirst für vieles auch die Wege und die Schienen legen, vielleicht kannst du in fünf Jahren nicht alles sozusagen abhaken, aber dessen bist du dir bewusst. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, in fünf Jahren wird es die Antwort geben auf eine starke Stadträtin, die Lisa Rücker heißt und auf eine Vizebürgermeisterin, die auch Lisa Rücker heißt und ich bitte Sie alle, Lisa Rücker zu unterstützen, ich denke, es ist der beste Weg. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Dr. Riedler konnte in der vorhergehenden Wortmeldung von der Frau Binder erkennen den Unterschied zwischen der Person, die Sie schätzen und der Person, die Sie wählen. Die Freiheitlichen werden auch wie in den bisherigen Wahlgängen den Dr. Riedler als stellvertretenden Bürgermeister wählen. Ich habe vorher genau gesehen, wie der Erste Landeshauptmannstellvertreter mit der Lisa Rücker gesprochen hat, ich finde das toll, wenn Politiker miteinander reden und das soll so sein und das soll man

verstärken. Aber die ÖVP soll sich keine Hoffnung machen, dass es im Land auch so sein wird, das werden die Freiheitlichen auch im nächsten Landtag zu verhindern wissen. Ich will aber auf die Wahl jetzt konkret eingehen. Uns geht es nicht allein um die Person selber, sondern diese Wahl ist quasi die Manifestation der Macht, der Machtausübung der neuen schwarz-/grünen Koalition. Diese gilt es zu signalisieren und diese Wahl entsprechend zu dem Ergebnis zu führen, wie vorher in den Fraktionssitzungen schon vorbesprochen worden ist. Darüber sollte der Wähler und auch die Besucher auf den Galerien sich keine falschen Hoffnungen machen. Und uns Freiheitlichen geht es um die politische Linie, die sich gerade am Beispiel der Integration oder wie wir es sagen, einer Linie manifestiert, die einfach dazu führt, über Jahre dazu geführt hat, dass sich sehr, sehr viele Österreicher, sehr, sehr viele Grazer in der Stadt nicht mehr beheimatet fühlen. Und diesen Weg möchten wir auf keinen Fall fortsetzen, sondern eine klare Kontraposition dazu einnehmen. Wir sehen auch die genannte Ökologisierung von den Grünen auch nicht so, wie es von der Frau Binder gemacht worden ist, sicher waren ökologische Wurzeln sehr stark da bei der grünen Bewegung, das ist anzuerkennen und in weiten Teilen, was wertkonservative Bereiche ist, tragen wir Freiheitliche das auch mit. Nur, wie man bei diesem vergilbten Schnittlauch gestern gesehen hat von den Grünen, ist diese Ökologisierung nur noch ein Beiwerk, es sind ganz andere Themen, die bei der grünen Politik im Vordergrund stehen. Wir Freiheitliche werden daher auch bei diesem entscheidenden Wahlgang Dr. Riedler seitens der SPÖ zum stellvertretenden Bürgermeister wählen und wir sagen das auch vor diesem Wahlgang. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren, die heute auch am zweiten Tag der Konstituierung des Grazer Gemeinderates beiwohnen. Ich bin wahrscheinlich, und alle, die mich kennen, werden es bestätigen, der Letzte, der hier eine Vorschlagsrede für einen sozialdemokratischen Kandidaten halten würde. Ich bin wahrscheinlich der Letzte, der hier in der Art und Weise der Politik, aber auch in der Politik der letzten fünf Jahre der damals abgetretenen sozialdemokratischen Regierungsmannschaft Huldigungen

zollen könnte geschweige denn, die künftige Politik der Sozialdemokratie unterstützen würde. Ich sage heute, es ist doch eigentlich sehr schön, gestern war es so eine feierliche Sitzung, es war ein feierlicher Anlass, heute gehen wir zur demokratiepolitischen Notwendigkeit, die Ordnungsrufe kommen, es entsteht ein wenig Gaudi, das ist doch immer gut auch in einer Demokratie, aber wir sollten hier ganz ernst bleiben. Wir haben gestern einen erhebenden Moment hier in diesem Gemeinderat erlebt. Wir haben gestern unter Anwesenheit auch des ehemaligen Diözesanbischofs, auch des Vertreters der israelitischen Kultusgemeinde eine Rede von der Frau Cäsar erlebt, die sehr starke und mahnende Worte zur Demokratie gesprochen hat. Und wir haben auch vom damaligen oder gestrigen Bürgermeisterkandidaten und heutigen Bürgermeister, wo ich nicht anstehe, Ihnen Herr Bürgermeister auch zu gratuliere, wie wohl ich Sie nicht mitgewählt habe, aber wir haben auch gestern vom Bürgermeister gehört, seine Achtung vor der Demokratie genau am Jahrestag eines Anschlusses, eines Einmarsches, eines gewaltverherrlichenden Regimes in Österreich, in der Steiermark und in Graz. Und daher verstehe ich es nicht, dass einen Tag danach die Demokratie mit Füßen getreten wird. Ich habe eine Achtung vor dem 20. Jänner, ich habe eine Achtung vor dem Wahlergebnis und auch ich habe zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Wähler das BZÖ auf Platz 6 verwiesen hat, wie ich auch zur Kenntnis nehmen musste, dass der Wähler der Österreichischen Volkspartei den Bürgermeister zugestanden hat, die stärkste Partei, und auch der Sozialdemokratie, auch wenn es sich hier um Verluste handelt, aber der Sozialdemokratie immer noch die Stärke der zweitstärksten Fraktion in dieser Stadt gegeben hat. Und es war jahrelange Usance in dieser Stadt und ich erinnere an Vizebürgermeister der Vergangenheit wie Weinmeister, Hasiba etc., ich erinnere, das war jahrelange Usance in dieser Stadt, und es steht auch, wie Klubobmann Herper richtigerweise gesagt hat, im Statut dieser Stadt, und es ist das demokratiepolitische Verständnis dieser Stadt, das selbstverständlich auch in einer Proporzregierung, die ich selbst abschaffen möchte und bekämpfen möchte, weil ich von ihr nichts halte, aber wir heute damit leben müssen, dass es sie gibt, dass der Vertreter der zweitstärksten Fraktion selbstverständlich in dieser Proporzregierung auch den Vizebürgermeister stellt und glauben Sie mir, ich bin nicht der, der Herrn Dr. Riedler vorschlägt, ich bin nicht der, der seine Politik unterstützt, aber ich habe Achtung vor dem Ergebnis, das seine Partei hier am 20. Jänner in Graz auch zustande gebracht hat. Und das was mich

jetzt in dieser Situation verwundert, dass wir mit einer Gegenkandidatur konfrontiert sind, die von dem Klub von der Fraktion der Grünen kommt. Einer Gemeinschaft, die in den 80er-Jahren gegründet worden ist und höhere Ziele verfolgt hat, höhere Ziele, mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung, Stärkung der Minderheitenrechte, Stärkung der demokratischen und parlamentarischen Rechte, Achtung vor unserer Demokratie, aber auch Achtung vor den Gegebenheiten von Wahlen. Und daher ist es für mich nicht nur verwunderlich, sondern ich würde jetzt einen Ordnungsruf wieder einheimsen, wenn ich schäbig sagen würde, daher denke ich es mir, aber es ist so, dass gerade diese Fraktion auf Biegen und Brechen diese Usancen gemeinsam mit der Fraktion der ÖVP brechen will.

Zwischenruf GRin. Potzinger unverständlich.

GR. **Grosz:** Wenn Sie mir einen Deutschkurs geben wollen, tun Sie es, wir haben sicher die nächsten Tage dazu Gelegenheit, Frau Potzinger, dann haben auch Sie Ihren Zweck erfüllt. Aber noch einmal, daher sage ich auch namens der zweiköpfigen BZÖ-Fraktion, der Oppositionsfraktion, der Kontrollfraktion, dass wir selbstverständlich Achtung vor dem Wahlergebnis haben, nicht Achtung vor der politischen Linie des Wolfgang Riedler, auch nicht Achtung vor seiner Zielsetzung, Achtung schon, aber wir können sie nicht mittragen, aber Hochachtung vor dem Wahlergebnis, das die sozialdemokratische Fraktion am 20. Jänner hier errungen hat als zweitstärkste Partei und werde daher mein Versprechen von gestern oder meine Ankündigung nicht brechen, sondern heute ein Zeichen setzen, dass wir entgegen unserer Ankündigung, dass wir kein Stadtsenatsmitglied wählen, aber auch wegen der Hoffnungslosigkeit, da ich davon ausgehen, dass Wolfgang Riedler es ohnedies nicht wird, unser demokratiepolitisches Zeichen setzen und selbstverständlich der Demokratie nachkomme und den Vertreter, egal wer es auch immer gewesen sein möge, den Vertreter der zweitstärksten Fraktion heute auch unterstützen, um auch ein Zeichen zu setzen, aber auch Sie, sehr geehrte Damen und Herren, daran zu erinnern, was Sie offensichtlich in Ihren Verhandlungen vergessen haben, nämlich

was Demokratie ist und was Achtung vor der Demokratie ist und das ist notwendig. Gerade die Grüne Fraktion hat in den vergangenen Wochen und Monaten anderen Fraktionen und anderen Gemeinderatskandidaten ständig vorgeworfen, wir brechen die Demokratie, ich wurde angezeigt von der offensichtlich künftigen Vizebürgermeisterin wegen Volksverhetzung, wurde auch eingestellt, Frau Binder musste widerrufen laut Gerichtsurteil, sich gegenüber einer anderen Fraktion, weil sie es halt überzogen hat, die Verurteilte, na gratuliere. Und Sie haben so oft von Demokratie gesprochen und haben es anderen abgeredet. Sie haben mehreren Fraktionen dieses Gemeinderates, auch im Übrigen ihrem eigenen Koalitionspartner, die Demokratie abgesprochen. Ich appelliere an Sie, achten Sie diese Demokratie von der gestern viele Ehrengäste in diesem Saal gesprochen haben. Danke für die Aufmerksamkeit.

GR. Dr. Piffel-**Percevic**: Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Bürgermeister, werte Ehrengäste, hoher Gemeinderat! Wir haben gestern einen denkwürdigen Tag gehabt, so wurde die konstituierende Sitzung eingeleitet. Wir sollten in diesen Tagen mit Ausdrücken „Demokratie mit Füßen treten“ noch vorsichtiger umgehen als sonst (*Applaus ÖVP*). In der Geschichte der Demokratie, jetzt rede ich von der zweifelsfrei legitimierten Demokratie und menschenrechtspolitisch legitimierten Phase, das war die Zweite Republik, gibt es verschiedenste Beispiele für Mehrheitsbildungen und ich möchte mich nicht wiederholen, es ist legitim, dass sich in einem Parlament die Parteien, die demokratisch gewählten Parteien durch ihre Mandatare für einzelne Abstimmungsstücke Mehrheiten suchen oder grundsätzlich in Form von Arbeitsübereinkommen, so wie wir es mit den Sozialdemokraten in der letzten Periode gepflogen haben, damals wart ihr tatsächlich in der zweitstärksten Funktion oder Mehrheitsfindung...

Zwischenrufe unverständlich.

Dr. **Piffl-Percevic**: Ihr wart damals, es geht um euren Anspruch auf den Vizebürgermeister, damals habt ihr als zweitstärkste Fraktion den Vizebürgermeister gestellt. Es gibt auch die Möglichkeit, die dritte Möglichkeit, Freispiel der Kräfte, Arbeitsübereinkommen oder Koalition. Eine Koalition ist was absolut demokratisch Legitimiertes weit über Österreich hinaus. Als am 20. Jänner der ORF vor Bekanntgabe der Hochrechnung hier in diesem Gemeinderatssitzungssaal mit meinem Kollegen Karl-Heinz Herper als Klubobmann der Sozialdemokraten und mit mir, dann mit Sigi Binder ein kurzes Interview machte, die ersten Ergebnisse flimmerten hier auf und es war in etwa schon absehbar, in welche Richtung das Wahlergebnis laufen würde. Es war sehr, sehr klar, dass, ich verwende den Ausdruck nicht gerne, niemand verliert gerne, aber die Begriffe gibt es, Wahlgewinner, Wahlverlierer, das entspricht eben der Absicht des Wählers, es war klar, dass die Sozialdemokraten diesen Tag verlieren werden, die Grünen waren auf der Gewinnerstraße, die ÖVP hat auch eine eindrucksvolle Bestätigung ihres vorherigen Ergebnisses erhalten. Du, Karl-Heinz Herper, bist hier als Erster interviewt worden, du hast gute besonnene Worte gefunden, du hast es nicht abgeschoben die Verantwortung, du hast sie, wie es einem Klubobmann auch gebührt, die Verantwortung auch auf dich genommen. Das war sehr beachtlich, ich konnte daneben stehen, ich konnte mir meine Worte überlegen, die ich dann zu sagen hatte. Ich mache es kurz, nach diesem Interview haben mich viele meiner Kollegen, die hier gesessen sind, gefragt, warum warst du, Peter, so ernst, was ist los mit dir? Meine Antwort war, wenn jemand neben einem steht, der gleich wie wir, jeder von uns kämpft im besten Sinn des Wortes eine ganze Periode und Jahrzehnte in Wirklichkeit von den Fraktionen her, wenn es sozusagen jemand zerreißt und so ähnlich war damals die Meinung, jedenfalls auch der Journalisten, dann ist das kein Anlass zu Jubel oder Triumph für den anderen. Du erinnerst dich an die Situation und ich bin froh, dass ich so gesprochen habe ohne Triumph und ohne Hurra (*Applaus ÖVP*). Und ich weiß daher, das möchte ich mit diesen Worten sagen, wie es einem zumute ist, wenn man nicht gewinnt. Wir haben, ich darf und muss das wiederholen, zugelegt bei den letzten Wahlen, die ÖVP und die Grünen. Wir haben trotzdem euch als Erstes den Verhandlungstisch angeboten. Ihr habt auch über eine Woche mit uns, entschuldige den Ausdruck, ganz normal verhandelt und plötzlich von diesem Tisch aufzustehen, die Türen sind offen geblieben, dass wir nicht zu euch gehen und durch diese offenen Türen, sondern mit den Grünen wie vereinbart

weiterverhandeln, das ist doch wohl so vorgesehen. Ich möchte zum Ausdruck bringen, wir haben daraufhin mit den Grünen noch intensivere Gespräche geführt, weil wir viel mehr Zeit hatten, wir haben stunden-, tagelang, nächtelang diskutiert, hart diskutiert, wir haben gerungen um unsere Standpunkte und wir haben ein sehr ansehnliches Papier, wie ich gestern ausführen konnte, mit Experten erarbeitet. Wir haben es uns nicht leicht gemacht, wir haben danach das Ergebnis euch angeboten für den Bereich der Kultur und das Soziale, den Kommunisten ebenfalls angeboten. Sie waren bereit, mit uns weiterzuverhandeln und unser gemeinsames Ergebnis, Lisa Rücker, zum Wohnbau noch zu verändern in ihre Richtung, sie haben uns auch durchaus überzeugt, gute Argumente geliefert, ihr habt es, so wie ihr die Verhandlungen abgebrochen habt, habt ihr auch diesen zweiten Ansatz von uns verweigert. Und jetzt stellt ihr den Anspruch, den Bürgermeister in allen seinen Agenden während der nächsten fünf Jahre zu vertreten. Ich glaube, das bedarf keines weiteren Kommentars (*Applaus ÖVP*). Meine Worte hier beim ORF auf die Frage, warum hat denn die ÖVP so gut abgeschnitten, meine Worte waren erst aber bestimmt, weil es Siegfried Nagl am besten von allen gelungen ist, die damals drei Stadtsenatsfraktionen, diese Kräfte zu bündeln und jetzt wo fünf Fraktionen im Stadtsenat vertreten sind, ist es umso wichtiger, diese Kräfte zu bündeln. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung und des steiermärkischen Statutes für die Landeshauptstadt Graz; dieses sieht, auch die Bundesverfassung im Übrigen, zwingend den Proporz vor. Wir nehmen das als Auftrag und versuchen die optimale Regierungsform für die nächsten fünf Jahre zu schmieden, das ist uns und wir sind überzeugt mit diesem Koalitionsübereinkommen das auf den Bestimmungen des Statutes fest ruht, es ist im vierten Wahlgang ausdrücklich vorgesehen, dass jede Fraktion, die einen Anspruch auf einen Sitz im Stadtsenat zu diesem Zeitpunkt hat, antragsberechtigt ist und auch wenn sie die Mehrheit auf ihren Kandidaten vereinen kann, diesen demokratisch legitimiert, rechtlich einwandfrei zum Vizebürgermeister wählen kann. Ich habe daher eine politische Begründung geliefert, weswegen es logisch ist und auch eine rechtsstaatliche. In diesem Sinne komme ich zum Schluss, um noch etwas ganz Wichtiges zu sagen. Wir haben bei diesen intensiven Verhandlungen Lisa Rücker als besonnene, geübte, sie hat auch jahrelang den Vorsitz im Kontrollausschuss, also als geübte Oppositionspolitikerin kennengelernt, wir haben gesehen, wie eine äußerst interessierte, und ich darf das ruhig sagen,

begabte, ein politisches Talent sich als Anführerin der Grünen in unserem Verhandlungsteam,...

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Piffl-Percevic**: Ja, sie musste diese Funktion auch ausüben, es ist ja kein Geheimnis, dass unsere neuen Freunde von den Grünen sehr differenzierte Meinungen vertreten (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Krampfl unverständlich.

Dr. **Piffl-Percevic**: Dagmar, letztes Mal beim Arbeitsübereinkommen wart ihr unsere neuen Freunde, also ich bin mit diesem Begriff sehr, sehr sparsam, aber jetzt sind es die Grünen. Zum Ernst zurück, sie hat diese Verhandlungen großartig geführt, sie hat uns auch einiges abgerungen, es war nicht einfach, wir sagen daher und das darf ich namens meiner Fraktion zum Ausdruck bringen, aus vollem Herzen ja zu einer Vizebürgermeisterin Lisa Rücker. Ich ersuche um eine entsprechende Abstimmung. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Zur Durchführung der Wahlhandlung gebe ich bekannt, dass der vierte Wahlgang ebenfalls mittels Stimmzettel vorgenommen wird und der Kandidat oder die Kandidatin zum Bürgermeisterstellvertreter oder zur Bürgermeisterstellvertreterin gewählt ist, wenn für ihn oder für sie mehr als die Hälfte aller Mitglieder des Gemeinderates ihre Stimme abgegeben haben. Leere sowie

unklar ausgefüllte Stimmzettel oder solche, die auf eine Person lauten, die nicht als Wahlvorschlag bekannt gegeben wurde, sind ungültig. Zur Prüfung des Wahlergebnisses bestelle ich die gleichen Wahlzeugen wie für den ersten Wahlgang. Ich ersuche nun Sie alle wiederum als Mitglieder des Gemeinderates die ausgeteilten Stimmzettel auszufüllen und in die Wahlurne zu werfen.

Ich bringe nunmehr das Ergebnis des vierten Wahlgangs zur Verlautbarung:

Zahl der abgegebenen Stimmen:	55
Ungültige Stimmen:	2
Gültige Stimmen:	53

Von den gültigen Stimmen entfallen auf den Kandidaten

Gemeinderat Dr. Wolfgang Riedler 22 Stimmen,
auf die Kandidatin Lisa Rücker 31 Stimmen.

Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses stelle ich fest, dass Frau Lisa Rücker gemäß § 27 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz im vierten Wahlgang zur Bürgermeisterstellvertreterin gewählt worden ist. Ich gratuliere dazu ganz herzlich (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Gemäß § 28 Abs. 1 des Statutes hat die Bürgermeisterstellvertreterin dem Landeshauptmann das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich darf daher Herrn Landeshauptmann ersuchen, die Angelobung vorzunehmen und bitte den Herrn Magistratsdirektor die dazu im Statut vorgeschriebene Gelöbnisformel zu verlesen.

Magistratsdirektor Mag. **Haidvogl**: „Ich gelobe, als Bürgermeisterstellvertreterin der Landeshauptstadt Graz, die Bundes- und die Landesverfassung, das Statut und die Verordnungen der Stadt sowie die sonstigen Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes Steiermark unverbrüchlich zu beachten, meine Aufgaben

unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die mir obliegende Verschwiegenheitspflicht zu wahren und mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln nach bestem Wissen und Gewissen dafür zu sorgen, dass in der gesamten Stadtverwaltung nach den gesetzlichen Vorschriften vorgegangen und der Stadt kein Schaden zugefügt wird.“

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich gelobe (*allgemeiner Applaus*).

(Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch den Magistratsdirektor leistet die neu gewählte Bürgermeisterstellvertreterin dem Landeshauptmann das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ und unterfertigt das Angelobungsprotokoll).

Bgm. Mag. **Nagl**: Mit der Angelobung gilt gemäß § 28 Abs. 2 des Statutes die Funktion als übernommen. Ich ersuche, die neu gewählte Bürgermeisterstellvertreterin nach ein paar kurzen Worten ihren Sitz auf der Stadtsenatsbank neben mir dann auch einzunehmen. Bedanke mich aber vorweg noch beim Herrn Landeshauptmann, Herrn Landeshauptmannstellvertreter und beim Landeamtsdirektor für ihre Anwesenheit und für die Teilnahme an der konstituierenden Sitzung an beiden Tagen. Dankeschön (*allgemeiner Applaus*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Herr Landeshauptmann, Landeshauptmannstellvertreter sind jetzt gerade gegangen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen des hohen Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren von der Presse. Mir eilt der Ruf voraus, dass ich eine Sachpolitikerin bin, das heißt aber nicht, dass ich nicht auch sehr emotional bin. Und dieser Moment ist für mich schon ein sehr emotionaler und ich habe mir zuerst überlegt, soll ich meine Rede vorbereiten und ich habe mir gedacht, nein, ich habe

auch keine Zeit gehabt dafür. Ich möchte trotzdem ein paar klare Worte sagen, denn ich bin einerseits eine und ich denke, die die mit mir in den letzten Jahren zu tun hatten hier herinnen und auch in den Jahren davor in verschiedenen Zusammenhängen, kennen mich als eine, die hohes Interesse daran hat, immer wieder den Weg zueinander zu finden. Ich sage das jetzt ganz bewusst auch auf der Grundlage der vorherigen Diskussion. Ich bin eine, die ziemlich genau weiß, was sie will, aber ich bin auch immer wieder von besseren Vorschlägen zu überzeugen, ich bin keine, die mit dem Kopf durch die Wand geht, aber die eben klare Verhältnisse liebt. Wir hätten es uns vor der Wahl nicht gedacht, Sigi Binder hat das gestern schon sehr deutlich gesagt, wir haben diesen Weg begonnen mit Verhandlungen, haben zuerst einmal geschaut, wie wird das und haben dann festgestellt, das kann wirklich was werden. Wir haben sehr intensiv, und ich werde das nicht alles wiederholen, was während der Verhandlungen gelaufen ist, sehr intensiv im Detail, bis hinein ins Detail, kommunalpolitisch neu und auch auf guter Grundlage, ich sage das bewusst, wir haben vieles neu angefangen zu denken, aber wir haben auch auf guter Grundvoraussetzung weitergearbeitet und haben ein Programm entwickelt, das eben einem WählerInnenwillen sehr wohl gerecht wird. Denn es wurde von den Wählern und Wählerinnen deutlich gemacht dadurch, dass sie uns als Grüne Fraktion die Verdoppelung der Mandate ermöglicht hat nach 25 Jahren kommunaler Politik, es ist ja nicht so, dass wir hier neu sind, dass sie uns mit einer Zunahme von sechseinhalbtausend WählerInnen mehr als davor, wir haben inzwischen sechzehneinhalbtausend Wähler/Wählerinnen überzeugen können, dass grüne Politik nicht dem Untergang der Stadt bedeutet, grüne Politik bedeutet nicht, dass hier das Leben nicht mehr möglich ist, sondern grüne Politik bedeutet, darauf einzugehen, was den Menschen wirklich Bedürfnis ist. Und den Menschen in Graz ist es Bedürfnis einerseits, und das möchte ich auch ganz generell sagen, denn das ist ein österreichisches Bedürfnis, dass weniger gestritten wird und dass mehr umgesetzt wird. Dass man mutiger wird und genau in unserem Programm, wer das Programm genau liest, wird zu sehen sein, es gibt einige Dinge, die Geld kosten und Wolfgang Riedler, ich stimme dir zu, wenn du sagst, es wird aber schwierig, das zu finanzieren, das ist uns bewusst, das ist uns sehr bewusst und das ist aber auch unsere Aufgabe, alle gemeinsam hier Lösungen zu finden. Aber ein wesentlicher Teil dieses Programms braucht einfach nur den politischen Willen und da komme ich wieder zur Frage der Klarheit. Wir haben uns zusammengetan mit der ÖVP mit dem

vollen Bewusstsein, wie unterschiedlich wir sind und wie unterschiedlich wir in manchen sehr wesentlichen Fragen für uns auch die Sichtweise vertreten. Und trotzdem haben wir uns zusammengetan, weil wir gesehen haben, es gibt das Interesse, in dieser Stadt mit mehr Willen, mit mehr Mut, vielleicht auch mit ein paar neuen Lösungen, die bisher einfach noch nicht möglich waren, Lösungen zu finden für die Fragen, die für die Menschen in dieser Stadt wichtig sind und es ist die Frage des Zusammenlebens, ich sage bewusst der Integration auf einer Seite, aber eben auch das Zusammenlebens aller anderen Menschen, weil die Unterschiede zwischen den Menschen zu groß geworden sind. Ob das Einkommen oder auch die Altersstruktur und in diesem Bereich noch viel auf uns zukommt. Das ist dieser eine Bereich, der andere Bereich, ich brauche auf Ökologie und verkehrspolitische Fragen nicht eingehen, die sind deutlich herauszulesen, wir haben ein massives Feinstaubproblem, das Leben in der Stadt ist für die Menschen zu eng geworden, weil zuviel motorisierter Verkehr und zu wenig Platz für Menschen ist, da haben wir ein klares Umsteuern uns vorgenommen. Das heißt, wir haben uns überlegt, was braucht diese Stadt und haben versucht im Konsens oder oft auch, indem wir uns gegenseitig ganz klar überzeugen konnten einen neuen Weg zu beschreiten. Und für diesen Weg ist es wichtig, dass klar ist, wer diesen Kurs miteinander vereinbart hat und es ist eine Koalition. Das erste Mal eine klare Koalition in der eine hohe Verbindlichkeit herrscht. Das wird für uns genauso schwierig werden, wie für die ÖVP, das weiß ich. Es werden die Tage kommen und ich weiß schon, dass jeder kleine Fehler, den wir machen, von euch ganz genau begutachtet werden wird und wir werden auf jeden Fehler deutlich hingewiesen werden. Ich möchte aber nur der SPÖ raten, so sehr ich eure Zusammenarbeit und eure Bereitschaft der Kommunikation schätze und auch davon ausgehe, dass die weiterhin da ist, weil ich kenne euch ja, möchte ich euch nur raten, findet euch nicht zu oft mit den Rechten in der Opposition im gleichen Boot wieder. Ich denke, wenn ihr euch eine neue Position erarbeiten wollt, dann wird die Erwartung an die Sozialdemokratie sein, sich die nicht rechts, sondern wieder links, dort wo die soziale Frage daheim ist, zu erarbeiten, das würde ich mir wünschen, auch im Interesse der Stadt (*Applaus Grüne und ÖVP*). Zur Frage Vizebürgermeisterin, natürlich bin ich mit der Tasche gegangen „Bürgermeisterin“, denn die Frage war nicht für mich mehr Macht, sondern die Frage war, ich will in dieser Stadt und wir wollen in dieser Stadt Verantwortung übernehmen und das Symbol dafür ist, für die Bürger und Bürgerinnen hauptverantwortlich da zu

sein. Wir haben uns zwar vorgenommen, dass das erst beim nächsten Mal wirklich spruchreif wird, von dem her ist es auch für uns sehr schnell gegangen, aber trotzdem und diese Überraschung, dass wir vor zwei Monaten hätten wir uns nicht gedacht, dass das auch möglich ist in dieser Stärke, die nicht dem entspricht, das weiß ich, nicht dem Mandat der Wählerinnen, nämlich vierzehneinhalb Prozent ergeben nicht automatisch die Vizebürgermeisterin, aber der Bürgermeister und Vizebürgermeister wird im Gemeinderat bestellt, da ist rechtlich die Grundlage eindeutig und wenn hier herinnen eine Mehrheit entsprechend entscheidet, wird das vom Statut her auch so vorgesehen. Das heißt, ich bewege mich, wenn ich diesen Anspruch gestellt habe, nicht auf illegitimem Boden, ich möchte das noch einmal klarstellen (*Applaus Grüne und ÖVP*). Und ich kann sagen, ich werde an diese Aufgabe mit einer sehr großen Freude, mit einer großen Leidenschaft, aber auch mit Demut herangehen. Denn ich weiß, dass so eine übertragene Verantwortung sehr viele Erwartungen weckt, dass so eine übertragene Verantwortung sehr vielen Menschen womöglich Hoffnungen gibt, die ich nicht alle erfüllen werde können, das wird so sein. Und wir werden gemeinsam versuchen, das Beste draus zu machen und ich lade alle herzlich dazu ein, diesen Weg gemeinsam zu beschreiten und ich sage das noch einmal ganz dezidiert auch in Richtung der SPÖ und der KPÖ, weil wir wissen, dass wir gut miteinander arbeiten können und ich weiß von mir und das wisst ihr auch von mir, dass ich den Dialog immer suche und immer suchen werde und da habe ich von dem her die Erwartung, dass wir da sehr wohl immer wieder in sachpolitischen Fragen, in den Fragen, in denen es um diese Stadt geht, Wege finden werden, die wir gemeinsam beschreiten können, da bin ich guter Hoffnung und darauf freue ich mich.

Und zum Abschluss möchte ich noch etwas sehr Persönliches sagen. Ich bin eine Frau, das ist, denke ich, eine schöne Symbolik, Vizebürgermeisterin in dieser Stadt, eine Frau zu sein, ich habe mich aber sehr bewusst entschieden, in meinem Wahlkampf offen dazu zu stehen, dass ich eine Lesbe bin. Ich bin die erste Vizebürgermeisterin in Österreich, die offen dazu steht, ich bin nicht die Einzige, wenn ich mir Europa anschau, wo das möglich ist und ich denke, genau in diesem Rückblick, den wir gestern hatten auf die nationalsozialistische Zeit und auf das Jahrhundert, das hinter uns liegt, da wäre das nicht selbstverständlich gewesen. Wir wissen, dass im Nationalsozialismus homosexuelle Menschen verfolgt wurden und auch ermordet wurden, wir wissen, dass in den 60er-Jahren noch Berufsverbote

galten für Menschen, dass sie noch ins Gefängnis kamen, weil sie sich zur Homosexualität bekannt haben. Ich weiß aus vielen juristischen Praxen, dass damals die Erpressbarkeit von Menschen, weil sie homosexuell waren, weil sie es im Verborgenen leben mussten, enorm hoch waren und ganz viele Rechtsanwälte bis in die 80er-Jahre hinauf damit beschäftigt waren, Erpressungsversuche gegenüber solchen Menschen, damit eigentlich auch viel Geld zu verdienen, das heißt, mir ist das wichtig, ein Symbol zu setzen dafür, dass das offene Leben auch eine Entlastung ist für meine Familie, für meine Töchter, für meine Freundin, weil ich kann offen damit umgehen und ich will das als Symbol sehen, dass es möglich sein muss, nicht im Verborgenen zu leben, sondern offen dazu zu stehen und dass diese Stadt eine Stadt der Vielfalt ist und dass ich ein Symbol dafür sein möchte und deswegen aber nicht mein privatestes Leben nach außen zu kehren, sondern einfach dazu stehen will, weil es ganz viele Menschen gibt, die immer noch nicht dazu stehen können und immer noch im Verborgenen leben müssen und deswegen halte ich auch diesen Tag, daraus aus diesem abgeleitet, für einen wesentlichen und wichtigen Tag für die Bewegung, die in diesem Bereich schon lange für mehr Gleichstellung kämpft. Und ich sage das auch ganz bewusst, weil wir wissen, wir hatten eine Auseinandersetzung dazu mit dem Bürgermeister und ich bin oft gefragt worden, wie kannst du mit dem Nagl zusammenarbeiten, oft bin ich gefragt worden und ich sage, ja, ich werde mit ihm zusammenarbeiten und ich weiß, dass er lernwillig ist, das hat er mir oft gesagt und ich weiß auch, dass er mich kennengelernt hat in den letzten Wochen und dass er die Chance hat, neben mir zu erleben wie viele andere auch, dass Normalität und Abnormalität keine Frage sind von sexueller Orientierung und das will ich hiermit auch noch einmal klar zum Ausdruck bringen. Und ich danke für das Vertrauen, die mich gewählt haben, ich denke, es wird nicht allen bei der ÖVP ganz leicht gefallen sein, aber wir werden gut zusammenarbeiten und ich freue mich auf fünf sehr interessante, sehr aufregende Jahre und ich freue mich sehr, dass ihr da seid, meine Lieben, und ich weiß, dass ihr viel Geduld haben werdet mit mir in den nächsten Jahren und ich freue mich auf eure Unterstützung. Danke (*Applaus Grüne und ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, Frau Vizebürgermeisterin, bei der nun durchzuführenden Wahl der sieben Stadträte und Stadträtinnen fällt nach Anrechnung der Stellung des Bürgermeisters und der Bürgermeisterstellverteterin das Vorschlagsrecht für drei Stellen der Wahlpartei der ÖVP, für zwei Stellen der Wahlpartei der SPÖ, für je eine Stelle der Wahlpartei der KPÖ und der FPÖ zu. Von den Wahlparteien liegen mir dazu von den jeweiligen Klubvorsitzenden überreichte gültige Wahlvorschläge vor:

Die Wahlvorschläge der Österreichischen Volkspartei lauten auf:

Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard **Rüsch**

Detlev **Eisel-Eiselsberg**

Mag. Eva Maria **Fluch**

Die Wahlvorschläge der SPÖ lauten auf:

Mag. Dr. Wolfgang **Riedler**

Elke **Edlinger**

Der Wahlvorschlag der KPÖ lautet auf:

Elke **Kahr**

Der Wahlvorschlag der FPÖ lautet:

Dr. Susanne **Winter**

Wird zu diesen Wahlvorschlägen das Wort gewünscht? Gemäß § 27 Abs. 5 des Statutes hat die Wahl jedes Stadtrates und jeder Stadträtin durch den Gemeinderat in einem gesonderten Wahlakt durch Erheben der Hand oder über Beschluss des

Gemeinderates mittels Stimmzettel zu erfolgen. Stimmen, die den Vorschlägen der Wahlparteien nicht entsprechen, sind ungültig.

Ich bringe nunmehr die einzelnen Wahlvorschläge zur Abstimmung und ersuche die Mitglieder des Gemeinderates, da mir kein Antrag auf Wahl mit Stimmzetteln vorliegt, jeweils um ein Zeichen mit der Hand im Falle der Zustimmung.

Wahlvorschlag der ÖVP, lautend auf Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher:

Der Wahlvorschlag, Herrn Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher zum Mitglied des Stadtsenates zu wählen, wurde mit 31 Stimmen angenommen.

Wahlvorschlag der ÖVP, lautend auf Detlev Eisel-Eiselsberg:

Der Wahlvorschlag, Herrn Detlev Eisel-Eiselsberg zum Mitglied des Stadtsenates zu wählen, wurde mit 31 Stimmen angenommen.

Wahlvorschlag der ÖVP, lautend auf Mag. Eva-Maria Fluch:

Der Wahlvorschlag, Frau Mag. Eva Maria Fluch zum Mitglied des Stadtsenates zu wählen, wurde mit 37 Stimmen angenommen.

Wahlvorschlag der SPÖ, lautend auf Mag. Dr. Wolfgang Riedler:

Der Wahlvorschlag, Herrn Mag. Dr. Wolfgang Riedler zum Mitglied des Stadtsenates zu wählen, wurde mit 53 Stimmen angenommen.

Wahlvorschlag der SPÖ, lautend auf Elke Edlinger:

Der Wahlvorschlag, Frau Elke Edlinger zum Mitglied des Stadtsenats zu wählen, wurde mit 51 Stimmen angenommen.

Wahlvorschlag der KPÖ, lautend auf Elke Kahr:

Der Wahlvorschlag, Frau Elke Kahr zum Mitglied des Stadtsenates zu wählen, wurde mit 48 Stimmen angenommen.

Wahlvorschlag der FPÖ, lautend auf Dr. Susanne Winter:

Der Wahlvorschlag, Frau Dr. Susanne Winter zum Mitglied des Stadtsenates zu wählen, wurde mit 5 Stimmen angenommen.

Ich stelle fest, dass somit alle vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten zum Stadtrat beziehungsweise zur Stadträtin gewählt sind und beglückwünsche sie herzlich zu ihrer Wahl. Gemäß § 29 Abs. 1 des Statutes haben die Stadträte und Stadträtinnen dem Bürgermeister das Gelöbnis mit den Worten „ich gelobe“ zu leisten. Ich bitte die neu gewählten Stadträte und die neu gewählten Stadträtinnen zu mir und ersuche den Herrn Magistratsdirektor, die dazu im Statut vorgeschriebene Gelöbnisformel zu verlesen und Sie bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben.

Magistratsdirektor Mag. **Haidvogl**: Das Gelöbnis lautet: „Ich gelobe, als Stadtrat/Stadträtin der Landeshauptstadt Graz die Bundes- und die Landesverfassung, das Statut und die Verordnungen der Stadt Graz sowie die sonstigen Gesetze und Verordnung des Bundes und des Landes Steiermark unverbrüchlich zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die mir obliegende Verschwiegenheitspflicht zu wahren und das Wohl der Stadt Graz nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

(Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch den Magistratsdirektor leisten die neu gewählten Stadträte/die neu gewählten Stadträtinnen dem Bürgermeister das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ und unterfertigen das Angelobungsprotokoll).

Bgm. Mag. **Nagl**: Mit der Angelobung gelten gemäß § 29 Abs. 2 des Statutes die Funktionen als übernommen. Ich ersuche die neu gewählten Stadträtinnen und Stadträte ihre Sitze auf der Stadtsenatsbank einzunehmen. Ich darf außerdem mitteilen, dass Frau Dr. Susanne Winter gemäß § 30 Abs. 2 in Verbindung mit § 20 Abs. 4 lit. c des Statutes der Landeshauptstadt Graz das Amt als Stadträtin nicht ausüben darf. Bitte Platz zu nehmen, nochmals herzlichen Glückwunsch (*allgemeiner Applaus*).

Berichterstatter: Bgm. Mag. Nagl

Präs. 004163/2008/0005
Präs. 003786/2008/0001

Konstituierende Sitzung des
Gemeinderates, Referatseinteilung

Gemäß § 62 Abs. 3 des Statutes der Landeshauptstadt Graz hat der Gemeinderat über Vorschlag des Bürgermeisters jedem Mitglied des Stadtsenates bestimmte Gruppen von Geschäften zur Berichterstattung und Antragstellung im Stadtsenat zuzuweisen. Grundlage dieser Referatseinteilung ist die Geschäftseinteilung für den Magistrat Graz zuletzt kundgemacht im Amtsblatt Nr. 11 vom 2.11.2007. Dabei ist zu beachten, dass dem Bürgermeister auf Grund seiner Funktion zwingend die Angelegenheiten der Magistratsdirektion zugeordnet sein müssen.

Ich schlage vor, der Gemeinderat wolle den einzelnen Mitgliedern des Stadtsenates die nachstehenden Geschäftsgruppen zur Berichterstattung und Antragstellung im Stadtsenat zuweisen:

Bürgermeister Mag. Siegfried N A G L

Bürgermeisteramt mit Büro für Frieden und Entwicklung

Magistratsdirektion

Präsidialamt

MD-Informationsmanagement

Magistratsabteilung 1 (Personalamt)

Magistratsabteilung 2 (BürgerInnenamt)

mit Ausnahme

14. Hauptgruppe Allgemeines gewerberechtliches Verfahren

15. Hauptgruppe Vollziehung von Vorschriften über die Lehrlingsausbildung bzw. Beschäftigung von Jugendlichen
16. Hauptgruppe Angelegenheiten des Jagdwesens
17. Hauptgruppe Angelegenheiten des Fischereiwesens
18. Hauptgruppe Angelegenheiten des Kraftfahrzeuggesetzes
19. Hauptgruppe Verschiedene gewerberechtliche Angelegenheiten
22. Hauptgruppe Übertretung in Verwaltungsstrafsachen, Verwaltungsvollstreckungsverfahren

Magistratsabteilung 10/1 (Straßenamt)

nur hinsichtlich

5. Hauptgruppe Angelegenheiten der Ordnungswache

Magistratsabteilung 15 (Amt für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung)

Abteilung für Katastrophenschutz und Feuerwehr

Bürgermeisterstellvertreterin Lisas R Ü C K E R

Magistratsabteilung 10/1 (Straßenamt)

mit Ausnahme

5. Hauptgruppe Angelegenheiten der Ordnungswache

Magistratsabteilung 10/8 (Abteilung für Verkehrsplanung)

Magistratsabteilung 23 (Umweltamt)

Wirtschaftsbetriebe

Stadträtin Mag. Eva-Maria F L U C H

Stadtbaudirektion

Magistratsabteilung 10/2 (Kanalbauamt)

Magistratsabteilung 10/5 (Abteilung für Grünraum und Gewässer)

Magistratsabteilung 10/5 (Stadtvermessungsamt)

Magistratsabteilung 14 (Stadtplanungsamt)

Magistratsabteilung 15 (Kulturamt)

nur hinsichtlich

4. Hauptgruppe Stadtbüchereien

6. Hauptgruppe Wissenschaftspflege und Fachhochschulen

Magistratsabteilung 17 (Bau- und Anlagenbehörde)

Stadtschulamt

Stadtrat Detlev Eisel - Eiseisberg

Magistratsabteilung 6 (Amt für Jugend und Familie)

Mit Ausnahme

12. Hauptgruppe Allgemeine Frauenangelegenheiten

Magistratsabteilung 13 (Sportamt)

Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard R ü s c h

Magistratsabteilung 8 (Finanz- und Vermögensdirektion)

Magistratsabteilung 8/2 (Abteilung für Gemeindeabgaben)

Magistratsabteilung 8/3 (Abteilung für Rechnungswesen)

Magistratsabteilung 8/4 (Liegenschaftsverkehr)

Magistratsabteilung 8/5 (Liegenschaftsverwaltung)

Magistratsabteilung 8/5W (Liegenschaftswerkstätten)

Eigenbetrieb GPS

Stadträtin Elke Edlinger

Magistratsabteilung 5 (Sozialamt)

mit Ausnahme

9. Hauptgruppe Freiwillige Maßnahmen, soweit es sich um Antragstellung,

Vergabe und Verwaltung von barrierefreien Wohnen handelt

Magistratsabteilung 6 (Amt für Jugend und Familie)

nur hinsichtlich

12. Hauptgruppe Allgemeine Frauenangelegenheiten

Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler

Magistratsabteilung 7 (Gesundheitsamt)

Magistratsabteilung 16 (Kulturamt)

mit Ausnahme

4. Hauptgruppe Stadtbüchereien

6. Hauptgruppe Wissenschaftspflege und Fachhochschulen

Theaterangelegenheiten (Theaterholding Graz/Steiermark GmbH, Österreichischer Theatererhalterverband, Internationale Arbeitsgemeinschaft Deutschsprachiger Theaterverbände udgl.)

Stadträtin Elke K a h r

Magistratsabteilung 21 (Amt für Wohnungsangelegenheiten)

Magistratsabteilung 5 (Sozialamt)

nur hinsichtlich

9. Hauptgruppe Freiwillige Maßnahmen, soweit es sich um Antragstellung, Vergabe und Verwaltung von barrierefreien Wohnungen handelt

Stadträtin Dr. Susanne W i n t e r

Geriatrische Gesundheitszentren

Magistratsabteilung 2 (BürgerInnenamt)

nur hinsichtlich

- | | |
|-----------------|---|
| 14. Hauptgruppe | Allgemeines gewerberechtliches Verfahren |
| 15. Hauptgruppe | Vollziehung von Vorschriften über die Lehrlingsausbildung bzw. Beschäftigung von Jugendlichen |
| 16. Hauptgruppe | Angelegenheiten des Jagdwesens |
| 17. Hauptgruppe | Angelegenheiten des Fischereiwesens |
| 18. Hauptgruppe | Angelegenheiten des Kraftfahrzeuggesetzes |
| 19. Hauptgruppe | Verschiedene gewerberechtliche Angelegenheiten |
| 22. Hauptgruppe | Übertretung in Verwaltungsstrafsachen, Verwaltungsvollstreckungsverfahren |

Ich ersuche die Mitglieder des Gemeinderates, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Lieber Herr Bürgermeister! Wir kommen gleich zur Abstimmung, aber doch halte ich es für notwendig, ein paar Dinge zu sagen. Ich fühle mich animiert durch Lisa Rücker, auf kleine und größere Fehler hinzuweisen und ich sehe in diesem von dir vorzulegenden Stück eine ganze Reihe von Fehlern. Ich möchte zuerst aber noch was zu Lisa Rücker sagen, weil ich finde, dass sie eine beeindruckende Rede gehalten hat zu ihrem Antritt als Vizebürgermeisterin, insbesondere was den letzten Teil angeht, da kann ich vieles teilen und freue mich über manches so wie sie. Was das gegenseitige Austeilen von Ratschlägen angeht, liebe Lisa, möchte ich dir den Rat geben, so wichtig dir im Moment vielleicht diese Koalition und die Koalitionstreue erscheinen und das ist auch ganz gut so, das

spricht ja für einen Charakter, dass du das gleich betonst, aber vielleicht auch für eine gewisse Unsicherheit in deiner Gruppe, möchte ich dir doch sagen, mache dir keine Sorgen um die sozialdemokratische Partei und ihre Positionierung, die wird völlig in Ordnung sein und ich möchte dir daher auch nicht im Gegenzug den Rat geben, schau genau, zu welchen Positionen die Grünen ihre Zustimmung geben werden. Weil ich davon ausgehe, ihr werdet das ohnehin tun. Daher überlege bitte auch, was von diesem Stück hier zu halten ist, das der Bürgermeister hier vorlegt und ich möchte versuchen, das durchaus auch einer fairen Würdigung zu unterziehen. Faktum ist, dass der Bürgermeister einen Vorschlag zu machen hat, Faktum ist, dass so, wie du richtig ausgeführt hast, genauso wie bei der Wahl des Vizebürgermeisters oder bei der Vizebürgermeisterin die Mehrheit des Gemeinderates zu entscheiden hat, das ist ja von niemandem in Frage gestellt worden. Nicht Faktum ist allerdings, dass das von vorneherein so ausschauen muss wie dieses Papier, nämlich eine völlig einseitige Verschiebung von Verantwortungen, von Ressorts, von Zuständigkeiten, die den tatsächlichen Wahlergebnis ja in keiner Weise entspricht. Das ist übrigens so ähnlich wie mit den Aufsichtsräten, da können wir jetzt auf- und niederhupfen und sagen, wir haben euch über die anderen Aufsichtsräte noch nichts gesagt, aber der Herr Präsident Wustinger sitzt ja da vorne, bei den Stadtwerken, da sagen wir euch gleich einmal, da machen nur wir, weil ihr habt ja überhaupt kein Informationsbedürfnis. Und so ähnlich ist es ja hier auch. Wenn ich mir die Ressortverteilung anschau und wenn ich jetzt einmal für meine Fraktion sagen darf, dass wir auf ein Drittel unserer ursprünglichen Ressortfülle, die zweifellos nicht zu halten war nach dem Wahlergebnis, reduziert werden, dann steckt da aus meiner Sicht schon ein Geist dahinter. Der Geist, den ich gestern sozusagen als Machtarroganz bezeichnet habe. Ich will jetzt nicht über Worte streiten, vielleicht fällt euch noch irgendwas ein, was sympathischer ist, aber inhaltlich was Ähnliches bedeutet. In Wirklichkeit ist es eine Zuteilung und eine Zuordnung, die in wenigen Bereichen eine unglaubliche Machtfülle und auch Verantwortungsfülle vorsieht. Und jetzt nehme ich einmal an, ok, auch das kann die Mehrheit entscheiden, ist auch richtig so, jetzt nehmen wir aber die Ressorts, die zum Beispiel Elke Edlinger zufallen. Und da ist, ohne mit uns auch nur ein Wort zu reden, angeblich ist ja die Kommunikationsbereitschaft so wahnsinnig groß und man hätte jederzeit mit uns verhandeln wollen und wir haben euch das ja tatsächlich auch mehrfach, auch dir, Lisa, ich erinnere dich daran, mehrfach angeboten, da kommt tatsächlich ein

Vorschlag, bei dem für das Sozialamt die Vergabe und Verwaltung von barrierefreien Wohnungen, die bisher im Sozialamt durchgeführt wurde, weggekommen ist. So dass mit der zuständigen zukünftigen Referentin gesprochen wurde, ohne dass es Parteienverhandlungen gegeben hat. Jetzt kommt eigentlich erst der Clou, ganz ruhig, wir werden ja noch viel zum Streiten haben, aber gerade dich sollte es ja interessieren, jetzt kommt das barrierefreie Wohnen zum Wohnungsamt, wo es aber keinen barrierefreien Zugang gibt, das heißt also mit anderen Worten, diejenigen, die dort ihren Antrag stellen, kommen gar nicht einmal hin, wenn sie ihren Antrag stellen wollen. Natürlich kann man das alles reparieren, das weiß ich auch, aber es ist nicht durchdacht und so ist es in vielen anderen Punkten auch, so ist es im Übrigen auch bei der Kultur. Ich habe in den letzten Tagen viele Gespräche geführt mit den Menschen, die sich auch für Kultur interessieren und die mir Hinweise gegeben haben, also so richtig verstanden hat keiner von denen, warum ausgerechnet aus der Kultur abgezogen werden die Stadtbibliotheken, warum abgezogen wird das Stadtmuseum, die ja eindeutig als Kulturinstitutionen zu verstehen sind und als Kultureinrichtungen zu verstehen sind. Das wird also auch einfach so entschieden, weil da sind die Begehrlichkeiten da und jetzt haben wir heute ganz liebe und zurückhaltende Reden, unter anderem von dem von mir sehr geschätzten Piffli gehört, der gesagt hat, wie großzügig man da umgeht und wie sehr man sich die Zusammenarbeit mit uns wünscht usw. und es hat dazu in Wirklichkeit, obwohl wir darauf hingewiesen haben, dass das Fehler sind in der Struktur, keine Bereitschaft gegeben, das zu ändern. Es hat aber, und auch das sei angemerkt, auf meinen Hinweis, was die Theater angeht, eine Bereitschaft vom Herrn Bürgermeister gegeben, auf dieses Ressort zu verzichten. Die Frau Kollegin Fluch wollte offenbar nicht verzichten drauf, das was ihr jetzt zugeordnet wurde aus dem Kulturressort, wir haben wieder die Zweispaltung der Abteilungen, viel kritisiert von der ÖVP seinerzeit, oder man verschiebt, man nimmt es einfach raus und schiebt es rüber, auch das ist ein Hinweis eines gewissen Machtdurchsetzungswillens, ist ja ok, aber aus unserer Sicht, und das sind jetzt nur zwei oder drei kleine Punkte gewesen, ist dieses Papier nicht sehr ausgereift und nicht sehr gut durchdacht und schon gar nicht, wie hier auf der ersten Seite steht, mit den Klubvorsitzenden besprochen. Und da ist der nächste Fehler drinnen, jedenfalls mit unserem Klubvorsitzenden hat niemand geredet. Da steht, im Einvernehmen mit den Klubvorsitzenden der im Stadtsenat vertretenen Wahlparteien schlage ich vor, ich der Herr Bürgermeister, auch das nicht. Gut, also

am Anfang kann man ja Fehler machen, ihr werdet es schon noch lernen, ihr werdet es noch ein bisschen besser machen, ihr werdet lernen...

Zwischenruf unverständlich.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Gerne, ich bin ja gerne bereit, euch auch Lernwilligkeit zuzugestehen, das ist aber kein gut ausgearbeitetes Gemeinderatsstück und für schlecht ausgearbeitete Gemeinderatsstücke wird es heute und in Zukunft keine Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion geben (*Applaus SPÖ*)

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, ich darf vielleicht unmittelbar gleich ein paar Antworten geben, nachdem es ja ein Berichtsstück ist des Präsidialamtes und es selbstverständlich auch meine Unterschrift trägt. Erstens steht dieser Text nicht drauf, sondern er steht drauf „ich schlage vor, der Gemeinderat wolle den einzelnen Mitgliedern...“, der Text, den du hast, der stammt, glaube ich, vom Protokoll der letzten konstituierenden Sitzung.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Nein.

Bgm. Mag. **Nagl**: Genau deswegen berücksichtige ich heute neu, weil ich sehr genau drauf achte, was ich vorschlage und was ich nicht vorschlage, das ist ein Erstentwurf, den du hast, den ich natürlich korrigiert habe, weil es dem nicht entspricht. Das Zweite ist, und da bitte ich dich, lieber Wolfgang Rieder, wir haben auch das letzte Mal in gemeinsamer Verantwortung, nachdem wir uns mit einem

Arbeitsübereinkommen gefunden haben mit einer Fraktion, die bis zum gestrigen Tag zwölf Gemeinderatsmitglieder hier herinnen gehabt hat, der KPÖ, damals gemeinsam zugeordnet das Gesundheitsamt, das Thema Wohnen und die Wirtschaftsbetriebe. Wenn wir heute einer Fraktion die mit elf Gemeinderatssitzen hier herinnen sitzt den Bereich der Kultur und das als Kulturhauptstadt sowie den gesamten Sozialbereich übergeben, dann finde ich, dass es, plus das Thema Frauen, plus das Thema Gesundheit, plus den Bereich der Theater, dass wir hier nicht so vorgehen, wie du das beschreibst. Drittens, es hat ämterübergreifend, und zwar zu einem Zeitpunkt als Kollegin Tatjana Kaltenbeck-Michl das Sozialamt geführt hat, schon die Einigung gegeben, dass bei nächster Gelegenheit dieses barrierefreie Wohnen wechseln soll, das heißt, es haben beide Ämter mit Personal und Mitteln, war das schon vorgesehen, dass das vernünftigerweise hinübersiedelt (*Applaus ÖVP*). Dass wir bisher im Bereich des Wohnungsamtes noch nicht barrierefrei einen Zugang haben, ist problematisch, du weißt auch, dass der neue Liegenschaftsreferent sich dieses Thema ganz schnell anschauen wird und dass wir das zustande bringen werden. Den Bereich der Stadtmuseen und der Büchereien haben wir einem neuen Bereich zugeordnet, dem Bereich Bildung, in dieser Form hatten wir es noch nie und deswegen ist der gesamte Vorschlag, glaube ich, sehr, sehr gut durchdacht. Und wenn wir wissend, dass der Bereich Wissenschaft und der Bereich der Geriatrie, gerade der Sozialdemokratie ein wichtiges Anliegen war und wo große Leistungen auch in den letzten Jahrzehnten durch euer Zutun, durch das Wirken eurer Mandatarinnen und Mandatare geschehen ist, haben wir auch gemeinsam beschlossen, dass der Vorsitz in diesen beiden Ausschüssen letzten Endes auch durch die Sozialdemokratie gelebt werden soll in den nächsten fünf Jahren. Das wollte ich dir jetzt nur zur Antwort geben, weil es mir wichtig ist, auch zu sagen, dass sind klar durchdachte Vorschläge, zu denen ich auch persönlich stehe (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Auch auf den Einwand des Herrn Bürgermeister, dass ich schon wieder spreche, ich sehe, dass noch ein leerer Sessel hier noch frei ist, nicht meiner. Aber zur Referatsaufteilung, sehr geehrte Damen und Herren und jetzt sehr geehrte Damen und Herren des Stadtsenates. Mit der Konstituierung jetzt auch des

Stadtsenates ist jetzt, glaube ich, eindeutig klar, dass es fünf Regierungsparteien gibt, sie sind auch nachweislich haben sie sich eingefunden auf der Regierungsbank und eine Oppositionspartei. Aber ich komme zum eigentlichen Thema, zur Referatsaufteilung, wir haben das auch heute bekommen die Referatsaufteilung in der Form, wie sie aber der Bürgermeister verlesen hat, nicht im Einvernehmen mit allen wahlwerbenden Gruppierungen oder Wahlparteien hier im Gemeinderat, weil dem hätten wir niemals unsere Zustimmung erteilt. Es gibt auch in einer Verwaltung und auch die letzten zehn Jahre in Österreich die Bereitschaft dazu, Verwaltung zu vereinfachen, Verwaltung logischer und effizienter für die Bürgerinnen und Bürger zu machen. Und da ist selbstverständlich klar, dass sich auch die Stadt Graz einer Verwaltungsreform zu unterwerfen hat, damit man klare Ansprechpartner für die Menschen in unserer Stadt finden kann. Es kann nicht sein, dass wir hilfeschuchende Bürgerinnen und Bürger von einem Stadtsenatsbüro zum anderen Stadtsenatsbüro schicken, nur weil sie ein Problem ihres Lebensalltags lösen wollen. Das was ich heute hier vorfinde, bedeutet aber genau das, dass wir Menschen von Pontius zu Pilatus schicken und statt einheitliche, klare, klar strukturierte, logische und nachvollziehbare Referatsaufteilungen machen. Das finde ich nirgends und im Übrigen erwarten sich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt auch, dass für die 10.000 Euro, die jeder Stadtrat bekommt und zwar im Monat und das vierzehn Mal im Jahr, auch gearbeitet wird. Und Arbeit bedeutet, dass auch jedes dieser Stadtsenatsmitglieder mit dem nötigen Volumen an Arbeit eingedeckt wird. Und daher verstehe ich es nicht, dass sich diese Stadt auf Grund der Haltung von vier Parteien, nicht auf Grund der Haltung der betroffenen Partei, auf Grund der Haltung von vier Parteien, es sich in Zukunft leisten möge, dass wir eine Stadträtin haben, die demokratisch legitimiert ist, aber das Fischereiwesen, das Jagdwesen und die Geriatrie über hat. Bei aller Hochachtung vor der Geriatrie, die Pflegezentren unsere Stadt sind ein wichtiger Verwaltungsfaktor und das betrifft die Begleitung des letzten Lebensabschnittes von Grazerinnen und Grazern gerade in unseren Geriatriischen Zentren in Graz. Aber ich erwarte mir auch, dass für diese 10.000 Euro brutto jedes Stadtsenatsmitglied ordentlich genug Arbeit bekommt und mit Arbeit eingedeckt ist, das ist nämlich Frotzelei, Jagdwesen, für alle fünf Jahre einmal eine Fasanenjagd im Stadtpark stattfindet, ein Referat einzurichten oder das Fischereiwesen für den Hilmteich zu verordnen, das ist Frotzelei. Und ich erwarte mir auch als Steuerzahler, wie viele oben, die heute hier sitzen, egal, wie sie auch zur Frau Winter stehen

mögen oder nicht, auch zu ihrer Politik, dass wir Stadträte haben, die für ihr Geld auch ihre Leistung erbringen und zwar zu gleichen Teilen. Und wenn wir jetzt sehen, dass die Stadtregierung aus fünf Parteien besteht, dann auch zu gleichen Teilen dieser fünf Parteien und nicht in einer Machtkonzentration von Schwarz und Grün und der Rest bekommt Ressorts vorgesetzt, nach dem Motto, friss Vogel oder stirb. Das ist nicht effizient, das ist nicht logisch, das entspricht keiner Verwaltungsreform, das ist Chaos pur und das die nächsten fünf Jahre. Danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Grosz, ich habe mir während des Wahlkampfes gedacht, Sie bereiten sich auf eine Rolle in einer Stadt vor, wo Sie noch nicht so viel drüber wissen, das war damals noch verständlich. Jetzt sind Sie inzwischen gewählter Mandatar dieser Stadt und ich hätte mir einfach erwartet, dass Sie sich ein bisschen vorinformieren, in welcher Stadt Sie Verantwortung übernehmen. Es gibt hier eine Verwaltungsreform, die ist im Gange und die Verwaltungsreform wird weitergeführt werden, der Magistratsdirektor und wir unterhalten uns darüber, was sinnige Lösungen sind, Sie brauchen sich deswegen keine Sorgen machen, aber vielleicht, wenn Sie sich ein bisschen mehr informieren, für welche Stadt Sie da Verantwortung übernehmen (*Applaus Grüne*).

Der Tagesordnungspunkte wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Gemäß § 33 des Statutes sind für die Vergebung von Lieferungen und Leistungen und für die Überprüfung der Schlussabrechnungen vom Gemeinderat aus seiner Mitte Verwaltungsausschüsse zu bestellen. Für die Verwaltung der Unternehmungen der Stadt kann der Gemeinderat aus seiner Mitte Verwaltungsausschüsse für seine Funktionsdauer bestellen, wenn dies wegen ihres Umfangs oder ihrer Bedeutung zweckmäßig ist. Gemäß § 33 a Statut hat der Gemeinderat für die Entscheidung über Berufungen in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches, die durch Gesetz nicht ausdrücklich dem Gemeinderat

übertragen sind, für seine Funktionsdauer aus seiner Mitte eine Berufungskommission zu wählen, welche gemäß § 33a Abs. 2 des Statut aus neun Mitgliedern besteht. Weiters kann der Gemeinderat gemäß § 37 des Statutes zur Vorberatung und Antragstellung in bestimmten Angelegenheiten seines Wirkungskreises Gemeinderatsausschüsse bestellen. Gemäß § 37 a ist zur Vorberatung und zur Antragstellung über Berichte des Stadtrechnungshofes die Bestellung eines Kontrollausschusses erforderlich.

Da die Funktionsdauer des Gemeinderates gemäß § 16 Abs. 1 des Statutes mit der Angelobung der neugewählten Gemeinderatsmitglieder geendet hat, sind der Vergabungsausschuss, der Schlussabrechnungsausschuss, der Verwaltungsausschuss für die Wirtschaftsbetriebe und Grazer Parkraumservice, der Verwaltungsausschuss für die Geriatrischen Gesundheitszentren, die Berufungskommission, die vorberatenden Gemeinderatsausschüsse und der Kontrollausschuss neu zu bestellen. Die Anzahl der in die Ausschüsse zu entsendenden Mitglieder und Ersatzmitglieder setzt - mit Ausnahme der Berufungskommission - der Gemeinderat fest, doch müssen jedem Verwaltungsausschuss und vorberatenden Ausschuss mindestens fünf und dem Kontrollausschuss mindestens elf Mitglieder angehören. Der Berufungskommission müssen neun Mitglieder angehören.

Die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Verwaltungsausschüsse, der Berufungskommission und der vorberatenden Gemeinderatsausschüsse erfolgt nach dem Verhältniswahlrecht in einem gemeinsamen Wahlakt. In die Berufungskommission können jene Wahlparteien, denen kein Sitz zusteht, je einen Vertreter mit beratender Stimme entsenden. Mitglieder des Stadtsenates dürfen der Berufungskommission nicht angehören. Im Kontrollausschuss muss jede im Gemeinderat vertretene Wahlpartei ohne Rücksicht auf ihre Stärke mit mindestens einem Mitglied vertreten sein, die Zuteilung der danach verbleibenden Sitze erfolgt nach dem Verhältniswahlrecht. Für die Verwaltungsausschüsse und den Kontrollausschuss gelten auch sinngemäß die Unvereinbarkeitsbestimmungen für Mitglieder des Stadtsenates des § 27 Abs. 9 des Statutes.

Die Ausschussvorsitzenden und deren StellvertreterInnen sind von den Verwaltungsausschüssen, der Berufungskommission und dem Kontrollausschuss in

den jeweiligen konstituierenden Sitzungen zu wählen. Bei den vorberatenden Gemeinderatsausschüssen kann der Gemeinderat die Wahl der Vorsitzenden und der Stellvertreter selbst vornehmen.

Ich schlage vor, dass die Anzahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Verwaltungsausschüsse und der vorberatenden Gemeinderatsausschüsse mit elf festgesetzt wird. Dabei ergibt sich auf Grund des Ergebnisses der Gemeinderatswahl vom 20. Jänner 2008 folgende Aufteilung der in diese Ausschüsse zu entsendenden Mitglieder auf die einzelnen Wahlparteien:

Die ÖVP 5 Mitglieder, die SPÖ 2 Mitglieder, die Grünen 2 Mitglieder, die KPÖ 1 Mitglied und die FPÖ 1 Mitglied.

Die 9 Mitglieder der Berufungskommission teilen sich wie folgt auf die einzelnen Wahlparteien auf:

Die ÖVP 4 Mitglieder, die SPÖ 2 Mitglieder, GRÜNE, KPÖ und FPÖ 1 je Mitglied.

Für den Verwaltungsausschuss für die Wirtschaftsbetriebe und das Grazer Parkraumservice sowie Verwaltungsausschuss für die Geriatrischen Gesundheitszentren schlage ich vor, dass die Anzahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder mit je 11 festgesetzt wird. Dabei ergibt sich eine Aufteilung von ÖVP 5 Mitglieder, SPÖ 2, Grüne 2, KPÖ und FPÖ je 1 Mitglied.

Für den Kontrollausschuss schlage ich vor, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder ebenfalls mit 11 festzusetzen. Die Mitglieder teilen sich wie folgt auf die einzelnen Wahlparteien auf:

ÖVP 4 Mitglieder, SPÖ 2 Mitglieder, Grüne 2, KPÖ und FPÖ sowie BZÖ 1 Mitglied..

Die einzelnen Wahlparteien haben mir gültige Vorschläge für die von ihnen zu entsendenden Mitglieder und Ersatzmitglieder überreicht. Darin sind auch Vorschläge für die Wahl der Vorsitzenden und der StellvertreterInnen der vorberatenden Gemeinderatsausschüsse enthalten.

Ich schlage vor, die Bestellung der Gemeinderatsausschüsse, die Festlegung ihres Wirkungsbereiches und die Anzahl ihrer Mitglieder sowie die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder in einem gemeinsamen Akt vorzunehmen.

Die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse hat durch Erheben der Hand oder über Beschluss des Gemeinderates mittels Stimmzettels zu erfolgen. Ich stelle daher die Frage, ob eine Wahl mittels Stimmzettels gewünscht wird. Das ist nicht der Fall.

Ich schlage daher vor, der Gemeinderat wolle die in der Folge genannten Gemeinderatsausschüsse bestellen, ihren Wirkungsbereich sowie die Anzahl ihrer Mitglieder und Ersatzmitglieder wie folgt festsetzen und als Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder, welche nur fehlende Mitglieder ihrer Wahlpartei vertreten können, zu wählen.

Die Listen für den Verwaltungsausschuss für Vergebung von Lieferungen und Leistungen ist Ihnen zugegangen.

Der Verwaltungsausschuss für die Überprüfung von Schlussabrechnungsausschuss ebenso wie der Verwaltungsausschuss für die Wirtschaftsbetriebe und das Grazer Parkraumservice. Der vierte Verwaltungsausschuss für die Geriatrischen Gesundheitszentren ist ebenfalls vollzählig.

Die Berufungskommission sowie die vorberatenden Gemeinderatsausschüsse sind als Listen ebenfalls da, wir haben mit den Klubobleuten vorweg auch angedacht, dass ich mir das Verlesen ersparen, weil es wäre eine Leseübung über viele, viele Stunden, möchte aber noch eine Änderung anbringen, die wichtig ist, weil es nicht möglich ist, und zwar ist es der Kontrollausschuss. Beim Kontrollausschuss ist als Ersatzmitglied irrtümlich noch für die ÖVP Mag. Eva Maria Fluch in der Liste enthalten, sie soll ersetzt werden durch Herrn Mag. Andreas Molnar. Ich bitte das auch jetzt auf Ihren Listen auszubessern.

GR. **Herper:** Werte Kolleginnen, werte Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir sind ja nach wie vor enttäuscht trotz alledem, um ein berühmtes Wort zu gebrauchen. Die Letztfassung dieses Vorschlages von dir, Herr Bürgermeister, ich

habe mich gerade erkundigt, liegt im Klub noch immer nicht vor, ich mache dir keinen Vorwurf, es ist sehr hektisch alles, es ist nicht sehr einfach, weil es gibt noch einige Ergänzungen vorzunehmen, zumindest sage ich beim Verwaltungsausschuss zur Überprüfung der Schlussabrechnung detto, aber das macht nichts, an dem stoße ich mich gar nicht, ich weiß, wie hektisch es ist und für die Beamtinnen und Beamten ist das gar nicht so einfach, alles über die Bühne zu bringen und das wird schon ordnungsgemäß von den besten Kräften im Hause gemacht werden. Was ich aber gestern schon angeführt habe, was die Ausschüsse betrifft, weil es war eine wichtige Rede von dir, Lisa Rücker, ich habe das sehr ernst genommen, auch eine sehr werthaltige, ich habe die netten Worte des Peter Piffel, meines ehemaligen Arbeitskollegen in der Klubobmannschaft einer vorhergehenden Funktionsperiode, sehr nett gefunden, aber das sind alles nette und liebe Worte, die Realverfassung der Ausschüsse sieht vor, dass es klare und eindeutige Mehrheiten quer durch alle Ausschüsse gibt, mit Ausnahme des Kontrollausschusses. Ich habe da schon gestern drauf hingewiesen, dass einfach die Gunst der Stunde genutzt wurde, um überall 7 : 4, ordentliche satte 7 : 4-Mehrheiten zu schaffen. Und ich glaube, dies hätte doch eine Überlegung zum Nachdenken ansetzen sollen und müssen, um darüber zu reden. Weil ich gestern angemerkt habe Stilfragen und Stilbrüche. Am laufenden Band gibt es Änderungen oder zumindest Vorwegerklärungen. Uns liegt weder die Letztfassung des Koalitionsübereinkommens vor, das offensichtlich unterzeichnet worden ist gestern oder vorgestern, liegt uns vor, es lag uns in verschiedenen Versionen und unterschiedlicher Zeit in den letzten Tagen und Stunden vor. Ich muss zumindest der grünen Fraktion zubilligen, zumindest der Lisa Rücker und der Sigi Binder, dass ihnen doch etwas, vielleicht sind sie in manchen Fällen sensibler oder es geht ihnen vielleicht doch offensichtlich auf Grund der Kritik und der Diskussionen auch in der eigenen grünen Basis doch Gedanken um, dass man so mit der SPÖ ja nicht umgehen möge und solle und dass es besser wäre, miteinander zu reden. Sigi Binder war es ja, die das Angebot gemacht hat, es ist, glaube, ich nicht sehr wirkungsvoll gewesen, dass man uns da hinten gesetzt hätte, das war einmal ein Versuch, der zweite war ein ernsthafter gewesen gestern Abend von der Lisa Rücker, das nehmen wir schon sehr ernst. Nachdem man gemerkt hat, dass man durchgehend alle Ausschussvorsitze und AusschussvorsitzendenstellvertreterInnen schwarz/grün besetzt hat, so wurde uns das in den letzten Tagen mehrmals übermittelt und dargestellt, kam gestern Abend

das Angebot, der Hinweis, weil auch die Grüne Fraktion weiß, dass die SPÖ ja nie vom Tisch aufgestanden ist, sondern sich immer zum Arbeiten bereit erklärt hat auch bei den Verhandlungen, nicht wir haben den Tisch verlassen, wir haben einfach gesagt...

Zwischenruf GR. Mayr: Der Tisch hat sie verlassen.

GR. **Herper:** ...wir haben einfach gesagt, entweder mit uns oder zu dritt. Man hat die Zweierkoalition vorgezogen. Da wir zu arbeiten bereit sind für die Stadt und für die Menschen in dieser Stadt, werden wir uns ja weder in eine Arbeitsverweigerung begeben, noch nicht arbeiten wollen und Arbeiten, die uns übertragen werden, natürlich gerne übernehmen, wir würden sogar noch mehr gerne haben. Lisa Rücker hat das Angebot gemacht, die Vorsitze zu übernehmen im Bildungs- und Wissenschaftsausschuss und im Ausschuss für GGZ, Geriatriische Betriebe. Ich habe sie angerufen heute und ihr gesagt, erstens dazu bedürfe es Parteiengespräche, wir sind gerne zu arbeiten bereit, wir würden auch noch gerne den Personalausschuss haben, wenn man mit uns verhandelt und redet, wir sind gerne bereit zu arbeiten, aber man muss mit uns reden, man muss mit uns Parteiengespräche führen und man kann nicht einfach oktruieren und einfach, friss Vogel oder stirb, uns ständig mit unterschiedlichen Versionen und unterschiedlichen Informationen kommen. Einmal gibt es nur Ausschussvorsitze für Schwarz und Grün, dann ist man so gnädig und sagt, zwei dürft ihr ja haben, das ist ein bisschen wenig in der Einstellung und in der Veränderung der Einstellung. Wir würden ernsthaft arbeiten, wir sind auch dazu bereit, wir sind auch ernsthaft bereit, die uns zugebilligte Verantwortung der Wählerinnen und Wähler zu übernehmen als zweitstärkste Fraktion, aber so kann es ja nicht gehen, dass man nicht einmal sozusagen das Endprodukt am Tisch hat, nicht einmal Parteiengespräche geführt hat, nicht einmal Gespräche geführt hat über Vorsitze, sondern uns einfach dann sagt am Vorabend einer Abstimmung oder ein paar Minuten vorher, das dürft ihr haben, das bekommt ihr auch.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist zu Mittag angekündigt worden.

GR. **Herper:** So ist einfach nicht der Stil und wir können einfach nicht damit zufrieden sein. Redet ernsthaft mit uns, verhandelt ernsthaft mit uns und tut uns nicht sozusagen dauernd mit irgendwelchen kleinen Brosamen füttern, dass wir bereit wären mitzumachen, wo es nicht einmal eine grundsätzliche Übereinstimmung gibt. Ich finde das Angebot sehr interessant, aber grundsätzlich bedarf es dazu entscheidender Gespräche und einer Ernsthaftigkeit (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Geschätzter Herr Klubobmann, ich kenne dich nahezu zehn Jahre und ich weiß auch, dass du manchmal in der Lage bist, hier am Rednerpult eine Stimmung zu erzeugen, die vielleicht auch gar nicht ganz so ist, wie du sie sie jetzt beschrieben hast. Wenn wir gemeinsam, und das ist das, was wir auch in den nächsten fünf Jahren vorhaben, Lisa Rücker und ich, gemeinsam mit unseren Fraktionen beraten haben, welche Ausschussvorsitzenden wir heute vorschlagen werden und heute ist der Zeitpunkt, drüber zu sprechen, uns wenn wir vereinbaren, dass Lisa Rücker dich gestern anruft und sagt, es gibt zwei Ausschussvorsitzende, wo wir von einer Usance abgehen wollen und zwar etwas, was wir in den letzten zehn Jahren automatisch immer gemacht haben, ÖVP und SPÖ und SPÖ und ÖVP haben sich die Ausschussvorsitzenden immer geteilt und da gab es keine Diskussionen, ob noch jemand was bekommt oder nicht. Und diesmal gibt es einen Umstand, wo ich mir gedacht habe, und das haben wir uns sehr gut beraten und dann auch euch mitgeteilt, dass gerade die Wissenschaft, die von der Kultur weggekommen ist, als auch Geriatischen Gesundheitsbetriebe euch so ein Anliegen sind, dass wir sagen, da gehen wir ab von dem Weg, der bisher in Graz üblich war. Und wir haben euch das gestern gesagt mit der Bitte, uns das auch bis heute noch mitzuteilen, es ist für den Herrn Magistratsdirektor und die Frau Dr. Hammerl mit den jeweiligen Teams nicht einfach, hier auf alles zu warten, auf alle Entscheidungen zu warten und deswegen ist in dem Vorschlag, der jetzt als Letztfassung hier vorliegt, auch gerade bei diesen Bereichen noch kein Vorsitz eingetragen. Das können wir

jederzeit durch den Gemeinderat oder direkt auch im Ausschuss dann noch nachholen. Das ist das Angebot, das wir machen wollten, ich glaube, dass es berechtigt ist und damit sind wir nicht so unterwegs, wie du das wieder beschrieben hast und ich finde, es ist ein Stilbruch, aber im positiven Sinne, gegenüber den Gebräuchen der bisherigen Jahre (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Die Mitteilung wurde mit Mehrheit angenommen.

Wahl in die gemeinderätliche Personalkommission

Bgm. Mag. **Nagl**: Gemäß § 47 Gemeindepersonalvertretungsgesetz 1994 ist für die Funktionsdauer des Gemeinderates eine gemeinderätliche Personalkommission zu bilden, die aus neun vom Gemeinderat aus seiner Mitte gewählten und acht vom Dienststellenausschuss namhaft gemachten Bediensteten der Stadt Graz einschließlich deren Stellvertreterinnen besteht. Da die Funktionsdauer der bisherigen gemeinderätlichen Personalkommission mit der Angelobung der neugewählten Gemeinderatsmitglieder abgelaufen ist, hat der Gemeinderat die Neuwahl der neun aus seiner Mitte zu entsendenden Mitglieder und StellvertreterInnen vorzunehmen. Der Vorsitzende und dessen StellvertreterInnen werden von der gemeinderätlichen Personalkommission aus den dem Gemeinderat angehörenden Mitgliedern gewählt. Für die Wahl in die gemeinderätliche Personalkommission wurden von den Klubs der im Stadtsenat vertretenen Wahlparteien ebenfalls Vorschläge erstattet, die Mitglieder des Gemeinderates, die mit diesen Vorschlägen zustimmen ersuche ich auch um ein Zeichen mit der Hand, es sind, wie schon vorhin gesagt, vier Mitglieder der ÖVP, zwei der SPÖ, einmal Grün, einmal KPÖ und einmal FPÖ.

Die Mitteilung wurde einstimmig angenommen.

Bestellung von Mitgliedern des Gemeinderates zur Prüfung der Verhandlungsschrift

Bgm. Mag. **Nagl**: Gemäß § 53 Abs. 3 des Statutes ist die Verhandlungsschrift über jede Sitzung des Gemeinderates von einem vom Gemeinderat bestellten Mitglied des Gemeinderates zu prüfen und von diesem, dem Vorsitzenden sowie vom Schriftführer zu unterzeichnen. In Ausführung dieser Bestimmung legt § 34 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat fest, dass der Gemeinderat zu diesem Zweck mehrere Mitglieder aus seiner Mitte bestimmt, die sich in dieser Aufgabe abwechseln. Es erweist sich als zweckmäßig, für die Funktionsdauer des neu gewählten Gemeinderates sowie für die abgelaufene Funktionsperiode die Bestellung von drei Mitgliedern als SchriftprüferIn und von drei Mitgliedern als deren StellvertreterIn vorzunehmen.

Ich schlage daher vor, als SchriftprüferIn und deren StellvertreterIn zu bestellen:

Frau Gemeinderätin Sissi Potzinger

Frau Gemeinderätin Waltraud Haas-Wippel

Herrn Gemeinderat Gerhard Wohlfahrt

Als Stellvertreter:

Bernhard Kraxner

Andreas Martiner

Mag. Andrea Pavlovec-Meixner.

Die Mitglieder des Gemeinderates, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich jetzt ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Die Mitteilung wurde einstimmig angenommen.

Unvereinbarkeitsbestimmungen

Bgm. Mag. **Nagl**: Gemäß § 32 unseres Statutes können Mitglieder des Stadtsenates nicht gleichzeitig der Landesregierung als Mitglieder angehören.

Die Betätigung der Stadtsenatsmitglieder in der Privatwirtschaft unterliegt den Beschränkungen des Unvereinbarkeitsgesetzes des Bundes. Dessen § 4 bestimmt, dass Stadtsenatsmitglieder während ihrer Amtstätigkeit keine leitende Stellung in einer Aktiengesellschaft, einer auf den Gebieten des Bankwesens, des Handels, der Industrie oder des Verkehrs tätigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder einer Sparkasse einnehmen dürfen. Insbesondere dürfen sie weder Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft, Geschäftsführer oder Mitglied des Aufsichtsrates einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung der bezeichneten Art noch Mitglied des Vorstandes oder Sparkassenrates einer Sparkasse sein, ausgenommen bei Gemeindesparkassen.

Mitglieder des Stadtsenates können jedoch gemäß § 5 des Unvereinbarkeitsgesetzes die oben erwähnten Stellen unter folgenden Voraussetzungen bekleiden:

1. Wenn der Bund an dem betreffenden Unternehmen beteiligt ist und die Bundesregierung erklärt, es sei im Interesse des Bundes gelegen, dass sich die in Betracht kommende Person in der Leitung des Unternehmens betätige, oder
2. wenn das Land oder die Stadt Graz an dem betreffenden Unternehmen beteiligt ist und die Landesregierung oder der Stadtsenat erklärt, es sei im Interesse des Landes oder der Stadt gelegen, dass sich die in Betracht kommende Person in der Leitung des Unternehmens betätige.

Über den genauen Umfang der Unvereinbarkeitsbestimmungen und der vom Gesetz zugelassenen Ausnahmen wird den Stadtsenatsmitgliedern eine gesonderte schriftliche Verständigung zugehen.

Bekleiden Stadtsenatsmitglieder eine den Unvereinbarkeitsbestimmungen unterliegende Stelle in der Privatwirtschaft, so haben sie hievon dem Gemeinderat

unter Angabe der sich aus dieser Betätigung ergebenden Bezüge innerhalb eines Monats nach ihrer Angelobung beziehungsweise nach Berufung auf eine solche Stellung Mitteilung zu machen. Der Gemeinderat hat sodann binnen drei Monaten über die Erteilung oder Verweigerung der Zustimmung zur angezeigten Betätigung in der Privatwirtschaft zu entscheiden.

Ich richte daher an die neu gewählten Stadtsenatsmitglieder das Ersuchen, mir für den Fall, dass die Unvereinbarkeitsbestimmungen im Sinne des § 32 des Statutes zutreffen sollten, dies innerhalb Monatsfrist schriftlich bekannt zu geben, worauf ich das weitere Verfahren einleiten werde.

Festsetzung der Termine der ordentlichen Sitzungen des Gemeinderates

Bgm. Mag. **Nagl**: Gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat setzt der Gemeinderat über Vorschlag des Bürgermeisters zu Beginn eines jeden Jahres die Termine der ordentlichen Gemeinderatssitzungen für das laufende Jahr sowie den Termin der ersten ordentlichen Sitzung für das kommende Jahr fest.

Ich schlage vor, die Sitzungen des Gemeinderates an folgenden Tagen stattfinden zu lassen:

Donnerstag, 10. April 2008	13.00 Uhr	(um 10.00 Uhr Trauersitzung)
Donnerstag, 8. Mai 2008	12.00 Uhr	
Donnerstag, 5. Juni 2008	12.00 Uhr	
Donnerstag, 3. Juli 2008	12.00 Uhr	

Gemeinderatsferien

Donnerstag, 18. September 2008	12.00 Uhr	
Donnerstag, 16. Oktober 2008	12.00 Uhr	
Donnerstag, 13. November 2008	12.00 Uhr	
Donnerstag, 11. Dezember 2008	9.00 Uhr	Budget-Gemeinderat
Donnerstag, 15. Jänner 2009	12.00 Uhr	

Ich ersuche die Mitglieder des Gemeinderates, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Mitteilung wurde einstimmig angenommen.

Berichtstatter: Bgm. Mag. Nagl

Präs. 4163/2008-2

Vertretung des Bürgermeisters durch die
StadtsenatsreferentInnen beim Vollzug
der Beschlüsse der Kollegialorgane

Bgm. Mag. **Nagl**: § 56 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz bestimmt, dass der Bürgermeister jeden Beschluss eines Kollegialorganes in der von diesem angegebenen Art vollziehen zu lassen hat.

Gemäß § 62 Abs. 5 des Statutes kann der Gemeinderat über Antrag des Bürgermeisters beschließen, dass die Stadtsenatsreferentinnen und -referenten in bestimmten Geschäften den Bürgermeister in dieser Obliegenheit zu vertreten haben. In diesem Falle können die Stadtsenatsreferentinnen und -referenten den Vorständen und Leitern der zuständigen Abteilungen und Dienststellen auch nähere Weisungen hinsichtlich des Vollzuges dieser Beschlüsse erteilen. Der Bürgermeister ist trotzdem jederzeit berechtigt, die diesbezügliche Befugnis in einzelnen Fällen selbst auszuüben.

Zum Zwecke einer raschen Verwaltungsabwicklung stelle ich gemäß § 62 Abs. 5 des Statutes den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtsenatsreferentinnen und -referenten haben in den ihr Referat betreffenden Geschäften den Bürgermeister in seiner Obliegenheit, jeden Beschluss eines Kollegialorganes in der von diesem angegebenen Art vollziehen zu lassen, zu vertreten.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt zu Ende der konstituierenden Sitzung möchte ich nochmals allen Ehrengästen und unseren Gästen auf der Galerie ganz, ganz herzlich für ihr Kommen bedanken. Ich möchte einen besonderen Dank aussprechen an den Herrn Magistratsdirektor und die Magistratsdirektion und an die Frau Magistratsdirektor-Stellvertreterin und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Präsidialamt, es ist eine enorme Arbeit zu leisten nach einer Gemeinderatswahl, letzten Endes wieder komplett Ordnung herzustellen, dass alle Positionen wieder richtig besetzt sind, ein besonderes Dankeschön an unser Team (*allgemeiner Applaus*).

Ich gratuliere nochmals ganz herzlich Ihnen allen, die Sie von den Wählerinnen und Wählern in den Gemeinderat berufen worden sind in das oberste Organ, wie es heißt, der Stadt Graz, wo alle wichtigen Entscheidungen und Weichenstellungen stattfinden. Ich gratuliere der Vizebürgermeisterin und allen Stadtsenatsmitgliedern an meiner Seite, wir werden die Arbeit jetzt gemeinsam anpacken. Ich habe bei meiner ersten Sitzung als Bürgermeister vor fünf Jahren gesagt, ich schließe die Sitzung als überglücklicher Siegfried Nagl, ich möchte dem heute hinzufügen, dass ich auch arbeitswütig bin und mich auf diese fünf Jahre für Graz freue. Alles Gute. Die Sitzung ist geschlossen, wir sehen uns im April.

Damit ist die konstituierende Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz erledigt.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 16.05 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Gemeinderätin Gerda Gesek

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb